



## PROTOKOLL

### Enquete-Kommission 17/2 „Corona-Pandemie“

5. Sitzung am Freitag, dem 30. Oktober 2020

per Videokonferenz

Öffentliche Sitzung: 9.00 bis 13.18 Uhr

#### Tagesordnung

#### Ergebnis

- 
- |                                                                                                                                         |                                                  |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------|
| 1. Lehren aus der Corona-Krise – Infektionsschutz, Nutzung von Kommunikationsmöglichkeiten, soziale Auswirkungen und ökonomische Folgen | Anhörverfahren durchgeführt; vertagt (S. 2 – 71) |
| 2. Verschiedenes                                                                                                                        | S. 72                                            |

**Vors. Abg. Jochen Hartloff** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Teilnehmenden der Videokonferenz.

**Punkt 1** der Tagesordnung:

**Lehren aus der Corona-Krise – Infektionsschutz, Nutzung von Kommunikationsmöglichkeiten, soziale Auswirkungen und ökonomische Folgen**

**– Anhörverfahren –**

**Vors. Abg. Jochen Hartloff:** Ich möchte mit Ihnen abstimmen, dass wir uns einen zeitlichen Rahmen setzen – etwa bis 13:00 Uhr. Ich erinnere daran, dass wir mit den Sachverständigen etwa 10 Minuten Redezeit vereinbart haben. Verständnisfragen werde ich gleich zulassen. Die Auswertung dieser Anhörung werden wir in der kommenden Sitzung machen.

Ich weise darauf hin, dass wir von den sachverständigen Kommissionsmitgliedern Dr. Knopp, Herrn Tacke und Herrn Rutten auch schriftliche Stellungnahmen vorliegen haben. Ich bedanke mich bei allen Sachverständigen für die schriftlichen vorbereitenden Mitteilungen.

Herr Dr. Wilhelm berichtet uns für die Landesregierung den aktuellen Corona-Stand. – Dr. Wilhelm, bitte schön.

**Staatssekretär Dr. Alexander Wilhelm:** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, sehr geehrte Mitglieder der Enquete-Kommission, drei Wochen sind seit unserer letzten Anhörung vergangen. In diesen drei Wochen sind die COVID-19-Infektionsraten weltweit, deutschlandweit und auch innerhalb von Rheinland-Pfalz drastisch gestiegen. Die befürchtete zweite Welle ist da. Die Lage ist ernst.

Das sieht man unmittelbar an einem direkten Vergleich: Stand Donnerstag, 8. Oktober waren 1.394 Menschen in Rheinland-Pfalz nachweislich mit dem Virus infiziert; Stand gestern waren es 7.000. Vor drei Wochen befanden sich 53 COVID-19-Patienten in rheinland-pfälzischen Krankenhäusern in Behandlung, davon 15 auf Intensivstation, davon wiederum elf beatmungspflichtig. Inzwischen sind fast sechsmal so viele COVID-19 Patienten in den rheinland-pfälzischen Krankenhäusern, von denen 57 Patienten auf Intensivstation liegen und 50 beatmet werden müssen – fast fünfmal so viele beatmungspflichtige Patientinnen und Patienten wie vor drei Wochen. Bis zum 8. Oktober waren 256 Personen in Rheinland-Pfalz im Zusammenhang mit einer Infektion gestorben; inzwischen zählen wir 281 Todesfälle mehr, also 281. Es ist damit zu rechnen, dass die Zahl der Patienten auf den Intensivstationen und auch die der Todesfälle weiter ansteigen werden, denn zwischen Ansteckung und schwerem Verlauf liegen meist etwa zwei Wochen.

Inzwischen gibt es auf unserer Karte für den Warn- und Aktionsplan in Rheinland-Pfalz keine Kommune mehr ohne Warnstufe. Der Großteil der Kreise und der kreisfreien Städte hat den 7-Tage-

Inzidenzwert von mehr als 50 Fällen pro 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner deutlich überschritten.

Dieser Trend ist auch in anderen Bundesländern – teils sogar noch massiver – zu beobachten. In vielen unserer europäischen Nachbarländer sind die Infektionszahlen bereits um ein Vielfaches höher; Intensivstationen stoßen dort an ihre Kapazitätsgrenzen.

Diese Dynamik bei den Infektionszahlen führt dazu, dass wir als Politik handeln müssen. Auch den Tatsachen, dass sich nun wieder mehr ältere Menschen mit dem Virus anstecken und der Verlauf hier meist schwerwiegender ist als bei jüngeren Menschen, müssen wir Rechnung tragen.

Die Beschlüsse aus den Bund-Länder-Beratungen am Mittwoch haben Sie alle vernommen. Es wird ab dem 2. November zum Infektionsschutz wieder befristete Einschränkungen im Alltag geben mit dem Ziel, durch eine erhebliche Reduzierung der Kontakte in der Bevölkerung insgesamt das Infektionsgeschehen aufzuhalten und die Zahl der Neuinfektionen wieder in die nachverfolgbare Größenordnung von unter 50 Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner in einer Woche zu senken.

Ohne solche Beschränkungen könnten das weitere exponentielle Wachstum der Infiziertenzahlen binnen weniger Wochen zu einer Überforderung des Gesundheitssystems führen und die Zahl der schweren Verläufe und Todesfälle ansteigen. Wesentlich ist es dabei auch, jetzt schnell zu reagieren. Je später die Infektionsdynamik umgekehrt wird, desto länger oder umfassender sind Beschränkungen erforderlich.

Schon vor Wochen war die heutige Anhörung zum Thema „Lehren aus der Corona-Krise“ bezüglich Infektionsschutz, Nutzung von Kommunikationsmöglichkeiten, sozialer Auswirkungen und ökonomischer Folgen geplant. Gerne führe ich nun dazu aus Sicht der Landesregierung aus – mit dem Hinweis darauf, dass wir uns noch mitten in der Pandemie befinden und wir daher keinen Blick aus der Retrospektive werfen können. Ich beziehe mich bei den Lehren daher hauptsächlich auf die erste Phase der Pandemie.

Wir waren und sind mit dem Gesundheitssystem in Deutschland und Rheinland-Pfalz vergleichsweise sehr gut gerüstet. Zustände wie in Italien, Spanien oder Frankreich im Frühjahr konnten wir Gott sei Dank auch durch ein System der Gesundheitsversorgung vermeiden, das mit erheblichen Ressourcen gut ausgebildetes Gesundheitspersonal und technische Geräte für die Patientinnen und Patienten zur Verfügung stellt.

Es ist uns während der Pandemie gelungen, die Zahl der Intensivbetten noch einmal deutlich zu erhöhen, Pflegepersonal für die Intensivbehandlung nachzuschulen, Testkapazitäten auszubauen und wirkungsvolle Schutzkonzepte für die Personengruppen, die besonders gefährdet sind, zu schaffen.

Eine Pandemie dieses Ausmaßes zeigte jedoch auch, was noch verbessert werden muss. Wir alle können Lehren aus dem vergangenen halben Jahr ziehen, um für die zweite Welle oder ähnliche Krisen besser gewappnet zu sein.

Eine Lehre, die wir in Rheinland-Pfalz, aber auch in ganz Deutschland und Europa aus der Pandemie ziehen müssen, betrifft die Ausstattung mit Schutzausrüstung und Desinfektionsmitteln. Sie ist essenziell für eine sichere ambulante und stationäre Versorgung während einer Pandemie. Die weltweite Knappheit an Schutzausrüstung war zu Beginn der Pandemie eine echte Schwierigkeit. Auf der Gesundheitsministerkonferenz Ende September wurde beschlossen, dass persönliche Schutzausrüstung (PSA) zentral beschafft werden soll. Die Gesundheitsminister der Länder fordern den Bund in dem Beschluss auf, einen entsprechenden Rechtsrahmen für eine zentrale Beschaffung vorzulegen.

Die Notwendigkeit der landesspezifischen Bevorratung bleibt davon unbenommen. Die Verantwortlichkeiten und die Finanzierung für das Vorhalten von persönlicher Schutzausrüstung im ambulanten Bereich sollen zwischen Bund, Ländern und der kassenärztlichen Bundesvereinigung rechtssicher geregelt werden. Daneben sollten die Lieferketten für PSA, medizinische Geräte usw. durch Vorverträge sichergestellt und nationale bzw. EU-weite Produktionskapazitäten relevanter Produkte gefördert werden.

Die Gesundheitsminister der Länder fordern einen gemeinsamen Prüfauftrag mit dem Bund, wie parallel zum Aufbau einer strategischen Reserve und einer inländischen Produktion auch der Aufbau einer nationalen IT-gestützten Logistikstruktur und einer Prüfinfrastruktur für PSA gelingen kann. Es gilt nun durch eine geschickte Weichenstellung, die angemessene Ausstattung mit Schutzausrüstung und Desinfektionsmitteln zu gewährleisten, ohne den Markt für solche Produkte zu sehr durch staatliche Eingriffe in seiner Funktionsfähigkeit zu beeinträchtigen.

Einen weiteren Engpass gab es zu Beginn der Pandemie in Bezug auf Testkapazitäten, sodass die Diagnostik zunächst auf symptomatische Patienten beschränkt werden musste. Im Laufe des Frühjahrs und des Sommers wurden die Testkapazitäten deutlich ausgeweitet und eine entsprechende Teststrategie erstellt.

In Rheinland-Pfalz wurde und wird der weit überwiegende Teil der COVID-19-Patientinnen und -Patienten ambulant versorgt, vor allem in Corona-Ambulanzen, Corona-Sprechstunden und im Frühjahr durch den Besuchsdienst, den die kassenärztliche Vereinigung für immobile Menschen mit COVID-19-Symptomatik eingerichtet hatte.

Mit der kassenärztlichen Vereinigung und den niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten in Rheinland-Pfalz sind wir bisher gut durch die Krise gekommen. Wir wissen zu schätzen, was sie während der Corona-Krise geleistet haben und auch weiterhin leisten.

Lassen Sie mich auch etwas zum stationären Bereich sagen. Aus Sicht der Krankenhausplanungsbehörde haben sich die rheinland-pfälzischen Krankenhäuser, insbesondere die Maximal- und

Schwerpunktversorger, als sehr verlässliche Partner und tragende Säulen in der Bewältigung der Corona-Pandemie erwiesen. Um die stationäre Versorgungssicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten, wurden regionale Netzwerke – orientiert an den fünf Versorgungsgebieten des Landeskrankenhausplanes – mit den Maximal- und den ausgewählten Schwerpunktversorgern im Zentrum aufgebaut.

Diese Kliniken haben die Koordinierungsfunktion übernommen und bilden in der jeweiligen Region das Zentrum des Netzwerks. Die überregionale Steuerung wird auf Ebene des Gesundheitsministeriums wahrgenommen. Hierbei erfolgt eine permanente Kommunikation mit den koordinierenden Krankenhäusern, um eine landesweit abgestimmte, bestmögliche Versorgung der COVID-19-Erkrankten zu gewährleisten.

Die Zusammenarbeit des Landes mit den koordinierenden Krankenhäusern und der enge Austausch zwischen den Krankenhäusern haben bisher sehr gut funktioniert und werden als positiv bewertet. Eine Lehre daraus ist, diese vernetzte Versorgung auch über die Corona-Pandemie hinausgehend weiter zu unterstützen, um Synergie-Effekte, Austausch von Best-Practice-Modellen, Kooperationen und Informationsflüsse zwischen den Krankenhäusern noch weiter zu verbessern.

Einen großen Anteil an der Bekämpfung der Pandemie hat die gute Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Gesundheitsämtern bei der wichtigen Nachverfolgung von Kontaktpersonen. Die Pandemie hat uns deutlich vor Augen geführt, wie wichtig der öffentliche Gesundheitsdienst ist. Er beschränkt sich nicht nur auf Schuleingangsuntersuchungen.

Hier brauchen wir dringend mehr Ressourcen, vor allem mehr Personal und einen Ausbau der Digitalisierung. Auf Bundesebene haben wir uns erfolgreich für eine zweckorientierte Ausgestaltung des Pakts für den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) eingesetzt. Dieser wurde nun im September beschlossen und regelt, dass bundesweit im Zeitraum vom 1. Februar 2020 bis zum 31. Dezember 2021 mindestens 1.500 neue Vollzeitäquivalente an Ärztinnen und Ärzten, weiteres Fachpersonal sowie Verwaltungspersonal in den Behörden des öffentlichen Gesundheitsdienstes geschaffen und besetzt werden. Für Rheinland-Pfalz bedeutet das insgesamt 75 Vollzeitäquivalente, die überwiegend in den 24 Gesundheitsämtern im Land zum Einsatz kommen sollen. In einem zweiten Schritt sollen bis Ende 2022 bundesweit 3.500 weitere Stellen geschaffen werden.

Ziel ist es, alle Gesundheitsämter in Rheinland-Pfalz gemessen an der Einwohnerzahl annähernd gleichermaßen mit Personal auszustatten. Rheinland-Pfalz will insbesondere die Weiterbildung zum Facharzt für öffentliches Gesundheitswesen so strukturieren, dass eine Kontinuität in der Anzahl der Fachärzte mit Weiterbildungsbefugnis zum Facharzt für den öffentlichen Gesundheitsdienst gesichert ist. Des Weiteren sollen Weiterbildungs-Gesundheitsämter geschaffen werden, in denen Ärztinnen und Ärzte in Weiterbildung Weiterbildungsabschnitte ableisten können.

Das aktuelle Infektionsgeschehen bereitet uns vor allem mit Blick auf die Orte Sorge, an denen besonders schützenswerte, vulnerable Personengruppen zusammenkommen. Der Schutz dieser Menschen vor dem Virus hat für uns absolute Priorität. Gleichzeitig wissen wir, dass die Situation

in den Pflegeeinrichtungen im Frühjahr unter dem Besuchsstopp sehr belastend war. Ein generelles Verbot von Besuchen in den Einrichtungen soll es für Angehörige nicht mehr geben, denn nicht nur vor dem Virus, sondern auch vor sozialer Isolation müssen wir die Bewohnerinnen und Bewohner schützen.

Mit den überarbeiteten dreistufigen Handlungsempfehlungen des Landes auf Basis der neuen Testverordnung des Bundes sowie einem neuen Mustertestkonzept wird der Schutz älterer oder vorerkrankter Mitbürgerinnen und Mitbürger in Einrichtungen der Pflege und der Eingliederungshilfe intensiv in den Blick genommen. Grundsätzlich wird es allen Bewohnerinnen und Bewohnern sowie Beschäftigten von stationären, teilstationären wie auch ambulanten Einrichtungen und Diensten im Bereich der Pflege und Eingliederungshilfe möglich sein, sich regelhaft testen zu lassen.

Diese Basis-Testungen werden mit den neuen PoC-Antigen-Tests durchgeführt. Diese ermöglichen im Vergleich zu den sogenannten PCR-Tests, die in vielen anderen Bereichen weiter zum Einsatz kommen, ein deutlich schnelleres Ergebnis. Durch diese regelmäßigen Testungen wird das Risiko einer Ausbreitung des Coronavirus in den Einrichtungen signifikant minimiert.

Die Einrichtungen der Pflege sowie der Eingliederungshilfe können künftig ein monatliches Kontingent von PoC-Antigen-Tests abrufen, welches sie für die Testungen sowohl der Bewohnerinnen und Bewohner als auch der Mitarbeitenden verwenden können. Unberührt von diesen neuen Testungen bleiben die Corona-Tests von Bewohnerinnen und Bewohnern in Einrichtungen bei Neu- bzw. Wiederaufnahme sowie die PCR-Tests zur Bekämpfung von Corona-Ausbrüchen in einer Einrichtung.

Bei all den Testmöglichkeiten, die wir inzwischen haben, muss uns eines allerdings bewusst sein: Der Schutz der Risikogruppen in der Mitte unserer Gesellschaft beruht wesentlich auf einer Kontrolle des Infektionsgeschehens in der Bevölkerung insgesamt. Der Übertragungsweg und die Tatsache, dass auch Personen ohne Symptome das Virus verbreiten, führen dazu, dass wir als gesamte Gesellschaft die Infektionszahlen drosseln müssen. Wirksamer Infektionsschutz benötigt deshalb Akzeptanz in der Bevölkerung. Wir sind darauf angewiesen, dass die Bürgerinnen und Bürger beim Eindämmen der Pandemie mithelfen.

Damit die Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer umfassend informiert sind, haben wir als erste Aktion Ende Februar eine Corona-Infohotline für Bürgerinnen und Bürger gestartet. Mit einer Corona-Kommunikationsoffensive über die verschiedensten Medien bieten wir den Menschen im Land seitdem so viel Information und Hilfestellung wie möglich.

Angesichts der oft sehr hohen Dringlichkeit von zu treffenden Entscheidungen bleibt die frühzeitige Information und Einbindung aller Beteiligten und Betroffenen über das Infektionsgeschehen und vor allem über die Bekämpfungsmaßnahmen eine echte Herausforderung. Die Tatsache, dass

wir in einem föderalen System leben und in den unterschiedlichen Bundesländern teils auch unterschiedliche Corona-Maßnahmen beschlossen werden, hat es den Bürgerinnen und Bürgern zusätzlich erschwert, den Durchblick zu behalten.

Für Rheinland-Pfalz haben wir mit der Seite [corona.rlp.de](https://corona.rlp.de) eine Plattform für die Bürgerinnen und Bürger geschaffen, auf der gebündelt alle Informationen stehen. Hier finden sich die aktuellsten Informationen zum Infektionsgeschehen in Rheinland-Pfalz, Antworten auf häufig gestellte Fragen, die aktuellen Rechtsgrundlagen und vieles mehr.

Als Lehre aus den stark frequentierten Hotlines zu Beginn der Pandemie können wir lernen, wie wichtig es ist, frühzeitig Hotlines mit ausreichenden Kapazitäten anzubieten.

Die März 2020 getroffenen Kontaktbeschränkungen haben zu einer deutlichen Verlangsamung der Ausbreitung des Coronavirus geführt. Das Ziel, eine Überforderung des Gesundheitssystems zu vermeiden, haben wir erreicht, um uns wichtige Zeit zu verschaffen. Der Erfolg aus Infektionsschutzsicht war jedoch aus der sozialen Perspektive für alle Bürgerinnen und Bürger eine schwere Zeit. Alle Menschen, Singles, Kinder, Jugendliche und ihre Familien, haben in unterschiedlichem Ausmaß am Wegbrechen von stabilen und verlässlichen Strukturen gelitten. Der Druck auf die Familien, die Bewältigungsanforderungen und auch die sozialen Folgen unterscheiden sich und treffen vor allem Familien in prekären Lebenslagen, die auch schon vorher bestanden – dies betrifft insbesondere die Gruppen der Alleinerziehenden und der Jugendlichen.

Für die Familien waren vor allem die Zeit der Kita- und Schulschließungen und die Zeit des Fernunterrichts problematisch; das zeigt sich sehr deutlich. Schulen und Kitas sind nicht nur Orte des Lernens, sondern Orte des Miteinanders von hervorgehobener Bedeutung für die physische und psychische Entwicklung der Kinder und Jugendlichen. Darüber hinaus war die Zeit der Kita- und Schulschließungen im Frühjahr dieses Jahres auch eine enorme Belastung für die Familien im Land, die Beruf, Familie und Homeschooling vereinbaren mussten. Auch vor diesem Hintergrund ist es wichtig, dass Politik und Gesellschaft das Recht auf Bildung besonders im Blick behalten.

Wurden im März und April Schulen und Kitas noch weit vor anderen Einrichtungen geschlossen, so müssen die frühkindliche und schulische Bildung jetzt klaren Vorrang haben. Eine positive Entwicklung, die das Homeschooling im Rahmen der Corona-Pandemie mit sich gebracht hat, ist ein Digitalisierungsschub. Diesen müssen und wollen wir weiter vorantreiben, denn digitale Bildung darf keine Frage des Geldbeutels sein. Deshalb hat das Land Rheinland-Pfalz gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden schon früh in der Krise dafür gesorgt, dass alle verfügbaren digitalen Endgeräte an bedürftige Schülerinnen und Schüler ausgeliehen wurden. Im Rahmen des „Digitalpakt Schule“ wurden fast 57.000 Endgeräte im Wert von fast 24 Millionen Euro bewilligt. Darüber hinaus werden mit Bundes- und Landesmitteln auch digitale Endgeräte für die Lehrkräfte zur Verfügung gestellt.

Ausstattung ist aber nicht alles; sie geht einher mit einer professionellen Administration. Dazu hat das Land bereits im vergangenen Jahr die Landesmittel verdoppelt. Mit einer weiteren Zusatzvereinbarung im „Digitalpakt Schule“ werden für Rheinland-Pfalz weitere 24,1 Millionen Euro zur Verfügung stehen, mit denen die Schulträger die IT-Administration ihrer Schulen weiter professionalisieren können.

Digitale Kompetenzen müssen auch stärker in die Aus-, Fort- und Weiterbildung unserer Lehrkräfte integriert werden. Das muss sowohl im Land als auch länderübergreifend, wie von der KMK vorgesehen, geschehen.

Es ist wichtig, dass wir die erhöhten psychischen Belastungen der Bevölkerung durch die Pandemie im Blick behalten. Es ist davon auszugehen, dass sich die psychischen Folgen der Krise mit zeitlicher Verzögerung zeigen. In diesem Zusammenhang wird deshalb in der Presse bereits von einer sogenannten dritten Welle gesprochen. Zur Prävention von psychischen Belastungen gehört es auch, die Resilienz zu fördern und niedrigschwellige Hilfsangebote bekannt zu machen.

Auf unserer eben erwähnten Seite [corona.rlp.de](https://corona.rlp.de) haben wir frühzeitig auf Telefonhotlines und Angebote für psychisch belastete und erkrankte Menschen hingewiesen. Zentral ist weiterhin, dass unser differenziertes Behandlungsangebot für psychisch erkrankte Menschen in Rheinland-Pfalz auch unter Berücksichtigung des Infektionsschutzes verfügbar und erreichbar bleibt. Bisher ist das ganz gut gelungen.

Die Corona-Pandemie hat weitreichende Auswirkungen auch auf die Wirtschaftsentwicklung und den Arbeitsmarkt. Das Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz sank im ersten Halbjahr 2020 um 3,2 %. Hinter diesem aggregierten Wert stehen von Branche zu Branche unterschiedliche Betroffenheiten. Gesamtwirtschaftlich handelt es sich um den höchsten Rückgang des Bruttoinlandsproduktes seit Beginn der BIP-Berechnungen ab dem Jahr 1970. Nach diesem dramatischen Einbruch gibt es im Moment – darüber hat Herr Klös hier schon gesprochen – gleichzeitig Zeichen für eine gewisse wirtschaftliche Erholung. Dennoch sind die Einschätzungen der Geschäftserwartungen der rheinland-pfälzischen Unternehmen eher verhalten pessimistisch.

Alle großen deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute, die Bundesregierung und auch die OECD haben im September ihre Prognosen angepasst. Sie gehen immer noch von einem dramatischen Wirtschaftseinbruch aus, kommen aber zugleich zu dem Ergebnis, dass die Erholung schneller vonstattengeht als zunächst gedacht. Allerdings können wir im Moment noch keine Entwarnung geben. Die wirtschaftliche Unsicherheit ist weiter sehr ausgeprägt. Wie sich die Pandemie weiterentwickeln wird und wie sich die jüngst beschlossenen Einschränkungen auswirken, kann heute niemand seriös prognostizieren. Sicher ist aber bereits jetzt, dass das Instrument der Kurzarbeit einen höheren Anstieg der Arbeitslosigkeit bisher verhindert hat.

Nach den aktuellsten Hochrechnungen haben im Juli 2020 14.100 Betriebe für 114.200 Mitarbeiter Kurzarbeit umgesetzt. Eine Verlängerung der Anspruchsdauer von zwölf auf 24 Monate wurde vonseiten der Landesregierung von Anfang an gefordert, denn es ist ein bewährtes Instrument, um



während der Pandemie Beschäftigte in den Unternehmen zu halten und gleichzeitig zu qualifizieren.

Arbeitslose, Beschäftigte in Kurzarbeit, Selbstständige und Kleinstunternehmer sowie Jugendliche am Übergang von Schule in Ausbildung, in Beruf – auf diese Personengruppen am Arbeitsmarkt wirkt sich die Pandemie besonders hart aus. Die Pandemie trifft den Arbeitsmarkt zusätzlich in einer Zeit der Transformation der Arbeitswelt, die sich in einer rasant zunehmenden Digitalisierung manifestiert und schon vor Ausbruch der Pandemie zu Unsicherheiten sowohl bei den Beschäftigten als auch bei den Betrieben führte.

Auf diese doppelte Herausforderung reagiert die Landesregierung jetzt mit der umfassenden Arbeitsmarktinitiative „#rechargeRLP“. Die Initiative verfolgt drei übergeordnete Ziele: Erstens werden Erwerbstätige und Beschäftigte durch berufliche Weiterbildungsmaßnahmen unterstützt, um Qualifikationen an aktuelle Bedarfe anzupassen. Zweitens sollen Menschen bei einem beruflichen Neustart beraten und auf ihrem Weg begleitet werden. Drittens wollen wir junge Menschen verstärkt bei ihrem Start ins Berufsleben unterstützen.

Unternehmen, Betriebe, Selbstständige, Vereine und Einrichtungen, die nun von den temporären Schließungen erfasst sind, wird der Bund eine außerordentliche Wirtschaftshilfe gewähren, um sie für finanzielle Ausfälle zu entschädigen. Mit Blick auf den Landeshaushalt haben wir die seit dem Ausbruch entstandenen großen Herausforderungen angenommen und schnell und entschieden auf die Krise reagiert. Das Land hat mutig, aber verantwortungsbewusst umfangreiche Maßnahmen beschlossen, um Unternehmen und Beschäftigten sowie den rheinland-pfälzischen Kommunen über die Krise hinwegzuhelfen. Allein über den kommunalen Schutzschirm stellt das Land den Kommunen rund 750 Millionen Euro zur Verfügung.

Die Schuldenregel der Landesverfassung lässt die Aufnahme von Krediten zur Bewältigung außergewöhnlicher Notsituationen wie der Corona-Krise ausdrücklich zu. Die Grundlage für die erfolgreiche Bewältigung der Krise war die zuvor erfolgte Konsolidierung des Landeshaushalts. Die Corona-Krise zeigt, wie unvermittelt Krisen auftreten können, denen nur mit ausreichender Vorsorge fiskalisch angemessen begegnet werden kann. Die soziale Marktwirtschaft und das demokratische System haben ihre Krisenfestigkeit in diesem Jahr erneut unter Beweis gestellt.

Trotz der tiefgreifenden Einschnitte in unser Leben war der Lockdown im Frühjahr notwendig, um die Infektionszahlen unter Kontrolle zu bekommen. Auch die nächsten Wochen werden, wenn auch mit weniger Einschränkungen als im Frühling, eine Herausforderung. Aber wir sollten zuversichtlich sein. Im Vergleich zum Frühjahr wissen wir inzwischen mehr – nicht alles – über das Virus und sind besser dagegen gewappnet. Die Fortschritte bei der Impfstoffentwicklung und die einfachere Infektionskontrolle in den warmen Monaten lassen außerdem hoffen, dass wir, wenn wir gut durch diesen Winter kommen, im nächsten Jahr schrittweise die Pandemie überwinden können.

**Staatssekretär Dr. Alexander Wilhelm** sagt auf Bitte des **Vors. Abg. Jochen Hartloff** zu, dem Ausschuss den Sprechvermerk zur Verfügung zu stellen.

**Vors. Abg. Jochen Hartloff:** Vielen Dank, Herr Staatssekretär, für den Sachstandsbericht. – Noch ein Nachtrag: Herr Dr. Knopp und Frau Thelen hatten uns mitgeteilt, dass sie erst verspätet zu uns stoßen können. Frau Thelen ist zwischenzeitlich angekommen.

Wir kommen zum ersten Anzuhörenden, Herrn Ferder, der für den DGB Rheinland-Pfalz Stellung nehmen wird. Eine schriftliche Stellungnahme liegt vor. – Herr Ferder, Sie haben das Wort. Bitte schön.

**Marc Ferder**

Deutscher Gewerkschaftsbund Rheinland-Pfalz/Saarland, Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Strukturpolitik

– [Vorlage EK 17/2-44](#) –

**Marc Ferder:** Schönen guten Morgen von meiner Seite. Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren Landtagsabgeordnete und Sachverständige, vielen Dank für die Gelegenheit zur Stellungnahme durch den Deutschen Gewerkschaftsbund Rheinland-Pfalz/Saarland zu den wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Pandemie.

Dietmar Muscheid, der Vorsitzende des DGB Rheinland-Pfalz/Saarland, ist aufgrund anderweitiger Termine leider verhindert. Er hat mich gebeten, Ihnen heute Rede und Antwort zu stehen. Mein Name ist Marc Ferder. Ich leite beim DGB Rheinland-Pfalz/Saarland die Abteilung für Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Strukturpolitik.

Ergänzend zu unserer Stellungnahme möchte ich auf einzelne Aspekte eingehen. Das Zeitfenster von 10 Minuten ist zu kurz, um alle Aspekte ausführlich zu beleuchten. Vielleicht besteht dazu im Rahmen von Nachfragen später noch Gelegenheit.

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie bedeuten für Rheinland-Pfalz, seine Wirtschaft und die Beschäftigten eine enorme Herausforderung. Die notwendigen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie führen zu einem in dieser Form beispiellosen Einbruch der wirtschaftlichen Leistung. Das hat weitreichende Konsequenzen für die Menschen, den Wohlstand und das Sozialgefüge in Rheinland-Pfalz. Während der Corona-Pandemie erleben wir aber zugleich, wie handlungsfähig unser demokratisches System sein kann, wenn wir alle gemeinsam an einem Strang ziehen.

Die Corona-Pandemie ist eine Krise mit vielen Facetten. Sie kann zugleich zu einer Zäsur werden, die uns dazu zwingt, die zukunftsfähige Gestaltung der Gesellschaft voranzutreiben. Für die Gewerkschaften ist dabei klar: Die bewährten Standards in der Wirtschafts- und Arbeitswelt dürfen nicht unter dem Deckmantel des Krisenmanagements infrage gestellt werden. Dies gilt etwa für die Arbeitszeitverordnung, die Schutzregelungen aus dem Bundesbildungsgesetz, den Sonntagschutz oder auch die Standards in der öffentlichen Auftragsvergabe.

Im Gegenteil sind gesellschaftliche Fundamente zu festigen und durch landespolitische Initiativen für gute Arbeit, Mitbestimmung und Tarifbindung zu stärken. Wesentlicher Bestandteil muss dabei auch die Bekämpfung prekärer Beschäftigung sein. Der dringende Handlungsbedarf für mehr gute Arbeit wurde in verschiedenen Branchen von der Politik nun erkannt. Am Beispiel der Fleischwirtschaft zeigt sich aber, dass es einigen scheinbar doch nicht so ernst ist, die Missstände wirksam zu beheben. Das erbärmliche Schauspiel um das Verbot der Leiharbeit in der Fleischwirtschaft muss ein Ende haben. Die Leiharbeit in der Fleischwirtschaft muss verboten werden, sonst wird sie das Ersatzinstrument für die Werkverträge und an den menschenunwürdigen Beschäftigungsbedingungen und der Ausbeutung wird sich im Ergebnis nichts ändern.

Beim Umgang mit der Pandemie muss die Gesundheit der Menschen die höchste Priorität haben. Deshalb ist es richtig, dass mit den Verabredungen zwischen Bundesregierung und den Ländern am 28. Oktober ein bundeseinheitliches Vorgehen verabredet wurde. Auch für den DGB steht der Schutz der Gesundheit der Bevölkerung im Vordergrund. Vor allem muss es darum gehen, eine Überlastung des Gesundheitssystems und der dort unter hohem Druck arbeitenden Menschen zu verhindern. Die Bundeskanzlerin und die Regierungschefs der Länder haben in ihrem Beschluss ausdrücklich die besondere Verantwortung der Arbeitgeber gegenüber ihren Mitarbeitern betont. Dieser Verantwortung für den Arbeits- und Gesundheitsschutz der Beschäftigten müssen die Arbeitgeber jetzt mehr denn je gerecht werden.

Die Zielvorgabe, dass Schulen und Kindertagesstätten so lange wie möglich geöffnet bleiben sollen, wird von den Gewerkschaften grundsätzlich unterstützt. Allerdings ist es dafür auch notwendig, dass die Empfehlungen des Robert Koch-Instituts für Bildungs- und Betreuungseinrichtungen auch umgesetzt werden, zum Beispiel durch kleinere Lerngruppen im Präsenzbetrieb. Es braucht auch landeseinheitliche Regelungen für die gegebenenfalls notwendigen weiteren Einschränkungen des Regelbetriebs an den Schulen. Diese müssen weiterentwickelt werden. Entscheidungshoheit vor Ort ist wichtig, braucht aber einen klaren Rahmen. Das ist auch ein Beitrag zum Arbeits- und Gesundheitsschutz für die Beschäftigten in Bildungs- und Betreuungseinrichtungen.

Der Arbeits- und Gesundheitsschutz ist eines der Themenfelder, in denen uns die Corona-Pandemie Handlungsbedarf aufgezeigt hat. Das Ziel muss es immer sein, Beschäftigte so gut wie möglich vor einer Ansteckung mit dem Coronavirus zu schützen. Im industriellen Sektor gibt es schon lange einen eher technisch orientierten Arbeitsschutz, der vor allem in größeren Betrieben meist gut etabliert ist. Hier waren die notwendigen Anpassungen infolge der Corona-Pandemie schnell und vergleichsweise einfach umzusetzen. Viele andere Branchen waren und sind aber schlecht aufgestellt: die Landwirtschaft, das Gebäudereinigerhandwerk und insbesondere viele Dienstleistungsbereiche wie der Einzelhandel, die Logistikbranche, Teile des Baugewerbes, des Gesundheitswesens und der Pflege.

Die Situation wird umso gravierender, desto kleiner die Betriebsstrukturen sind. Das betrifft nun ausgerechnet viele der Branchen, deren Systemrelevanz uns in den letzten Monaten deutlich vor Augen geführt wurde. Der Arbeits- und Gesundheitsschutz muss insbesondere hier – nicht nur während der Pandemie, sondern auch in der Zeit nach Corona – gewährleistet sein.

Das Land kann und muss seinen Beitrag für einen besseren Schutz der Gesundheit der Beschäftigten leisten. Die personellen Kapazitäten bei der Gewerbeaufsicht und im öffentlichen Gesundheitsdienst müssen kurzfristig deutlich verstärkt werden, damit schnell und risikoorientiert wirksame Kontrollen durchgeführt werden können.

Lassen Sie mich kurz auf die systemrelevanten Berufe zurückkommen. Hier muss gehandelt werden. Wir brauchen bessere Beschäftigungsbedingungen und vor allem eine bessere Entlohnung für die, die den Laden am Laufen halten; das sind vor allem Frauen. Ein erheblicher Teil der systemrelevanten Berufe hat einen Frauenanteil von 60 % oder mehr. Es sind die Kolleginnen in den

Gesundheitsberufen, in den Krankenhäusern und Pflegeheimen, in den Laboren, Arztpraxen und Gesundheitsämtern, im Lebensmittel- und Drogerie-Einzelhandel, in den Erziehungs- und Sozialberufen, in der Verwaltung und auch in der Reinigungsbranche, die in vorderster Linie standen und immer noch stehen und die stark belastet sind.

Mehr als 70 % der Beschäftigten in der kritischen Infrastruktur verdienen nach einer Studie des DEW unterdurchschnittlich. Applaus von den Balkonen und warme Dankesworte genügen nicht. Harte Arbeit, bescheidener Lohn – damit muss spätestens nach Corona Schluss sein. Die Wertschätzung sollte sich auch regelmäßig zum Monatsende auf dem Gehaltszettel niederschlagen. Wer in diesen Berufen arbeitet, sollte davon leben, die Miete bezahlen und damit auch in Würde alt werden können. Der Corona-Pandemie muss eine echte Aufwertung dieser Berufsgruppen folgen – insbesondere durch die Ausweitung der Tarifbindung, zum Beispiel durch allgemeinverbindliche Tarifverträge im Einzelhandel und in der Pflege. Auch der Arbeitsschutz und die Personalausstattung vor allem in der Pflege müssen nachhaltig verbessert werden.

Ein weiteres beschäftigungspolitisches Handlungsfeld, das uns die Corona-Pandemie deutlich vor Augen geführt hat, ist das mobile Arbeiten und die Arbeit im Homeoffice. Diese Instrumente sind nicht nur aus Gründen des Infektionsschutzes sinnvoll und richtig. Vor allem während des Shutdowns im Frühjahr wurden sie zum Teil überhastet eingeführt. Deshalb haben viele Beschäftigte ihre Erfahrungen im Homeoffice und im mobilen Arbeiten ohne die dafür notwendigen Arbeitsmittel und Betriebsvereinbarungen gesammelt.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern deshalb einen gesetzlichen Gestaltungsrahmen für selbstbestimmtes mobiles Arbeiten und Homeoffice, der im Rahmen der Mitbestimmung und über Tarifverträge zu flankieren und zu konkretisieren ist. Anforderungen dafür sind in unserer Stellungnahme ausgeführt.

Die Gewerkschaften in Rheinland-Pfalz müssen außerdem leider feststellen, dass einzelne Unternehmen unter dem Deckmantel der Corona-Pandemie alte Sparpläne aus der Schublade ziehen und einen Personalabbau anstreben, der nicht auf die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie zurückgeht. Diesen Vorstößen zur Profitmaximierung und Arbeitsverdichtung treten wir entschieden und lautstark entgegen. Wer versucht, sich an der Krise zu bereichern, beutet die soziale Marktwirtschaft aus und gefährdet den sozialen Frieden.

In den Branchen, in denen die Corona-Pandemie auf den Strukturwandel trifft, wirkt sie als zusätzlicher Treiber dieser Transformation wie ein Katalysator. Diese Metapher beschreibt auch zugleich die am meisten davon betroffenen Branchen: den Automobilsektor mit den vielen Zuliefererbetrieben in Rheinland-Pfalz und die chemische Industrie. Hier gab es schon vor der Corona-Pandemie infolge der Digitalisierung und vor allem der Dekarbonisierung erhebliche strukturelle Herausforderungen. In einigen Betrieben und Branchen geht es um nichts weniger als um den Erhalt industrieller Beschäftigung und Wertschöpfung in Rheinland-Pfalz.

Unternehmen, Beschäftigte und auch der Staat müssen jetzt gemeinsam, entschlossen und schnell handeln, um Arbeitsplätze, Wertschöpfung und Unternehmen in Rheinland-Pfalz zu sichern. Das im Transformationsrat des Landes verabredete erste Maßnahmenpaket ist dafür ein wichtiger Baustein. Auch hier kommt es nun darauf an, die Maßnahmen schnell bekannt zu machen und in die Umsetzung zu bringen. Auch die Fördermittel des Bundes aus dem Zukunftspaket müssen in Rheinland-Pfalz ankommen. Das gilt insbesondere für die Förderprogramme für Zukunftsinvestitionen bei den Fahrzeugherstellern; das ist die Maßnahme 35 c. Die Landesregierung Rheinland-Pfalz hat hier die Verantwortung, die Prozesse zu initiieren und zu begleiten, damit Rheinland-Pfalz auch tatsächlich einen Anteil an diesen Mitteln erhält, der der wirtschaftlichen Bedeutung der Branche angemessen ist.

Die Unternehmen sind jetzt in der Verantwortung, die bestehenden Instrumente sowie die zur Krisenbewältigung aufgelegten Programme des Bundes und des Landes dazu zu nutzen, ihre Prozesse und Produkte zukunftsfähig zu gestalten und die Beschäftigten gerade in den Zeiten der strukturellen Veränderung weiterzuqualifizieren. Wenn das gelingt, wird die Corona-Pandemie zur Chance, die ökologische und digitale Transformation der Wirtschaft so zu meistern, dass Arbeitsplätze und Wertschöpfung nachhaltig im Land gesichert werden.

Es darf nach der Corona-Pandemie kein „weiter so“ geben. Dafür hat uns die aktuelle Krise an zu vielen Stellen Handlungsbedarf aufgezeigt. Wir haben es alle gemeinsam in der Hand, in einer Zeit nach Corona nicht einfach wieder wegzuschauen, sondern uns bereits jetzt darum zu kümmern, dass unsere Gesellschaft an der Krise wächst und sich zum Besseren weiterentwickelt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

**Vors. Abg. Jochen Hartloff:** Vielen Dank, Herr Ferder, auch dafür dass Sie sich an das Zeitkontingent gehalten haben. – Ich sehe keine Wortmeldungen, sodass wir in der Anhörung fortfahren können. Der nächste Anzuhörende ist Herr Andreas Zels, Vorsitzender der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Rheinland-Pfalz. – Herzlich willkommen, Herr Zels. Sie haben das Wort.

**Andreas Zels**

Vorsitzender der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Rheinland-Pfalz e. V.

– [Vorlage EK 17/2-38](#) –

**Andreas Zels:** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Akteure der heutigen Sitzung, wir bedanken uns ausdrücklich dafür, dass Sie uns in diesen schwierigen Zeiten anhören. Ich möchte Ihnen in den 10 Minuten jetzt nicht die 20-seitige Stellungnahme gepresst vortragen. Das macht keinen Spaß, aber wir werden an der einen oder anderen Stelle auf einzelne Aspekte unserer Eingabe hinweisen.

Wir sind jetzt in einer sehr bizarren Situation. Als wir uns auf den heutigen Tag vorbereitet haben, wussten wir noch nicht, was uns ab kommenden Montag blüht. Manchmal fragt man sich als Bürger, ob das nicht alles ein bisschen früher erkennbar war, aber so ist es jetzt. Auch wir gucken jetzt erst einmal auf die erste Phase der Epidemie zurück und wagen noch nicht den Blick nach vorne.

Ich versuche, nach Ihren Leitfragen vorzugehen. In unseren Texten haben wir die Pflege etwas ausgeklammert – Herr Rutten hat Ihnen für die Pflegegesellschaft eigene Stellungnahmen zur Verfügung gestellt – sodass wir uns hier nicht wiederholen müssen.

Die Träger und Einrichtungen haben insbesondere im Bereich der Behindertenhilfe mit allen Risiko- bzw. Altersgruppen zu tun. Im Frühjahr dieses Jahres war die große Herausforderung, wie der Infektionsschutz überhaupt organisiert werden kann. Da sind die Einrichtungen der Eingliederungshilfe nicht so im Vorteil gewesen wie Einrichtungen der Pflege. Hier musste in kürzester Zeit das Know-how in die Einrichtungen gebracht werden. Das war eine sehr große Herausforderung. Parallel litten alle Einrichtungen – die Betroffenen, die Angehörigen, aber auch die Mitarbeiter – unter den Einschränkungen der Besuchsrechte, unter den Schließungen der Einrichtungen. Es war eine Extremsituation, auf die niemand vorbereitet war. Im Moment ist die Sorge aller Beteiligten, dass sich das alles so wiederholt, sehr groß.

Wir hatten sicherlich auch Probleme bei der Umsetzung der Hygienekonzepte. Insbesondere kleinere Träger, die nicht am Verbundsystem größerer Einrichtungsgruppen beteiligt waren, hatten Schwierigkeiten – der Staatssekretär hatte es angedeutet –, an die notwendige Schutzausrüstung zu kommen. Die Testkapazitäten waren nicht vorhanden. Wir haben dann schon beobachtet, dass es eine Reihenfolge im Land gab, welche Berufsgruppen und welche Versorgungssysteme zuerst bedacht wurden. Die Eingliederungshilfe war mit Sicherheit nicht auf Platz 1.

Glücklicherweise ist uns kein Fall bekannt, dass in der ambulanten Versorgungskette Menschen mit Behinderung direkt betroffen waren. Es ist uns nicht bekannt, dass in Einrichtungen der Super-GAU eingetreten ist. Darüber freuen wir uns, aber da war auch ein bisschen Glück mit im Spiel.

Grundsätzlich glauben wir, dass es selbstverständlich sein muss, dass alle sozialen Einrichtungen die notwendige Unterstützung in der Beschaffung und in der Finanzierung erhalten. Es gibt viele

Einrichtungen, die sich ein bisschen hinten anstellen mussten. Es wird zukünftig sehr wichtig sein, die Verteilungsmechanismen so zu organisieren, dass keine drastischen Unterscheidungen wie in der ersten Phase der Pandemie mehr notwendig sind, sondern dass an alle gleichermaßen gedacht wird.

Einrichtungen brauchen Unterstützung bei der Lösung von Konflikten in dieser Pandemie. Ich deutete an, dass es Konflikte gab. Die Einschränkung von Freiheitsrechten kollidierte mit dem Schutzauftrag, den Versorgungspflichten und den Versorgungsansprüchen. Viele Mitarbeiter und auch Angehörige und Betroffene fühlten sich da manchmal ein wenig alleine gelassen. Darauf war man nicht vorbereitet; das können wir auch keinem vorwerfen. Wir wollen hier nur noch einmal zu bedenken geben, dass viele Dinge, die manchmal seltsam anmuten und auch schwierig in der Umsetzung waren, in einem besonderen Kontext zu betrachten sind.

Der Einsatz von Kommunikationsmitteln mit Blick auf die Transparenz und Information der Bürgerinnen und Bürger ist ein sehr wichtiger Aspekt Ihrer Fragen. Wir glauben, dass der Zugang zu den Kommunikationsmedien eine besondere Priorität hat, weil dadurch Transparenz organisiert werden kann. Es geht um kontinuierliche Information und damit letzten Endes um die Glaubwürdigkeit von Politik und den Akteuren, die die Maßnahmen vor Ort umzusetzen haben – und das sind nun einmal wir, die Einrichtungen des Sozialen.

Wir sehen aber auch, dass es medial auf der einen Seite einen sogenannten Overkill gibt, auf der anderen Seite grassieren Falschmeldungen. Hier das richtige Maß zu finden, ist sicherlich die große Herausforderung. Da haben wir jetzt auch noch nicht die Idee. Aber wenn man beobachtet, dass sich nicht einmal die Bundesländer bei der Verfassung von Maßnahmen, in der Kommentierung einig waren, dann hat das sehr stark zur Verunsicherung der Bürger beigetragen. Wir appellieren an Sie alle, die Möglichkeiten haben, Einfluss zu nehmen, dass das aufhört. Wichtig erscheint uns auch, dass analoge Medien nicht vergessen werden. Wir reden viel über Digitalisierung, aber die erreicht nicht jeden Bürger. Die analogen Medien sind genauso wichtig.

Es ist uns aufgefallen, dass das Konzept der leichten Sprache nicht so wahrnehmbar war. In vielen Materialien und Berichten sollte viel mehr daran gedacht werden, sich auch in leichter Sprache an die Bürger und die Betroffenen zu wenden – es geht, dafür gibt es viele gute Beispiele.

Die Freie Wohlfahrtspflege kann mit ihren vielen tausend Einrichtungen in Bezug auf Kommunikation auch gegen gezielte Falschinformationen von COVID-Leugnern auftreten. Wir erreichen sehr viele Menschen, nicht nur diejenigen, die Direkthilfe in Anspruch nehmen, sondern auch die Angehörigen. Das sind große Netze, an denen wir uns gerne beteiligen und für die wir uns als Unterstützer anbieten, um mehr Sachlichkeit in die Debatte zu bringen.

Die gesellschaftlichen Entwicklungen in Deutschland und in Rheinland-Pfalz beinhalten große Herausforderungen. Wir haben uns in unserer Stellungnahme ausdrücklich auf diese Frage konzentriert. Ich glaube, es ist nicht unverschämt, wenn ich in dieser Runde sage, dass die meisten von uns von vielen Folgen gar nicht betroffen sind, weil wir vermutlich in guten Wohnsituationen



leben, Balkone haben; uns stehen Gärten zur Verfügung. Wir haben ausreichenden Wohnraum. Unsere Gehälter – die Diäten hoffentlich auch – sind weitergeflossen. Wir sind nicht von unmittelbarem Arbeitsplatzverlust bedroht. Deswegen ist es so wichtig, über diese anderen Problemlagen zu sprechen, weil die in unserer Wahrnehmung manchmal ein bisschen untergegangen sind. Es wird sehr viel auf Stabilisierung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen fokussiert, aber wir vergessen nicht, dass ca. 16 % der Bevölkerung auch in Rheinland-Pfalz zu den Menschen zählen, die von Armut betroffen oder armutsgefährdet sind. Der Anteil von Kindern und Jugendlichen in dieser Gruppe ist noch wesentlich höher.

Deswegen ist es für uns bemerkenswert, dass im Gegensatz zu vielen schnellen Hilfen der Kinderbonus zum Kindergeld erst im September und Oktober ausgezahlt worden ist. Da haben andere Berufsgruppen viel schnellere Hilfe bekommen, und die, die es wirklich nötig haben und besondere Opfer der Corona-Epidemie sind, sind erst ein halbes Jahr später bedient worden. Es gibt da erkläre Gründe, aber vom Ergebnis her passt das vorne und hinten nicht zusammen.

Im Sozialen gibt es eigentlich fast nur systemrelevante Berufe, die aber so nicht beschrieben wurden, als es darum ging, welche Kinder von welchen Berufstätigen die Notbetreuung in den Kitas in Anspruch nehmen können. Da waren nicht alle Berufsgruppen des Sozialen mitgemeint. Das haben wir sehr bedauert. Pflege ja, aber Mitarbeiter einer Beratungsstelle beispielsweise waren nicht berücksichtigt. Da fehlt uns manchmal der Blick dafür, wer systemrelevant ist.

Wir haben viel dafür getan – Gott sei Dank auch mit viel staatlicher Unterstützung –, dass die Leistungssysteme und die soziale Infrastruktur aufrechterhalten werden konnten. Auf der anderen Seite waren sie aber auch eingeschränkt. Herr Ferder hat es gesagt – es sind überwiegend Frauen, die diese Arbeiten machen. Sie sind aber auch gleichzeitig familiär betroffen. Man muss bei weiteren Maßnahmen darauf drängen, dass alle sozialen Berufe gleichbehandelt und wahrgenommen werden.

Die Feststellung, die wir in unserer Stellungnahme abgegeben haben, dass Kinder und Jugendliche die Hauptbetroffenen sind, muss man in jedem Fall um die Gruppe der Frauen erweitern. Da pflichten wir dem DGB ausdrücklich bei. Etwa 80 % unserer Mitarbeiter sind Frauen, die private Lebenswelten zu bewältigen haben, an vorderster Front stehen und auch nur eingeschränkte Schutzmöglichkeiten haben, wenn sie mit Kunden, Klienten und deren Angehörigen zu tun haben. Sie mussten teilweise um die eigene Gesundheit fürchten, weil sie so dicht an Menschen dran sind. Es ist unser Markenzeichen: Wir freuen uns, dass wir dicht am Menschen dran sind – aber das ist genau auch das Risiko.

Die LIGA schlägt vor, dass Sie sich dafür einsetzen, mit uns zusammen Studien zu beauftragen, die genau hinschauen. Wir unterstellen der Enquete-Kommission, dass Sie ein hohes Interesse daran haben und wissen wollen, was im Land und bei den Opfern der Corona-Krise los ist. Es ist ein Unterschied, wenn sich Experten dieser Fragen besonders annehmen und den Auftrag bekommen, genau hinzuschauen, damit wir Maßnahmen noch zielgenauer organisieren können, damit wir bei der Verteilung von staatlichen Mitteln noch gerechter sein können, damit wir es noch besser

schaffen, das Richtige zu tun. Dies ist unsere Bitte, dass Sie sich dafür einsetzen. Die LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Rheinland-Pfalz wird sich daran auch beteiligen.

Bezüglich der Entwicklung der deutschen und rheinland-pfälzischen Wirtschaft sind wir nicht die Experten, aber wir sagen selbstbewusst: Auch wir sind Wirtschaft. Bei uns arbeiten ca. 220.000 Mitarbeiter alleine im frei gemeinnützigen Bereich. Im Rahmen der Mehrwertstudie 2014 ist sehr gut belegt, wie bedeutend das Soziale nicht nur für die Versorgung der Bürger ist, sondern auch als Wirtschaftsfaktor zu bewerten ist. Jeder Euro, der für das Soziale ausgegeben wird, fließt in Höhe von ca. 75 Cent wieder zurück – in Steuern, in Sozialversicherungsbeiträge, in Abgaben. Es löst auch viel Beschäftigung in anderen Branchen aus und ist ein erheblicher Wirtschaftsfaktor, der zum Bruttosozialprodukt beiträgt. Dabei sind die erbrachten Leistungen nicht einmal bewertet, das ist sicherlich auch besonders schwierig.

Wir glauben, dass die Corona-Krise in unserem Land vieles, was schwierig ist, offengelegt hat. Wir haben ein Gesundheitssystem, das seit vielen Jahren sehr strapaziert ist. Wir haben eine extreme Ökonomisierung von Gesundheit und Pflege. Die Systeme sind extrem angespannt. Diese Corona-Krise nimmt dort ein bisschen den Schleier weg und zeigt, was eigentlich los ist. Wir haben viele soziale Aufgabenfelder, die seit Jahren ausbluten, weil Förderungen, die die Politik beschlossen hat, nicht dynamisch weiter gewachsen sind. Die Eigenanteile der Träger sind kontinuierlich gewachsen. Wir glauben, dass wir in eine Phase kommen, in der das so nicht mehr funktionieren wird. Wir machen uns sehr große Sorgen, wie viele Einrichtungen ihre Angebote aufrechterhalten werden können. Wir bitten Sie, darüber nachzudenken, wie alle Aufgaben, die Ihnen wichtig sind, die den Bürgern wichtig sind, aufrechterhalten werden können und dazu die richtigen Beiträge zu leisten.

Wir haben große Sorgen, dass die neue Verschuldung des Bundes, der Länder und der Kommunen einen zusätzlichen Druck auf uns ausüben wird, dass sehr bald schon wieder gefordert werden wird, soziale Leistungen einzustellen oder herunterzuschrauben und die eindeutigen Ergebnisse der Mehrwertstudie zu vergessen. Nehmen Sie diese Sorge einfach mit in Ihren Betrachtungen und politischen Entscheidungen auf. Soziale Infrastruktur kann man nicht beliebig auf- und abbauen. Sie ist ein wesentlicher Faktor und hilft Ihnen, Maßnahmen gerade in Corona-Zeiten überhaupt durchzusetzen.

Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege sind auch durch erhebliche Mehrausgaben belastet. Zu diesem Thema haben wir einen Antrag an das Sozialministerium gestellt; leider haben wir noch nichts dazu gehört. Wir haben alleine für Anpassung, damit die Organisation überhaupt leistungsfähig bleiben kann, Mehrkosten von einer halben Million Euro zu tragen.

Das Bildungssystem ist vorhin schon angesprochen worden; ich werde das im Hinblick auf die Zeit überspringen. Ganz wichtig ist uns aber, dass der Aspekt der Bildungsgerechtigkeit allen ein besonderes Anliegen ist. Sie wissen durch vorhandene Studien, dass es kaum ein Land so wie Deutschland schafft, soziale Unterschiede und Fragen der Herkunft zulasten von armutsgefährdeten Menschen, Kindern und Jugendlichen zu organisieren, beispielsweise sind Schulabschlüsse

gefährdet. In kaum einem anderen Land ist es entscheidend, wo ich herkomme, was meine Eltern verdienen. In der Corona-Krise wird noch sehr viel eklatanter zutage treten, dass diese Klassenunterschiede, über die wir zu reden haben, noch viel härter durchbrechen.

Wir sehen, wie schwer es ist, Kinder zu Hause zu beschulen – das wurde schon angesprochen, ist aber auch in unserem Text nachzulesen. Wir sind darauf nicht gut darauf vorbereitet. Schülern einen minderklassigen Laptop auszuleihen, aber nicht dafür zu sorgen, dass die Familie einen ordentlichen Internetanschluss hat – – Es geht auch oft um Mehrkindfamilien. Wie sollen mehrere Kinder ihre schulische Versorgung organisieren, wenn auch noch die alleinerziehende Mutter im Homeoffice ist und die Bandbreiten nicht zur Verfügung stehen? – Ich glaube, da sind wir momentan noch sehr schlecht aufgestellt. Die vielen angedeuteten Summen greifen noch gar nicht so, weil auch den Schulen das Know-how fehlt.

Der gesellschaftliche Konsens ist eine große Frage und wird eigentlich schon durch die Kommunikationsthemen, die wir angedeutet haben, maßgeblich berührt. Gelingen uns eine gute Kommunikation und eine vorausschauende Politik – das sind vielleicht zwei Schlüsselbotschaften –, dann schaffen wir es auch langfristig, die Bevölkerung von unseren Maßnahmen, hinter denen wir auch stehen, zu überzeugen. Das dürfte der entscheidende Punkt sein.

Zu Frage 7 ist in unserer Stellungnahme schon sehr viel gesagt worden. Wir glauben nicht, dass die soziale Marktwirtschaft gefährdet ist. Sie beweist gerade, was sie kann und wie flexibel sie ist. Wer das alles kritisch beäugt, muss einfach einmal sehen, dass wir etwa 240 Milliarden Euro aufnehmen, um diese soziale Marktwirtschaft zu stabilisieren. Ich verstehe nicht, wie man da ins Zweifeln kommen kann. Diese Sorge können wir nicht richtig nachvollziehen.

Vielen Dank, dass Sie mir zugehört haben.

**Vors. Abg. Jochen Hartloff:** Vielen Dank, Herr Zels. – Ich darf darauf hinweisen, dass wir uns als Enquete-Kommission im Landtag gegründet haben, um solche Fragen aufzunehmen und zu vertiefen. Wir werden im Resümee sehen, wie man damit weiter umgeht und ob man Anregungen wie zum Beispiel weitere Untersuchungen umsetzt. Sicher werden wir – das kann man jetzt schon sagen, weil das Corona-Geschehen ein dynamisches ist – im Dezember nicht alles, was damit verbunden ist, auch aufnehmen können.

Die nächste Sachverständige, die zu Wort kommt, ist Frau Dr. Hower vom Institut für Medizinsoziologie, Versorgungsforschung und Rehabilitationswissenschaft der Universität zu Köln. Sie wird uns ebenso wie Frau Dr. Zierow einige Folien zeigen. – Frau Hower, Sie haben das Wort, bitte schön.

**Dr. Kira Hower**

Institut für Medizinsoziologie, Versorgungsforschung und Rehabilitationswissenschaft (IMVR),  
Humanwissenschaftliche und Medizinische Fakultät der Universität zu Köln

– [Vorlage EK 17/2-43](#) –

**Dr. Kira Hower:** Vielen Dank. – Ich begrüße Sie ganz herzlich aus der Universität zu Köln und freue mich, dass ich im Rahmen dieser Anhörung von unserer Studie berichten darf, die im Bereich der pflegerischen Versorgung anzusiedeln ist. Zu diesem Thema wurden gerade schon ein paar Dinge gesagt, die ich gleich noch einmal aufgreife. Ich möchte die Ergebnisse unserer Studie vorstellen und anschließend Empfehlungen daraus ableiten. Zu diesem Zweck möchte ich einige Folien zeigen.

(Die Rednerin unterstützt ihren Vortrag mit  
Präsentationsfolien – [Vorlage EK 17/2-45](#) –)

Unsere Studie hat den etwas provokanten Titel „Pflegerische Versorgung in Zeiten von Corona – Drohender Systemkollaps oder normaler Wahnsinn?“. Der Hintergrund der Studie hing zusammen mit den steigenden Infektionszahlen und dem besonderen Schutz der Risikogruppe der pflegebedürftigen Menschen. Im Zuge dieser steigenden Infektionszahlen gerieten Pflegeeinrichtungen zunehmend in den Blick. Es ging aber zumeist darum, wie viele Infektionen in den Einrichtungen vorliegen, wie viele Einrichtungen schon geschlossen wurden usw. Wir haben uns konkret gefragt, wie Leitungskräfte von Pflegeeinrichtungen die Situation betrachten, von welchen Herausforderungen sie belastet sind und wie sie mit der Situation umgehen.

Wir wissen, dass sich die pflegerische Versorgung schon vor der Corona-Krise an der Belastungsgrenze befand. Deswegen empfanden wir die Frage als berechtigt, ob dies zu meistern ist oder ob wir einem Systemkollaps entgegensteuern. Zur Methode: Wir haben zwischen Anfang und Ende April 2020, als die Situation neu und akut war, insgesamt 4.333 Pflegeeinrichtungen angeschrieben. Wir haben 525 Rückmeldungen bekommen.

Wir haben vorab versucht, die Situation nachzuvollziehen und haben deshalb mit Personen gesprochen, welche Herausforderungen sie sehen. Wir haben dann einzelne Herausforderungen formuliert und wollten anschließend wissen, inwieweit die Einrichtungen diese wirklich als Herausforderungen und auch als Belastungen sehen, denn wir wissen: Nicht jede Herausforderung ist gleichzeitig eine Belastung; Herausforderungen können auch positive Entwicklungen anstoßen.

Wir konnten sehen, dass fast jede von uns formulierte Herausforderung auch als enorme Herausforderung empfunden wurde und gleichzeitig eine enorme Belastung dargestellt hat. Die wahrscheinlich größte Herausforderung war die Sorge vor Infektionen bei Pflegebedürftigen und Mitarbeitenden; die Sorge vor einer Infektion unter Mitarbeitenden ist die stärkste Belastung.

Viele Herausforderungen und Belastungen gab es schon vor der Pandemie. Wir wollten wissen, ob sich diese verstärkt haben, sodass die Situation nicht mehr handhabbar ist. Wir konnten ableiten,

dass das Wohlergehen der Pflegebedürftigen zu den größten Herausforderungen gehört und dass die Belastungen durch die Einnahmeausfälle im Zuge der Pandemie sich am stärksten verändert und die stärkste Belastung dargestellt haben.

Wir können daraus schließen, dass der „Normale Wahnsinn“, der vorher schon existierte, klar durch Corona verstärkt wird, dass sich das System bereits vor Ausbruch der Pandemie an der Belastungsgrenze befand und dass durch die Corona-Pandemie ein zusätzlicher Belastungsanstieg zu verzeichnen ist.

Wir haben im Rahmen der Befragung viele offene Antworten bekommen; das ist sehr unüblich. Wir machen viele Befragungen, auch online, doch es war neu für uns, dass die offenen Antworten in dem Maße genutzt wurden. Wir haben seitenweise Kommentare bekommen, sodass wir gemerkt haben, dass die Leute maximal belastet sind und nicht wissen, wie sie die Situation lösen sollen. Es war für uns enorm schwierig, die Antworten auszuwerten und in Zusammenhang zueinander zu stellen.

Wir haben aber gesehen, dass diese Herausforderungen, Belastungen und Auswirkungen im starken Wechselspiel zueinanderstehen und dies letztendlich zu einer Belastungskaskade führt. Daraus schließen wir, dass diese verwobene Situation mit mehrschichtigen Auswirkungen, die zum Teil nicht zu Ende gedacht werden, bei politischen Entscheidungen unbedingt zu berücksichtigen ist. Der zeitliche Rahmen reicht hier nicht aus, um gezielt auf die Ergebnisse einzugehen. Den gesamten Bericht finden Sie online auf unseren Internetseiten.

Welche Lehren kann man jetzt aus unseren Ergebnissen mit Blick auf die Stärkung des Infektionsschutzes ziehen? – Wir möchten betonen, dass beim Infektionsschutz, wenn er verstärkt wird, vor allem darauf geachtet werden muss, dass das Wohlergehen der Pflegebedürftigen mit der Arbeitssituation in Pflegeeinrichtungen in Einklang gebracht werden muss.

Zur Bedeutung für das Wohlergehen der Pflegebedürftigen: Aus unseren Ergebnissen konnten wir ableiten, dass die negativen Auswirkungen der strikten Infektionsschutzmaßnahmen auf das psychische Wohlbefinden der Pflegebedürftigen, vor allem der demenziell erkrankten Menschen, bereits sichtbar waren – und dies zu einem Zeitpunkt, als die Situation im April noch neu war. Schon damals haben uns die Leitungskräfte berichtet, dass es starke Auswirkungen auf das psychische Wohlbefinden dieser Gruppe gibt.

Für den Infektionsschutz bedeutet dies, dass neben den strikten Regelungen – Abstand, Isolation, Kontaktbeschränkung – der Bedarf nach Nähe, sozialen Kontakten und einer selbstbestimmten Lebensführung nicht vergessen werden darf. Denn die stationären Einrichtungen, in denen diese Personen leben, ist ihr Zuhause – und wir sprechen hier von Menschen mit einer sehr begrenzten Lebenszeit.

Unsere Empfehlung ist es daher, statt rigoros durchgesetzter einheitlicher Maßnahmen, wo es möglich ist, mehr Handlungsspielraum zu geben, etwa in Bezug auf die Umsetzung und die Auslegung der RKI-Empfehlungen. Wir haben in den Befragungen auch gemerkt, dass der Schutz dieser Risikogruppen natürlich Priorität hat. Dennoch war unklar, inwieweit Handlungsspielraum in manchen Dingen zugelassen werden darf. Wir haben gemerkt, dass die zu Pflegenden unsicher sind, und die Pflegekräfte wussten nicht, ob sie sich in einer rechtlichen Grauzone bewegen, wenn sie sich ein Stück weit von den Empfehlungen entfernen. Da herrschte sehr viel Unklarheit.

Eine Empfehlung bezüglich des Mund-Nasen-Schutzes beinhaltet ein Abrücken von den starren Regeln unter Wahrung des 1,5-Meter-Abstands für Menschen mit Demenz oder mit Hörproblemen. Es ist ohnehin schwierig, mit diesen Menschen zu interagieren. Der Kontakt zu den Pflegekräften ist oft der einzige, den diese Menschen haben, im ambulanten wie im stationären Bereich. Denn die Isolation hat dazu geführt, dass Angehörige mit den Betroffenen keinen Kontakt mehr hatten und die Pflegekräfte einiges auffangen mussten, auch was die Aufklärung über die Pandemie und die getroffenen Regelungen betrifft. Es hat sich als schwierig herausgestellt, ein solches Thema mit Leuten, die Hörprobleme haben oder demenziell erkrankt sind, unter Verwendung einer Maske zu besprechen.

Gleichzeitig – wir berufen uns da auch auf relevante Leitlinien – sollen Personen mit Erkältungssymptomen sowie Kontaktpersonen von COVID-19-Infizierten den Einrichtungen bzw. den ambulant gepflegten Pflegebedürftigen fernbleiben. Die Gruppe der Pflegenden ist sehr klein, sodass wir hier ein starkes Ressourcenproblem haben. Wenn man hier nicht regelmäßig testen kann, führt das dazu, dass die Mitarbeiter etwa aus Sorge, das Virus in die Einrichtungen zu tragen, den Einrichtungen fernbleiben, und es zu Arbeitsausfällen kommt, die nicht mehr aufzufangen sind.

Gleichzeitig möchten wir appellieren, die Digitalisierung zu stärken, um zu verhindern, dass die Menschen, die gepflegt werden, gar keine sozialen Kontakte mehr haben.

Gleichzeitig bedeutet die Stärkung des Infektionsschutzes auch etwas Konkretes für die Pflegeeinrichtungen mit Bezug auf die Arbeitsorganisation. Unsere Studie konnte zeigen, dass die Umsetzung des Infektionsschutzes mit vielen Herausforderungen der Arbeitsorganisation einhergeht: Beschaffung und Verbrauch von Schutzausrüstung, Einhaltung von Hygienevorschriften und Kontaktbeschränkungen, Umgang mit widersprüchlichen und intransparenten Information und – ganz besonders bei den kleineren Einrichtungen vor allem im ambulanten Bereich – Einnahmeausfälle, die zum Teil schon im April zu Schließungen geführt haben.

Die Resultate waren Arbeitsverdichtung, gesundheitliche Belastungen der Pflegenden, Präsentismus vor allem im Bereich der Leitungskräfte, die viel auffangen und das System am Laufen halten mussten. Wir haben gesehen, dass gerade zu dieser Zeit die vorgenommenen Anpassungen, um alles aufrechtzuerhalten, sehr kreativ und improvisiert und weniger gesteuert umgesetzt wurden.

Das bedeutet für die Stärkung des Infektionsschutzes, dass die organisationale Bewältigungsfähigkeit in Bezug auf Personalplanung, Kommunikation, Informationsweitergabe und Ressourceneinsparung unbedingt berücksichtigt werden muss.

Eine Empfehlung wäre es daher, einen niederschweligen Zugang zu finanzieller Unterstützung zu ermöglichen. Wir haben gesehen, dass viele Einrichtungen finanzielle Unterstützung in Anspruch genommen haben, dass dies aber auch mit viel Bürokratie verbunden war und es nicht leicht war, an die Unterstützung zu gelangen. Wir empfehlen die Bekämpfung des Fachkräftemangels. Wir haben im Bereich der Pflegenden ein enormes Ressourcenproblem. Wir empfehlen auch eine angemessene Entlohnung.

Was können wir aus der Krise lernen? Wie können wir sinnvolle Maßnahmen und Hilfen schaffen? – Die Vertretung der Pflegeberufe in der Entwicklung und Aufbereitung von Informationen und Bewältigungsmaßnahmen für Pflegeeinrichtungen ist enorm wichtig. Wir haben hier eine große Kompetenz, die in der Entwicklung genutzt werden kann. Bezüglich der Einrichtungen empfehlen wir die Stärkung der Digitalisierung, um zeit- und ortsunabhängig den Kommunikationsfluss innerhalb der Einrichtung aufrechterhalten zu können. Das hat sich nämlich auf Grundlage unserer Ergebnisse als ein enormes Problem herausgestellt.

Ich danke Ihnen ganz herzlich für die Aufmerksamkeit und freue mich auf etwaige Rückmeldungen.

**Vors. Abg. Jochen Hartloff:** Vielen Dank, Frau Dr. Hower. Die Bitte der Enquete-Kommission ist, dass Sie uns vielleicht die Folien per E-Mail übermitteln können.

Die Bitte gilt auch Frau Dr. Zierow, die ich herzlich begrüße. Frau Dr. Zierow ist stellvertretende Leiterin des ifo Zentrums für Bildungsökonomik beim ifo Institut – Leibniz Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München. Herzlich willkommen, Sie haben das Wort.

**Dr. Larissa Zierow**

Stellvertretende Leiterin des ifo Zentrums für Bildungsökonomik, ifo Institut – Leibniz Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

**Dr. Larissa Zierow:** Guten Morgen. Ich freue mich sehr, dass ich hier vortragen darf und von unseren Ergebnissen zur Bildung in der Corona-Krise berichten kann.

(Die Rednerin unterstützt ihren Vortrag mit  
Präsentationsfolien – [Vorlage EK 17/2-46](#) –)

In unserer Studie beziehen wir uns auf die Zeit von Mitte März bis Mitte Juni; die Zeit, in der die Schulen für die allermeisten Schulkinder geschlossen waren. Aber natürlich gilt das auch für die kommende Zeit. Ich werde auch darauf eingehen, welche Lehren wir daraus für die zweite Welle ziehen.

Im Rahmen unseres ifo Bildungsbarometers haben wir im Juni eine Online-Befragung durchgeführt, als die allermeisten Schulkinder zu Hause gelernt haben. Die Umfrage besteht zum einen aus einem für die Bevölkerung in Deutschland repräsentativen Teil mit mehr als 10.000 Befragten. Zum anderen haben wir daraus eine Elternstichprobe genommen: mehr als 1.000 Eltern, die jeweils für ihr jüngstes Schulkind Fragen beantwortet haben. Die jüngsten Schulkinder verteilten sich relativ gleichmäßig auf Grundschulen, Gymnasien und andere weiterführende Schulen.

Zunächst haben wir gefragt, was die Schulkinder eigentlich jeden Tag während der Schulschließungen von Mitte März bis Mitte Juni gemacht haben und wie es davor aussah. Es ist wichtig, den Vorher-Nachher-Vergleich zu sehen, um Auswirkungen der Krise benennen zu können.

Vor den Schulschließungen waren die Kinder im Durchschnitt etwa sechs Stunden am Tag in der Schule und haben etwa anderthalb Stunden für die Schule zusätzlich gelernt. Während der Schulschließungen hat sich die gesamte Lernzeit halbiert: etwa 2,7 Stunden lernen für die Schule an einem normalen Wochentag und 0,9 Stunden Schulbesuch – diese Durchschnittszahl kommt vor allem durch die Notbetreuungen in der Schule zustande. Insgesamt geht die Zeit, die mit Lernen verbracht wird, während der Schulschließungen um die Hälfte zurück.

Was haben die Kinder stattdessen gemacht? – Wir haben einen Fragekatalog erstellt, bei dem es eher um kreative Tätigkeiten wie Lesen oder Bewegung geht, also um Tätigkeiten, die eher als förderlich für die kindliche Entwicklung angesehen werden. Da sind die Unterschiede vor und während der Schulschließungen eher gering. Wir sehen aber einen ganz starken Anstieg bei den passiven Tätigkeiten – Fernsehen, Computerspiele, Handyspiele. Vor den Schulschließungen haben die Kinder das im Durchschnitt vier Stunden am Tag gemacht, während der Schulschließungen waren es 5,2 Stunden. Insgesamt sehen wir, dass die Kinder während der Schulschließung deutlich mehr Zeit mit diesen passiven Tätigkeiten, die man eher als schlecht für die Entwicklung ansehen würde, verbracht haben als mit Lernen und Aktivitäten für die Schule.



Natürlich sind die Unterschiede zwischen den Kindern auch wichtig. Wir haben in unserer Studie unterschieden, ob Kinder Akademiker-Eltern haben, wie das Familieneinkommen ist, wie leistungsstark die Kinder in Bezug auf Schulnoten sind. Da sehen wir die deutlichsten Unterschiede bezüglich der Zeit, die mit Lernen verbracht wird.

Leistungsschwächere Kinder, die wahrscheinlich mehr Zeit bräuchten, um sich Inhalte zu erarbeiten, haben ihre Zeit für die Schule deutlich stärker reduziert als leistungsstärkere Kinder. Leistungsstärkere Kinder haben auch eher kreative, förderliche Tätigkeiten gemacht und damit den Schulausfall mehr kompensiert. Die leistungsschwächeren Kinder hatten einen stärkeren Anstieg bei der Zeit, die sie mit passiven Tätigkeiten – Fernsehen, Computer, Handyspiele – verbracht haben. Diese Kindergruppe hat im Durchschnitt während der Schulschließungen 6,3 Stunden am Tag mit den passiven Aktivitäten verbracht.

Wir haben die Familien gefragt, wie sie die Situation zu Hause einschätzen. Auch die Eltern haben die Zeit der Schulschließungen als eine Zeit gesehen, in der ein Lernrückgang stattgefunden hat. 64 % der Befragten stimmten der Aussage „Mein Kind hat viel weniger gelernt als sonst“ zu. Dies denken besonders oft Nichtakademiker-Eltern und Eltern leistungsschwächerer Kinder.

Insgesamt sagen 86 % der Familien, dass sie ganz gut mit der Situation klar gekommen sind. Trotzdem sagen – das bestätigen auch andere Studien – jeweils 38 % der Eltern, dass die Schulschließungen sowohl für das Kind als auch für sie selbst eine große psychische Belastung darstellten. Fast 30 % der Eltern gaben an, während der Schulschließungen mehr mit ihrem Kind gestritten zu haben als sonst.

Wir haben die Eltern gebeten, das Lernumfeld zu Hause zu bewerten. 70 % bewerten es als ganz gut, wobei es große Unterschiede zwischen auf der einen Seite Akademiker-Eltern und Eltern leistungsstärkerer Kinder und auf der anderen Seite Nichtakademiker-Eltern und Eltern leistungsschwächerer Kinder, die das Lernumfeld eher schlechter bewerten, gibt.

Wir haben auch nach den Angeboten der Lehrkräfte während der Schulschließungen gefragt. Beim Homeschooling ist die Digitalisierung sehr wichtig. Besonders erstaunlich und vielleicht auch tragisch ist, dass nur 6 % der Schüler täglich Unterricht für die ganze Klasse hatten – etwa per Online-Unterricht oder Videoanruf. 45 % der Schüler hatten überhaupt keinen gemeinsamen Unterricht.

17 % der Lehrer haben die Schüler mehr als einmal die Woche angerufen und individuelle Gespräche geführt. Lernvideos und Lernsoftware wurde etwas häufiger verwendet (50 %). Am häufigsten (90 %) wurden bereitgestellte Aufgabenblätter zur Verfügung gestellt, aber nur knapp über die Hälfte der Schüler sollte die ausgefüllten Aufgabenblätter mehr als einmal pro Woche wieder zurückgeben. Das Feedback zu den Aufgabenblättern war noch geringer.

Wenn wir hier die unterschiedlichen Schülergruppen anschauen, dann sehen wir, dass vor allem die leistungsschwächeren Schüler und Kinder von Nichtakademiker-Eltern deutlich weniger Feedback bekommen haben und weniger oft Online-Unterricht hatten als die anderen.

Wir sehen also einen großen Rückgang beim Lernen während der Schulschließungen. Die Schülerinnen und Schüler haben die Lernzeit eher mit passiven und nicht entwicklungsförderlichen Aktivitäten ersetzt. Es gab sehr wenig Online-Unterricht, wenige Erklärungen und wenig Feedback von den Lehrern. Wir wissen aber, dass Feedback und Erklären sehr wichtig ist – vor allem für Schüler, die sich Sachen vielleicht selbst nicht so gut erarbeiten können.

Welche Maßnahmen ergeben sich daraus? – Unterrichtsausfall soll verhindert werden. In der ersten Welle wurden die Schulen und Kindergärten als erstes geschlossen; so ist es diesmal nicht. Ich denke, das Verständnis ist da, dass dies eher die Einrichtungen sind, die als allerletztes geschlossen werden sollten. Wenn sie aber geschlossen sind, dann sollte es eine Verpflichtung zum Online-Unterricht geben, sodass nur wenig Unterricht ausfällt.

Die Lehrer sollten den Fokus dabei auf die leistungsschwächeren Schülerinnen und Schüler legen. Man sollte alles dafür tun, die Lernlücken, die durch die dreimonatige Schulschließung entstanden sind, im Frühjahr mit zusätzlichem Nachmittagsunterricht, Ferienkursen usw. zu kompensieren. Es gibt da schon Bemühungen, die aber noch viel zu gering ausgeprägt sind. Bei erneuten Schulschließungen sollte es besonders engen Kontakt mit den leistungsschwächeren Schülerinnen und Schülern geben.

Wir haben auch gefragt, wie die Bevölkerung das sieht und ob es Mehrheiten für bestimmte schulpolitische Maßnahmen gibt. Fast 80 % der Befragten sind für eine Anweisung, dass Lehrkräfte täglichen Kontakt mit Schülerinnen und Schülern haben müssen, und für eine Verpflichtung zu Online-Unterricht bei längerem Schulausfall. Das sind sehr deutliche Mehrheiten. Auch eine verpflichtende Fortbildung für Lehrkräfte zu Online-Unterricht wird von einer großen Mehrheit der Bevölkerung befürwortet. Die Frage, ob Schülerinnen und Schüler mit Laptops ausgestattet werden sollen, bejahen 50 %. Es wäre aber besser, nicht nach dem Gießkannenprinzip vorzugehen. Man sollte lieber die Schülerinnen und Schüler ausstatten, deren Familien sich Laptops nicht leisten können. Dieser Aussage stimmen 80 % zu.

Es gibt auch eine große Zustimmung, dass Lehrkräfte besonders benachteiligte Kinder intensiver betreuen sollten. Die Maßnahmen, die ich vorhin genannt habe, finden tatsächlich Rückhalt in der Bevölkerung.

Vielen Dank. Ich freue mich auf die Fragen später.

**Vors. Abg. Jochen Hartloff:** Vielen Dank. – Wir können in der Anhörung fortfahren. Der nächste Anzuhörende ist Herr Professor Hochmann von der Cusanus Hochschule für Gesellschaftsgestaltung in Bernkastel-Kues. – Herr Professor Hochmann, ich darf Ihnen das Wort geben. Bitte schön.

**Prof. Dr. Lars Hochmann**

Vertretungsprofessur für plurale Ökonomie, Cusanus Hochschule für Gesellschaftsgestaltung,  
Bernkastel-Kues

– [Vorlage EK 17/2-39](#) –

**Prof. Dr. Lars Hochmann:** Meine sehr geehrten Damen und Herren, lieber Herr Vorsitzender, liebe alle, herzlichen Dank für die Möglichkeit, hier zu und vielleicht auch mit Ihnen reden zu dürfen. Anhören bedeutet nicht in jedem Fall zuhören, aber ich bin da guter Dinge.

Mein Name ist Lars Hochmann. Ich bin studierter und promovierter Ökonom und vertrete gegenwärtig die Professur für plurale Ökonomie an der Cusanus Hochschule für Gesellschaftsgestaltung. Als Wissenschaftler habe ich keine Forderungen, wohl aber Denkanregungen für Sie mitgebracht. Das passt gut in den Kontext, denn Enquete-Kommissionen verdanken ihren Namen ihrem besonderen Anliegen. Sie sollen einen Zusammenhang inquiren, ihn untersuchen. Der besondere Reiz solcher Kommissionen liegt also für mich darin, am Ende klüger zu sein als zu Beginn. Diese Enquete-Kommission will die Corona-Pandemie untersuchen und in Bezug auf sie klüger werden.

Dass ich als Wirtschaftswissenschaftler hier zu Ihnen spreche, wird entweder einem Missverständnis oder Ihrem Anfangsverdacht geschuldet sein, dass ein Coronavirus zwar ein medizinischer Befund ist, die korrespondierende Pandemie gleichwohl ökonomische Folgen, aber eben auch ökonomische Ursachen hat. Dieser Verdacht ist durchaus begründet.

Die Corona-Pandemie beeinträchtigt unsere Wirtschaft nicht nur. Die Ursachen der Pandemie liegen zugleich darin, wie wir uns als Gesellschaft mit dem Erforderlichen versorgen, unsere Wirtschaft organisieren und Recht über sie sprechen. Die neue Anfälligkeit und die faktische Entstehung von Seuchen und deren weltweite Verbreitung resultieren aus der massenhaften Auslöschung von Biodiversität – vernichteten Tierarten und Pflanzensorten –, die wiederum zu weiten Teilen das Resultat industrieller Intensivlandwirtschaft und globalisierter Wertschöpfungsketten ist.

Die Corona-Pandemie tritt also nicht zur Klimakrise hinzu, sondern ist Teil von ihr – eine Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse. Wer inquiren will, wer am Ende klüger sein will als zuvor, wer vom eigenen Erkennen überrascht werden will, muss daher zu Beginn alles vergessen, was über vermeintliche Naturgesetze der Ökonomie zu wissen nur geglaubt wird.

Es geht nicht um Großbegriffe wie Kapitalismus, Sozialismus oder sonst etwas. Auch Bezeichnungen wie Marktwirtschaft oder Planwirtschaft sind schlechte Allgemeinheit und leiden an einem grundlegenden Mangel an Differenzierung.

Ich möchte stattdessen dafür sensibilisieren, die Krisen unserer Zeit endlich als Krisen ernst zu nehmen, statt sie zu beschönigen, ihr Gegenteil wahrzulügen oder einfach die Augen vor ihnen zu verschließen. Wie wir diese Verhältnisse nennen, spielt zumindest für mich keine Rolle. Es geht

darum, ob wir aus den Problemen herauskommen. Die meisten Probleme, die dieser Tage zu Bewusstsein kommen, wurden durch die COVID-19-Pandemie nur sichtbar gemacht. Dass zu viele Menschen von ihrer eigenen Hände Arbeit nicht leben können, dass schlechte Arbeitsbedingungen in elementaren Feldern der Gesellschaft wie Gesundheit, Verkehr und Bildung vorherrschen oder Lebenszeit auf überfüllten Straßen mitunter auch im Stau verbracht wird, dass Leben oder Gesundheit gegen Profit in Stellung gebracht wird sind keine neuen Phänomene. Das war auch vor der Pandemie schon so; wir nannten es nur anders. Wir sprachen von Humankapital am Arbeitsplatz, von Employability in der Bildung oder eben von Monokulturen in der Land- und Ernährungswirtschaft.

Der deutsche Philosoph Manfred Riedel hat einmal formuliert, dass Ethik als Krisenreflexion auf den Weg kommt. Die Krisen sind da, nun wäre es an der Zeit zu reflektieren, dass es inmitten dieser Pandemie nur auf der Oberfläche um einen Virus geht. Im Kern geht es um uns als Gesellschaft und um die Frage, wie wir unser Beisammen- und Miteinandersein gestalten können und wollen. Solange die Lockerung von Corona-Auflagen aber nur bedeutet, möglichst rasch in Verhältnisse zurückzukehren, die nachweislich Problem statt Lösung sind, wird sich bis auf das angerichtete Leid, die Insolvenzen und Erschöpfungen, nichts ändern.

Die entscheidende Frage ist, inwieweit nur Symptome behandelt oder die Probleme an der Ursache beseitigt werden. Der Begriff des Shutdowns, der insinuiert, die Welt sei ein Computer, der heruntergefahren und irgendwann – frisch und fröhlich, als sei nichts gewesen – wieder heraufgefahren wird, hat daher im affirmativen Sprachgebrauch aufgeklärter Gesellschaften nichts zu suchen. Die Figur erlaubt nur eine Debatte über Zeitpunkte, nicht aber über die erforderlichen Um- und Neugestaltungen hin zu einer besseren Gesellschaft mit mehr Lebensglück und Sinn für alle.

Genau diese Debatten brauchen wir jetzt aber, um die richtigen Lehren aus Corona zu ziehen. Die Frage ist: Wie können wir sie nicht trotz, sondern gerade wegen des akuten Leidens nun erst recht mit Nachdruck führen? – Anders als bislang müssen wir dafür lernen, Tacheles zu reden und dabei sowohl respektvoll wie in der Sache zu bleiben. Einander verstehen zu wollen, muss an die Stelle der schnellen Pointen treten, die bloß kommentieren, um sich von der jeweils eigenen Community den Applaus abzuholen.

Wir brauchen Orte der gesellschaftlichen Debatte, an der die Vielfalt der Verschiedenen verständigt statt ausgegrenzt werden kann. Leere Floskeln und Kampfbegriffe wie Ideologie oder Moralismus kennen diese Verständigung. Ihr Ausgangspunkt sollten stattdessen historisch konkrete Analysen von Problemzusammenhängen sein, die nicht Glaube und keine Meinungsfragen sind, zu denen man so oder anders stehen kann. Sie sind Wissenschaft; und sie bleiben Wissenschaft auch dann, wenn ihre Befunde denjenigen, die nun um ihre Privilegien fürchten, nicht schmecken.

Wissenschaftlich betrachtet sind die Zusammenhänge klar. Die COVID-19-Pandemie ist ebenso wie das Erreichen planetarer Belastungsgrenzen, globaler Dependenz und sozialer Verwerfungen, die daraus resultieren, gleich ursprünglich zurückzuführen auf die Gestaltung der Welt nach den

Moraltheorien ökonomischer Lehrsätze aus dem frühen 18. Jahrhundert. Wo sind wir im 21. Jahrhundert eigentlich angekommen, dass der Erfolg in grundlegenden Bereichen der ökonomischen Daseinsfürsorge nicht an deren Qualität bemessen wird, sondern an der Rendite privater Eigentümerinnen und Eigentümer oder institutioneller Investorinnen und Investoren?

Wer es ein gesellschaftliches Optimum nennt, dass die Behandlung in Krankenhäusern mit der Kapitalrendite steht oder fällt – die einen also nur schlecht oder gar nicht, die anderen hingegen mitunter unnötigerweise behandelt werden –, offenbart nicht nur ein fragwürdiges Verhältnis zur Mathematik, sondern auch ein gefährliches Verständnis von Demokratie.

Ich bestreite nicht, dass eine effiziente Allokation von Gütern und Dienstleistungen nicht ihre Berechtigung hat, aber sie ist nicht der Sinn des Lebens – schon gar nicht in demokratischen Gesellschaften. Sie ist ein Mittel neben vielen anderen, aber sie ist kein Selbstzweck oder Generalschlüssel zu einer besseren Welt.

Worauf es nun ankommt, ist nicht, die Verhältnisse vor Corona wiederherstellen zu wollen, sondern engagiert und mit Möglichkeitssinn an der gemeinsamen Gestaltung einer nachhaltigen Zukunft zu arbeiten. Nachhaltigkeit bedeutet dabei, die Krisen der Gegenwart zu überwinden und eine sowohl sichere als auch souveräne Versorgung zu ermöglichen, sodass die einen ihr Leben so und die andern ihr Leben eben anders führen können.

Wir leben in einer Zeit, in der wieder spürbar geworden ist, dass Geschichte von Menschen gemacht wird. Die Zeit ist reif für diese Gesellschaft, sich selbst zu befreien als eine Beteiligungsdemokratie mit mehr Möglichkeiten zur politischen Teilhabe. Eine echte Demokratie in diesem Sinne und eine nachhaltige Wirtschaft entfalten sich entweder gemeinsam oder beide nicht.

Um Bedingungen zu schaffen und schaffen zu helfen, damit beidem die Luft zum Atmen bleibt, sind politische Maßnahmen erforderlich, denen überfällige gesellschaftliche Debatten voranzustellen sind. In Schulen wie Hochschulen, am Arbeitsplatz wie am Küchentisch sind sie mit Nachdruck zu führen.

In meiner schriftlichen Stellungnahme habe ich einige Thesen transportiert, die solche Kontroversen anleiten können. Flankiert werden sollten sie durch eine Wissenschaftskommunikation, die nicht einseitiger Transfer ist und sagt, was warum alles nicht geht. Wir brauchen einen wechselseitigen Dialog zwischen Wissenschaft und Gesellschaft, der Möglichkeiten formuliert sowie gemeinsam Bedingungen analysiert und verbessert: reflektiert, demokratisch und wissenschaftsbasiert.

Der langen Rede mittellanger Sinn ist dieser: Prävention und Schutz vor Infektionen wie Seuchen sind nicht das Ziel, sondern der Lohn einer nachhaltigen Gesellschaft.

Herzlichen Dank.

**Vors. Abg. Jochen Hartloff:** Vielen Dank, Herr Professor Hochmann. – Wir kommen zum nächsten Anzuhörenden, Herrn Professor Müller. Er ist an der Hochschule Mainz Professor für Rechnungswesen, Controlling, Steuern im Fachbereich Wirtschaft. – Herr Professor Müller, bitte schön.

**Prof. Dr. Werner Müller**

Professor für Rechnungswesen, Controlling, Steuern, Fachbereich Wirtschaft, Hochschule Mainz

– [Vorlage EK 17/2-35](#) –

**Prof. Dr. Werner Müller:** Auch von meiner Seite vielen Dank für die Einladung. Ich möchte heute nicht auf jede der sieben Leitfragen eingehen. Die Leitfragen 3 und 4 möchte ich aber ansprechen. Im Interesse der Zeitökonomie möchte ich mich jetzt an mein Konzept halten und den Zeitrahmen einhalten.

Zur Leitfrage 3: In den 1960er-Jahren gab es keinen Impfstoff gegen die Kinderkrankheiten Masern, Röteln, Keuchhusten, Windpocken und Mumps. Die Kinder wurden krank und nach einigen Tagen waren sie wieder gesund, und die Welt war dann eigentlich in Ordnung; nur die Pharmaindustrie hat nicht daran verdient.

Viele Menschen, darunter auch viele Ärzte, Biologen und andere Fachleute, glauben, dass man nicht den Fehler von Contergan wiederholen sollte und nicht mit einem unzureichend getesteten Impfstoff in die Bevölkerung reingehen darf. Sie sind auch durch die aktuellen Zahlen nicht verängstigt, weil weniger als 2 % der aktuell positiv getesteten Menschen im Krankenhaus behandelt werden und weil etwa 90 % sich bester Gesundheit erfreuen. Mir persönlich erscheint dieses Virus auf jeden Fall nicht sehr bedrohlich.

Die Politik ist etwas anderer Meinung. Diese Position wird eher verteufelt, die traditionelle Lösung wird ausgeschlossen. Das spaltet die Gesellschaft wie vor 40 Jahren bei der Friedensbewegung. Damals sah man bei einer Flugzeit von Mittelstreckenraketen von nur acht Minuten die Gefahr, dass selbst bei einem Fehlalarm die Sowjetunion sofort einen Gegenschlag auslösen könnte. Am 26. September und 7. November 1983 war es auch fast soweit. Das haben wir 25 Jahre später erfahren. Eine Bewegung gegen übertriebene Einschränkungen wegen Corona, vor allem, wenn sie am Ende gar nichts bringen sollten, könnte eine ähnlich große Wirkung haben. Wer einen gesellschaftlichen Konsens herstellen will, wie die Leitfrage 6 unterstellt, darf Kritiker nicht ausgrenzen, sondern muss sie einbinden.

Der Kollege Hochmann hat eben von einer Beteiligungsdemokratie gesprochen. Hier gibt es Potenzial, dass man Kritiker einbinden kann und beteiligen sollte. Das ist in den letzten acht Monaten leider nicht passiert.

Zur Leitfrage 4, die eher meine Kompetenzen betrifft: Ich möchte auf einen Aspekt hinweisen, der bisher noch nicht die nötige Aufmerksamkeit erhalten hat. Das größte wirtschaftliche Risiko sehe ich in der ungeklärten Finanzierung der gigantischen Ausgaben, die wir aktuell tätigen. Die internationale Währung ist weder der Euro, noch der Dollar, es ist das Vertrauen. Auch die Aktie von Wirecard hatte einen Wert, solange die Börse dem Unternehmen vertraut hat. Und wenn das Vertrauen in eine noch so große Währung verloren gehen würde, dann wäre der Absturz der gleiche wie bei Wirecard.

Man sollte sich einmal in die Lage eines Fondsmanagers hineinversetzen, der vom Finanzminister um ein Darlehen gebeten wird. Privatleute müssen ihrer Bank zunächst drei Fragen beantworten. Erstens: Wozu brauchen sie das Geld? Zweitens: Wie lange brauchen sie es? Drittens: Wie wollen sie es zurückzahlen?

Aktuell wird das Finanzministerium aber nur die erste Frage beantworten können, und das für einen Banker wohl auch nicht gerade befriedigend. Hinter vorgehaltener Hand bekommt man aus dem Finanzsektor die Einschätzung, dass der Staat diese Beträge nur sehr schwer zurückzahlen könne, vor allem dann, wenn man nicht an Subventionsabbau und Ähnliches herangeht. Am Ende gibt es die Sorge, dass es einen Staatsbankrott oder eine Hyperinflation gibt.

Auch wenn der Staat der Schuldner ist, wollen die Investoren ihr Geld zurück. Sie wissen, dass Deutschland den Euro dominiert und dass die Politik vor der Bundestagswahl Ruhe halten will. Einen Staatsbankrott wird es also bis zum September 2021 definitiv nicht geben. In der Situation würde ich als Fondsmanager nur Verträge eingehen, die vor der Wahl fällig werden und wenn bis zum Sommer die Frage, wie das Geld zurückgezahlt werden soll, nicht zufriedenstellend beantwortet wäre, würde ich definitiv das Geld zurückverlangen. Und wenn alle Fondsmanager die Lage ähnlich einschätzen, dann hätte der Finanzminister wirklich ein Problem. Dann bliebe ihm im nächsten Sommer kurzfristig nur noch der Weg zur EZB mit der Bitte, die digitale Notenpresse anzuwerfen und das fehlende Geld zu drucken. Dann hätten wir eine Situation, die mit dem Januar 1923 nach der Besetzung des Ruhrgebietes Ähnlichkeiten hätte. Ich sage Ähnlichkeiten, nicht die gleiche Situation.

Den internationalen Geld- und Kapitalmärkten wäre eine Inflation lieber als ein Staatsbankrott, denn das ist kein plötzliches Ereignis und die institutionellen Anleger können sehr schnell reagieren. Sie haben mit Sicherheit Pläne in den Schubladen, wie sie ihre Anlagen im Bedarfsfall schnell abstoßen können. An den Märkten sind gigantische Geldmengen unterwegs. Die von der EZB seit der Lehman-Pleite deutlich erhöhte Geldmenge, die von den internationalen Märkten weitgehend aufgesaugt wurde, kann auch wieder zurückfließen.

Ich halte es für eine dringende Aufgabe, das Vertrauen in internationale Geld- und Kapitalmärkte zu stützen und eine mögliche Kettenreaktion zu verhindern. Die Politik muss die gleichen Fragen beantworten, wie der Normalbürger, der zu seiner Bank geht. Wir brauchen im nächsten halben Jahr einen soliden Tilgungsplan und wir müssen ausrechnen, welche Beträge ab wann mit Steuererhöhungen und Ausgabenkürzungen aufgebracht werden müssen. Die konkreten Maßnahmen würden dann in den Bundestagswahlkampf hineinreichen. Die Bereitschaft der Politik, ein unangenehmes Thema ausnahmsweise vor einer Bundestagswahl anzupacken, könnte das nötige Vertrauen auf den internationalen Märkten erzeugen, dass nämlich wirklich die Bereitschaft besteht, diese Gelder auch zurückzuzahlen und sie nicht wegzuinflationieren.



Jeder Versuch, dieses Thema aus dem Bundestagswahlkampf herauszuhalten, könnte von den Märkten dagegen als Anzeichen gewertet, dass sich die Euroländer auch einen Staatsbankrott zumindest vorstellen könnten. Ein Vertrauensverlust in die Politik hätte dann einen Wertverlust der Währung zur Folge, und den kann niemand wollen.

Wir sollten uns nicht von den kurzfristigen Einschätzungen blenden lassen. Kurzfristig gibt es keine akute Inflationsgefahr. Die erhöhte Geldmenge und die rückläufige Wirtschaftsleistung werden durch die geringere Umschlaghäufigkeit der Geldmenge kompensiert. Aber mittelfristig gibt es mindestens eine latente Gefahr, ähnlich wie bei einer Lawine in den Bergen. Sie kann sich aufbauen und manchmal schon aus geringem Anlass abgehen.

Vielen Dank.

**Vors. Abg. Jochen Hartloff:** Vielen Dank, Herr Professor Müller. – Wir kommen zum nächsten Anzuhörenden. Herr Dr. Adam ist Geschäftsführer von BorgWarner Turbo Systems in Kirchheimbolanden. – Herr Dr. Adam, Sie haben das Wort, bitte schön.

**Dr. Jürgen Adam**

Geschäftsführer der BorgWarner Turbo Systems GmbH, Kirchheimbolanden

– [Vorlage EK 17/2-41](#) –

**Dr. Jürgen Adam:** Vielen Dank. – Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte mich zunächst bedanken, dass Sie mir heute die Möglichkeit geben, in der Enquete-Kommission über die betrieblichen Auswirkungen der Corona-Pandemie für den Produktionsstandort Kirchheimbolanden zu reden.

(Die Redner unterstützt seinen Vortrag mit Präsentationsfolien)

Mein Name ist Jürgen Adam, ich bin Geschäftsführer hier am Standort. Herr Ferder vom DGB hat vorhin schon von sich überlagernden Effekten speziell in der Automotive-Branche gesprochen. Das sehen wir auch bei uns. Ich möchte kurz die Rahmenbedingungen in der Branche reflektieren, auf die Corona Anfang des Jahres mit voller Wucht getroffen ist. Dann gehe ich darauf ein, wie wir die Corona-Pandemie mit Maßnahmen zum Arbeits- und Gesundheitsschutz im Werk handhaben, um schließlich die Folgen von Pandemie und Transformation noch einmal zusammenzufassen.

Wir unterstützen mit unseren wirtschaftlichen Aktivitäten und Produkten die Nachhaltigkeit und den Umweltschutz. Unsere Vision ist es, mit unseren Ladeaggregaten zu einer sauberen, energieeffizienten Welt beizutragen. Das machen wir, indem wir Produkte entwickeln, die führend in der Antriebstechnologie für Verbrennungs-, Hybrid- und Elektrofahrzeuge sind.

Das spiegelt sich auch in unseren Anstrengungen wieder, neue Produkte zu entwickeln. Wir haben ein klassisches Produktportfolio für Verbrennungsmotoren. Vor ca. 10 Jahren haben wir begonnen, den nächsten Schritt zu machen und die Hybridisierung einzuleiten. Seit 2017 sind wir mit neuen Generationen an Ladeaggregaten für Hybride in Serie. Heute entwickeln wir Zukunftsprodukte für die Ladung von Brennstoffzellen.

Unser Werk ist 60 Jahre alt. Wir haben am Standort neben der Produktion auch ein Entwicklungszentrum und den Prototypenbau. Natürlich bilden wir auch aus, derzeit sind es 50 Auszubildende im Werk. Bei uns sind rund 1.500 Mitarbeiter beschäftigt, von denen rund 350 im administrativen Bereich arbeiten, also entwickeln und die Serie steuern.

Zur Transformation der Automotive-Industrie, die eine enorme Herausforderung für uns darstellt: Wir gehen heute für die Zukunft von signifikant sinkenden Mengen an Dieselfahrzeugen aus. Unser heutiges Produktportfolio ist zu ca. 75 % für den Einsatz in Dieselfahrzeugen vorgesehen. Die Auswirkungen bei uns sind drastisch. Wir sehen für die nächsten fünf Jahre einen Umsatzrückgang. Die neuen Produkte können den Rückgang auf der Dieselseite noch nicht aufwiegen. Wir sehen auch einen extrem hohen Preisdruck bei den konventionellen Produkten, weil die Automotive-Hersteller extrem viel Geld aufwenden müssen, um diese Transformation einzuleiten, und bei den konventionellen Produkten auf der Kostenbremse stehen.

Parallel dazu sehen wir hohe Aufwendungen für die Entwicklung neuer Produkte, was flankiert wird durch die Themen „Digitalisierung“, „Industrie 4.0“ und einem enormen Aufwand für die Qualifizierung der Mitarbeiter, um aus einer klassischen Maschinenbaumannschaft den Transfer in Richtung E-Technik und Informatik zu schaffen.

Wir haben das rechtzeitig erkannt und einen Zukunftsvertrag zur Standort- und Beschäftigungssicherung abgeschlossen, der auch regelt, wie wir das Werk an den reduzierten Umsatz anpassen, wie wir die Wettbewerbsfähigkeit sowohl im Produktions- als auch Bürobereich stärken können. Wir haben auch über die Personalkosten Regelungen getroffen, um übertarifliche Bestandteile zu reduzieren. Wir haben auch die klare Strategie und das Commitment, dass wir in diese Standort- und Beschäftigungssicherung – in die Entwicklung von neuen, zukunftsfähigen Produkten – auch investieren. Vor dem Hintergrund hat uns die Corona-Pandemie getroffen.

Dies hat Auswirkungen auf die Produktion und in den Bürobereichen. Primäres Ziel ist es natürlich, den Arbeits- und Gesundheitsschutz an die erste Stelle zu stellen. Es gilt, Menschenansammlungen zu vermeiden. Deshalb haben wir neue Verkehrsführungen eingeführt, die Laufwege getrennt, damit sich die Mitarbeiter nicht mehr kreuzen. Wir haben sehr viele Maßnahmen in der Produktion eingeführt, zum Beispiel eine Maskenpflicht auf dem kompletten Werksgelände. Wir trennen die Schichten, um Übertragungsketten zu verhindern. Abstands- und Hygieneregeln sind selbstverständlich; wir desinfizieren sehr vieles.

Das alles führt zu Beeinträchtigungen in der Produktion. Wir montieren sehr viele kleine feinmechanische Teile unter sehr hohen Qualitätsstandards. Da sind Belastungen wie Masken und Schutzbrillen für die normale Fertigungsroutine hinderlich.

Wir sehen auch einen hohen Schulungs- und Kontrollaufwand, insbesondere bei der Umsetzung der Maskenpflicht. Wir waren im Werk mit schärferen Regeln unterwegs als in der Öffentlichkeit. Das hat am Anfang zu sehr vielen Diskussionen geführt, um diese Verhaltensregeln auch durchsetzen zu können.

Wir sehen gravierende Produktivitätsverluste durch die Trennung der Schichten. Es geht uns jeden Tag eine halbe Stunde Produktionszeit verloren. Auch der Informationsfluss zwischen den Schichten ist heute schwieriger als vor Corona. Hinzu kommen, wie die Vorredner schon gesagt haben, Kosten für Reinigungsmittel, Arbeitsschutz und Masken.

In den Bürobereichen geht es hauptsächlich um Online-Kommunikation und Online-Meetings. Rund 60 % unserer Mitarbeiter sind im Homeoffice, was zu enormen Herausforderungen in diesen neuen Arbeitsroutinen führt, Stichworte: Führung, Betreuung unserer Kunden etc. Wir sehen natürlich aber auch Chancen im Bereich „Online-Kommunikation, Online-Meeting, Homeoffice“, etwa was die Themen „Mitarbeitermotivation“, „Work-Life-Balance“ etc. angeht.

Wir denken, dass wir mit unseren Maßnahmen sehr gut unterwegs sind, das zeigen auch die Fallzahlen: Seit Wiederanlauf der Fabrik im Mai nach vierwöchigem Produktionsstillstand haben wir keinen positiven Corona-Fall zu verzeichnen.

Die Umsatzerwartung aufgrund der Auswirkungen der Transformation der Automobilindustrie ist rückläufig. In den nächsten fünf Jahren müssen wir einen Umsatzrückgang von rund 45 % verkraften. Hinzu kommen jetzt die Auswirkungen der Corona-Pandemie. Wir managen die Transformation mit unserem Standortsicherungsvertrag, und die Corona-Pandemie managen wir mit Maßnahmen und der Kurzarbeit. Wir sind seit Frühling in der Kurzarbeit. Im Shutdown war das sehr ausgeprägt, im Moment sind wir mit 3-5 Tagen in Kurzarbeit.

Die langfristigen ökonomischen Folgen von Pandemie und Transformation sind im Moment nur zu erahnen. Das hängt auch davon ab, wie die zweite Welle weitergeht. Die Überlagerung dieser beiden Effekte kann, je nachdem, wie massiv die zweite Welle einschlägt, überlebensrelevant werden.

Zusammengefasst sind wir an der Belastungsgrenze, und ich würde Sie bitten, dies in Ihrer politischen Arbeit zu berücksichtigen. Wir müssen mit den signifikant negativen Effekten umgehen und können keine weiteren Belastungen für unseren Betrieb verkraften.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

**Vors. Abg. Jochen Hartloff:** Vielen Dank, Dr. Adam. Wir wünschen Ihnen die nötige Fortune, dass Sie mit dem Betrieb wenigstens halbwegs ohne Blessuren durchkommen.

Ich möchte zum weiteren Vorgehen ein paar Anmerkungen machen. Es gibt eine Menge Wortmeldungen. Ich wollte zuerst Frau Dr. Groß das Wort zu einer Nachfrage an Herrn Dr. Wilhelm geben. Dann würde ich den sachverständigen Mitgliedern der Enquete-Kommission zu Ergänzungen des schriftlichen Vortrages oder zu eigenen Anmerkungen das Wort geben: Frau Dr. Franke, Herr Tacke, Herr Rutten und Herr Dr. Knopp. Da Herr Dr. Knopp ab 11:30 Uhr wieder praktiziert, würde ich ihn – das Einverständnis aller vorausgesetzt – vorziehen. Im Anschluss dann die weiteren Wortmeldungen nach Anhörung der Sachverständigen: Frau Dr. Groß, Frau Anklam-Trapp, Frau Binz, Herr Wink und Frau Thelen. – Ich sehe keinen Widerspruch, dass wir das so machen.

Frau Dr. Groß, Sie haben das Wort zur Nachfrage an Herrn Dr. Wilhelm.

**Abg. Dr. Sylvia Groß:** Schönen guten Morgen in die Runde und vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Herr Staatssekretär Wilhelm, die Ministerpräsidentin hatte zu Beginn der Legislaturperiode in ihrer Regierungserklärung von der maximalen Transparenz gesprochen, die ihr so wichtig sei. Ich frage Sie jetzt: Möchten Sie diese maximale Transparenz nicht auch auf der Homepage, auf der Webseite des Landes herzustellen beginnen? – Weil der Bürger nur durch Transparenz die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen, die jetzt beschlossen worden sind, überhaupt beurteilen kann. Wir bräuchten als Transparenz die Zahl der wöchentlichen Testungen in Rheinland-Pfalz, die Positivrate, die Zahlen, wie viele der Positiven symptomatisch/asymptomatisch sind, wie viele in die

Intensivstationen kommen und wie viele Menschen versterben. Die Daten müssen massiv erweitert werden, um den Zusammenhang des Ganzen darstellen zu können. Beabsichtigen Sie das, Herr Dr. Wilhelm? Oder wollen Sie es bei der Aufführung der unabhängigen, nicht in einen Bezug stehenden Zahlen belassen?

Meine zweite Frage: Sie haben gesagt, wir wüssten nun mehr über das Virus. – Es sind nun acht Monate vergangen, in dieser Zeit konnte man eine Menge Wissen aggregieren. Ich frage Sie: Welche Wissensaggregation ist in die Maßnahmen, die vorgestern beschlossen worden sind, eingeflossen? Welche neuen Erkenntnisse haben zu was geführt?

Vielen Dank.

**Staatssekretär Dr. Alexander Wilhelm:** Frau Dr. Groß, das waren jetzt zwei Fragen, einmal nach der Transparenz, das heißt der Veröffentlichung bestimmter Zahlen, die Sie erbeten hatten, und einmal danach, welches aggregierte Wissen in die Beschlüsse, die insbesondere diese Woche gefasst wurden, eingeflossen sind.

Neben mir sitzt unser Infektionsschutzreferent, der gerne – wenn Sie einverstanden sind, Herr Vorsitzender – ein paar Dinge dazu sagen. Das ist Herr Dr. Jahn, unser Infektionsschutzreferent, der für die infektionsschutzrechtlichen Fragestellungen in Rheinland-Pfalz zuständig ist. Dann können wir schauen, ob die Frage von Frau Dr. Groß beantwortet wäre. Ist das so in Ordnung?

**Vors. Abg. Jochen Hartloff:** Herr Dr. Wilhelm, das können wir so machen.

**Dr. Klaus Jahn (Referatsleiter im Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie):** Zur Frage der Tests und Testergebnisse: Ich bin der größte Verfechter von Transparenz. Transparenz muss aber auch so geartet sein, dass der Bürger die richtigen Schlussfolgerungen aus Daten ziehen kann. Frau Groß hat gefordert, Daten darzulegen. Das können wir auch bei den Daten, die wir haben, tun. Bei den Daten, die wir nicht haben, können wir das natürlich nicht tun. Da ist eine gewisse Diskrepanz. Wenn man nur die Daten darlegt, die man selber hat, es aber auch Daten gibt, die man nicht hat, dann zieht der Bürger möglicherweise die falsche Schlussfolgerung daraus.

Wir haben ein Meldewesen nach dem Infektionsschutzgesetz. In diesem Meldewesen ist ganz klar festgelegt, dass in Rheinland Pfalz alle positiven Testergebnisse registriert werden. Die Gesundheitsämter, die niedergelassenen Arztpraxen und auch die Menschen an sich lassen Tests aber auch in anderen Bundesländern durchführen, die dann über dieses Meldewesen nicht zwingend zu uns kommen. Was wir veröffentlichen können, sind nur die Daten, die wir als Rheinland-Pfälzer haben, aber nicht die Daten, die in anderen Bundesländern generiert werden. Das kann man nur über die Daten des RKI ersehen.

Ich gehe davon aus, dass wir alle versuchen, maximale Transparenz walten zu lassen. Das sehen Sie an den ausführlichen Berichten des RKI und an den Zahlen, die wir jeden Tag um die gleiche Zeit zur Verfügung stellen. Das betrifft nicht nur die Zahlen der Positiven, sondern auch die Zahlen

der Patienten in den Krankenhäusern, der beatmeten Patienten usw., um den Bürgern ein möglichst umfassendes Bild der Situation zu vermitteln.

Zur zweiten Frage: Es ist sehr viel Wissen eingeflossen; es ist das Wissen des RKI eingeflossen; es ist das Wissen diverser Wissenschaftler eingeflossen; es sind auch die Einschätzungen dieser Personen über das weitere Geschehen eingeflossen. Eingeflossen ist auch, was in den Nachbarländern passiert. Das ist ein wesentlicher Hinweis darauf gewesen, was sich auch bei uns zukünftig zutragen kann. Das sind die Grundlagen, die letztlich zum Beschluss der Kanzlerin und der Ministerpräsidenten geführt haben.

**Vors. Abg. Jochen Hartloff:** Vielen Dank. – Ich sehe, dass Frau Dr. Groß noch Nachfragen hat, die ich jetzt nicht so gerne zulassen möchte, weil Herr Dr. Knopp bald gehen muss.

(Abg. Dr. Sylvia Groß: Ganz kurz!)

Wenn ich vermitteln darf: Es ging auch um die Frage der Präsentation der Landesregierung. Vielleicht kann der Staatssekretär dazu noch ein paar Sätze sagen. Ist das so, Frau Dr. Groß?

**Abg. Dr. Sylvia Groß:** Ja, es ist so. Der Bürger braucht Transparenz, und ich werde oft angesprochen, weil die einfachen Darstellungen der aus einem Zusammenhang gerissenen Zahlen uns nicht weiterbringen. Ich gehe nicht davon aus, dass das Land nicht die Erkrankungszahlen hat, die sich pro Woche ergeben, bzw. die Zahl der Erkrankten, die auf der Intensivstation sind. Ich denke, dass das Land die Zahlen haben muss, damit das Land den Bürgern klarmachen kann, auf welchen wissenschaftlichen Nachweisen, Zahlen und Daten die Maßnahmen beruhen, die doch sehr einschneidend sind.

**Staatssekretär Dr. Alexander Wilhelm:** Herr Vorsitzender, darauf würde unser Experte antworten. Einverstanden?

**Vors. Abg. Jochen Hartloff:** Das ist Ihre Entscheidung. Bitte schön.

**Dr. Klaus Jahn:** Ich gebe Ihnen völlig recht, Frau Dr. Groß. Wir müssen natürlich alle Zahlen darstellen, die wir haben, und nicht nur die Zahlen der positiven Fälle. Wir müssen auch die Krankheitslast darstellen. Harte Daten für die Krankheitslast sind die Zahlen der Hospitalisierten und der Beatmungspflichtigen. Diese Zahlen stellen wir auch dar.

**Vors. Abg. Jochen Hartloff:** Vielen Dank, auch wenn Ihre Antwort möglicherweise nicht alle zufrieden stellt. – Jetzt kommt Herr Heisig mit seiner kurzen Frage an Herrn Knopp. – Den Rest Ihrer Stellungnahme, Herr Heisig, können wir dann später machen. Bitte schön.

**Sachv. Dr. Jan Paul Heisig:** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich habe eine Nachfrage zu der schriftlichen Stellungnahme von Herrn Knopp, insbesondere zu zwei verwandten Aspekten.

Sie äußern sich zu zwei sehr wichtigen, viel diskutierten und inzwischen schon gründlich beforschten Aspekten: Erstens zur Frage der Infektionssterblichkeit – die Diskussion hatten wir auch beim letzten Mal schon – und zweitens zur Frage der Wirksamkeit von Mund-Nasen-Schutz bzw. -Masken.

Was die erste Frage angeht: Es würde mich interessieren, nach welchen Kriterien Sie die Studie, die Sie in Ihrer schriftlichen Stellungnahme aufgeführt haben, ausgewählt haben. Es gibt eine Vielzahl von Studien, unter anderem auch eine vor einigen Wochen erschienene umfangreiche Metaanalyse, die auf ganz andere Werte kommt. Diese Studie wertet alle vorliegenden Studien aus. Dort liegt die Infektionssterblichkeit eher im Bereich von 0,7 % im Gegensatz zum Wert 0,2 % bei der Studie, die Sie ausgewählt haben. Mich würde interessieren, warum Sie diese Studie ausgewählt haben und warum Sie diese für glaubwürdiger halten als diese systematische Metaanalyse.

Zur Frage der Masken: Sie äußern sich generell sehr skeptisch zum Nutzen einer Maskenpflicht. Mit Verweis auf eine Grafik, die Sie in Ihre Stellungnahme eingefügt haben, sagen Sie – Zitat –: „Wie wir mit Blick auf die heutigen Infektionszahlen in Frankreich feststellen können, hat weder die Maskentragpflicht im öffentlichen Raum seit 20. Juli 2020 noch die erweiterte Maskentragpflicht am Arbeitsplatz und in Schulen seit dem 1. September 2020 irgendwelche Auswirkungen auf die weitere Ausbreitung des Virus in Frankreich gehabt.“ Das ist eine sehr starke These, die auch sehr wichtig für die öffentliche Diskussion über die Maskenpflicht ist.

Ich frage mich, woraus Sie diese starke Schlussfolgerung ableiten, denn aus der Grafik ist das nicht ersichtlich. Dafür müssten wir wissen, welchen Verlauf die Infektionszahlen in Frankreich genommen hätten, wenn keine Maskenpflicht eingeführt worden wäre. Das ist die kontrapraktische Vorstellung von Kausalität, die in der Wissenschaft auch weitgehend anerkannt ist. Die Antwort wissen wir natürlich nicht, weil wir diesen Zustand der Welt nicht beobachten können. Wir haben nur die tatsächlichen Infektionszahlen. Die Tatsache, dass diese nach Einführung der Maskenpflicht angestiegen sind, heißt natürlich nicht, dass jene nicht wirksam ist.

In dem Zusammenhang würde mich auch interessieren, wieso Sie in Ihrer Stellungnahme nicht auf sehr viele Studien eingehen, die schon auf verschiedenen Ebenen für eine Wirksamkeit der Maskenpflicht sprechen. Anfang Oktober zum Beispiel ist ein Überblicksartikel in der Zeitschrift Nature erschienen. Das ist nicht irgendeine Publikation, sondern – wie Sie wissen – zusammen mit Science die weltweit führende wissenschaftliche Zeitschrift. Ich zitiere den Untertitel des Artikels: „The science supports that face coverings are saving lives during the coronavirus pandemic, and yet the debate trundles on.“ Ich kann diesen Artikel gerne der gesamten Kommission zur Verfügung stellen. Er verweist auf viele Studien, die zumindest starke Indizien dafür liefern, dass Masken wirksam sind.

Mich würde interessieren, wie Sie vor dem Hintergrund dieser Studienlage zu der Aussage kommen – angesichts dieser einen Grafik zu den französischen Fallzahlen, aus der sich meines Erachtens nichts ableiten lässt –, dass Maskenpflicht nicht wirksam ist.

Damit beende ich meine Nachfrage. Vielen Dank.

**Vors. Abg. Jochen Hartloff:** Vielen Dank, Herr Dr. Heisig. – Herr Dr. Knopp, Sie haben das Wort für Ihre Stellungnahme, vielleicht können Sie die Antworten auf die Fragen von Herrn Heisig noch mit einfließen lassen.

**Sachv. Dr. Horst Knopp:** Vielen Dank, Herr Hartloff. – Meine Damen und Herren, zu den Masken komme ich gleich, weil ich sowieso etwas dazu sagen wollte.

Zur Infektionssterblichkeit: Ich habe drei Studien übersandt. Eine war von dem Virologen Streeck aus Bonn, der in Gangelt untersucht hat. Sie kommt auf eine Infektionssterblichkeit von 0,37, bei jüngeren Leuten ist sie wesentlich geringer. Die Studie von Ioannidis – ein international anerkannter Epidemiologe, so etwas wie der Gottvater der Epidemiologie – war auch eine Metaanalyse; er hat mit über 30 Arbeiten weltweit gearbeitet. Er hat auch Qualitätskriterien angelegt und nicht jede Analyse genommen. Von daher würde ich sagen, dass Ioannidis schon eine Quelle ist, die man zitieren darf und kann.

Ioannidis kommt zu der dezidierten Aussage, dass die Infektionssterblichkeit bei den Jüngeren – den unter 70-Jährigen – im ganz niedrigen Bereich von 0,03 bis 0,04 % und die generelle Infektionssterblichkeit bei 0,15 bis 0,2 % liegt. Diese Zahlen muss man zur Kenntnis nehmen. Man kann sicherlich diskutieren, dass es in verschiedenen Gesellschaften durchaus auch etwas unterschiedlich sein kann, je nachdem, wie die Altersstruktur der Gesellschaft ist. Da muss man dann auch wieder die medizinischen Möglichkeiten ins Feld führen. Die Studie von Ioannidis ist peer reviewed. Ich denke, dass man mit der Studie durchaus argumentieren kann und dass man sie auch zur Kenntnis nehmen sollte.

Die Streeck-Studie ist auch vernünftig aufgesetzt gewesen. Ich hätte mir gewünscht, dass das RKI in dieser Richtung aktiver geworden wäre und mehr Analysen in Deutschland gemacht hätte. Auch bezüglich der Immunitätshintergründe ist noch nicht allzu viel passiert. Ich weiß, es gibt andere Zahlen, die bis 0,9 % gehen, aber das sind auch nur Zahlen, die Sie begründen müssen. Die Studien, die ich ausgewählt habe, kann man aus meiner Sicht durchaus verwenden, ohne ein schlechtes Gefühl zu haben.

Zu den Masken: Aus dem von mir angeführten Beispiel kann man zweierlei Resümee ziehen. Zum einen ist nicht gesagt, dass die Maske an sich das Problem ist. Es kann durchaus sein – das habe ich auch angesprochen –, dass es die Art und Weise ist, wie die Masken getragen werden und wie die Menschen damit umgehen. Sie alle wissen doch im Umfeld, wie das passiert: Die Maske wird getragen, wird von der Nase runtergeholt, wird in die Tasche gesteckt und wird am nächsten Tag vielleicht wieder rausgeholt.

Damit diese Masken auch eine Wirksamkeit haben, müsste aus meiner Sicht die Bevölkerung vernünftig informiert werden, wie man damit umgehen muss. Es ist eben nicht damit getan, dass man die Masken im Geschäft rausnimmt und aufsetzt, sie dann in die Tasche steckt oder irgendwo im



Auto hinlegt und sie am nächsten oder übernächsten Tag wieder ansieht. So angewendet, kann eine Maske durchaus kontraproduktiv sein. Die Zahlen in Frankreich zeigen, dass die Infektionszahlen auch nach den Verschärfungen weiter gestiegen sind. Diese lagen teilweise bei über 50.000 Neuinfektionen pro Tag.

Man muss da genau hinsehen. Mir war es einfach wichtig, der Politik klarzumachen: Es bringt nichts, wenn Ihr eine Maskenpflicht verordnet und meint, damit sei alles gut. Man muss die Leute auch darin unterrichten, wie eine Maske Sinn macht. Als Arzt weiß ich, wie man die Dinger an- und auszieht und wo man sie anfassen darf. Aber weiß das der normale Bürger auch? – Selbst als Arzt muss man sich ständig überlegen, wie man mit der Maske umgeht. Das heißt, die Bevölkerung muss einfach mehr informiert werden. Darum geht es mir.

Die Schaubilder aus Frankreich oder auch aus Spanien im Vergleich zu Schweden zeigen erst einmal nur, dass die Maskenverordnung das Problem in dem Sinne nicht löst. Man muss genauer hinschauen. Studienergebnisse aus dem Labor kann man nicht auf die Straße übertragen. Darum geht es mir, und deshalb ist meine Forderung, dass den Bürgern nähergebracht wird, wie man mit Masken umgehen muss.

Zu den Tests hatte ich auch einiges geschrieben. Die RKI-Statistik, die ich beigelegt habe, zeigt, dass das Infektionsumfeld gerade der schweren Verläufe, die bis zum Tod führen, sehr oft in Pflegeeinrichtungen oder im medizinischen Bereich liegt. Es ist völlig klar, dass wir da auch den Schwerpunkt unserer Präventionsarbeit setzen müssen.

Die Gesundheitsämter sind im Moment an ihren Grenzen angelangt. Die können teilweise die Einzelnachverfolgung und die Isolierung ordnungsgemäß gar nicht mehr machen. Man wird überlegen müssen, ob man den Fokus der Gesundheitsämter nicht mehr auf den Schutz der Alten- und Pflegeeinrichtungen und der medizinischen Einrichtungen legt. Ich sage Ihnen auch, warum.

Anfang der Woche hatten wir im Kreisausschuss die Vorstellung vom Leiter des Gesundheitsamts in Koblenz. Ich habe ihn gefragt, wer denn die Tests in den Altenheimen machen werde. Ich glaube, die Frau Bätzing-Lichtenthäler war es, die gesagt hat: Jedes Altenheim bekommt soundsoviel von diesen Antigen-Tests zur Verfügung gestellt. Aber wer macht die Tests? – Der Leiter vom Gesundheitsamt sagte: Wir haben dafür keine Kapazitäten.

Ich habe dann am Mittwoch in einer Caritas-Einrichtung gefragt, wie es mit den Antigen-Tests aussehe. Die Mitarbeiter dort sagten, sie hätten noch keine und sie hätten auch noch keine Informationen. Ich habe dann gefragt, wer die Tests machen solle, wenn sie da sind. Die Antwort lautete: Wissen wir nicht; wir müssten einen Mitarbeiter den ganzen Tag abstellen, der müsste sich vor jedem Test anziehen – Maske, Schutzausrüstung – und nach jedem Test wieder alles ausziehen usw.

Das sind Dinge, die geklärt werden müssen. Es macht keinen Sinn, nur einen Beschluss zu fassen – wir stellen jetzt Tests zur Verfügung – und damit ist dann alles gut. Dem ist nicht so. Sie müssen

die Leute in der Fläche dann auch unterstützen, dass das vernünftig und ordentlich umgesetzt wird. Am grünen Tisch sieht alles toll aus – wir haben etwas gemacht und können das der Presse sagen –, aber es muss auch auf die Straße gebracht werden. Das sehe ich im Moment als ein Problem an.

Aus der Praxis kann ich sagen, dass die Kollateralschäden zunehmen. Das bezieht sich zum einen auf den ökonomischen Bereich, wenn man sieht, was ab Montag in Gastronomie, Touristik usw. läuft; Herr Adam hat eben auch schon das eine oder andere gesagt. Das ist eine Gemengelage, in der vieles zusammenkommt.

Aber auch die Kollateralschäden im medizinischen Bereich nehmen zu. Die Deprivation Jugendlicher ist ein Thema, mit dem man sich langsam befassen muss. Ich kann nur hoffen, dass die Schulen und Kitas offenbleiben, auch wenn die Zahlen sich vielleicht nicht so entwickeln, wie erhofft. Das würde sich nicht gut auf die Jugendlichen auswirken.

Wir sehen in der Praxis zunehmend psychologische Probleme bei Patienten. Angst nimmt zu; Panikattacken nehmen zu – oft bei Patienten, die vielleicht schon etwas vorbelastet sind, die aber in der jetzigen medialen Situation, in der permanent dieses Thema bespielt wird und Angst und Furcht erzeugt werden, darauf reagieren. Das ist ein Problem. Depressionen nehmen auch zu. Nicht nur die Patienten, sondern die ganze Bevölkerung ist in einem Dauerstress. Hinzu kommt Bewegungsmangel.

Wir sehen, dass bestimmte Patienten, die andere Erkrankungen haben, wieder weniger kommen. Ich habe die Befürchtung, dass die kardiovaskulären Erkrankungen bei vielen kein gutes Ende nehmen, weil sich viele Patienten wieder zurückziehen und nicht in die Praxen kommen. Man muss die Patienten motivieren, dass sie auch mit ihren normalen Beschwerden weiter die Praxen aufsuchen und sich nicht aus Corona-Angst zurückziehen.

Ich hatte vorgeschlagen, einen nationalen Pandemierat einzurichten, der entsprechend institutionalisiert wird. Bei der Einschätzung einer Krankheit spielen nicht nur Virologen eine Rolle. Das muss wesentlich breit gefächerter werden. Ich denke, da sind wir uns auch einig. Man sollte im Anschluss oder auch schon im Laufe der Pandemie überlegen, wie man institutionalisieren kann, dass der Regierung eine breite Beratung und eine breitere Entscheidungsbasis für ihre Beschlüsse zur Verfügung stehen. Das ist aus meiner Sicht ein ganz wichtiges Thema.

Es ist wichtig, dass der Bevölkerung eine klare Zielsetzung vermittelt wird: Was möchten wir mit den Maßnahmen erreichen? Wollen wir die gesundheitlichen und ökonomischen Schäden in der Gesellschaft minimieren oder wollen wir generell Neuinfektionen verhindern? – Das sind zwei unterschiedliche Dinge. Die Politik sollte ehrlich sein und dem Bürger sagen, was man überhaupt leisten kann, was realistisch ist, was wissenschaftlich wahrscheinlich machbar ist und was nicht. Man sollte der Bevölkerung keine illusorischen Hoffnungen vermitteln.

Ich habe in dem Gutachten geschrieben, dass wir weiß Gott schon schwierige Situationen in Deutschland hatten als die Corona-Pandemie. Die Politik sollte das gegenüber dem Bürger einmal einordnen. Man sollte das Ganze auch nicht politisch instrumentalisieren.

Meine Bitte an die Politik: Machen Sie ein bisschen mehr Hoffnung! Geben Sie dem Bürger auch etwas Positives, nicht nur Einschränkungen, Verbote, Gebote! Machen Sie den Bürgern Hoffnung, dass diese Situation handhabbar ist, dass wir da rauskommen und dass das Leben danach auch positiv weitergehen kann! Es ist wichtig, dass das vermehrt vermittelt wird.

Danke schön.

**Vors. Abg. Jochen Hartloff:** Vielen Dank, Herr Dr. Knopp, für Ihre Stellungnahme. – Ich habe zwei kurze Hinweise, die sich direkt an Herrn Dr. Knopp wenden, und zwar von Herrn Rutten und Herrn Dr. Wilhelm. Diese würde ich vorziehen. Herr Rutten ist per Telefon zugeschaltet. – Herr Rutten, bitte schön, und bitte beschränken Sie sich auf den Teilkomplex zu Herrn Dr. Knopp.

**Sachv. Sebastian Rutten:** Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. – Ich habe einen Hinweis an Herrn Dr. Knopp: Sie haben kritisiert, dass es eventuell Schwierigkeiten gibt, die Tests in und auch durch Einrichtungen der Pflege durchführen zu lassen. Das möchte ich ein bisschen relativieren. Natürlich stellen wir uns auch die entsprechenden Fragen, aber es wird nicht ganz so kritisch sein, wie Sie das dargestellt haben.

Denn zum einen ist nach der Bundestestverordnung die Zustimmung der Person notwendig, das heißt, es handelt sich hier um einen Anspruch der Person, getestet zu werden, und nicht um einen Anspruch der Einrichtung, jemanden zu testen. Zum anderen können unsere Einrichtungen den Umfang der Tests auch selbst festlegen. Das Maximum, das die Testverordnung hergibt, muss nicht ausgeschöpft werden. Das heißt, es gibt die Möglichkeit, die Testungen in die entsprechenden Arbeitsprozesse zu integrieren, wenn – davon gehe ich aus und dazu sind wir im guten Gespräch – die entsprechenden Arbeitsstrukturen und Prozesse auch im Hinblick auf Besuchsmöglichkeiten in den Einrichtungen harmonisch gesteuert werden können.

Wichtiger für uns wäre, wenn die personellen Zusatzaufwendungen, die in der Pflege immer bestehen, auch refinanziert werden würden. Momentan werden nur die Tests selbst als Sachkosten refinanziert. Für den personellen Mehraufwand gibt es leider keine Erstattungen. Wenn man hier in Richtung Wertschätzung und Anerkennung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gehen möchte, hielten wir künftige Refinanzierungsmöglichkeiten der Personalaufwendungen für ein positives Signal, was das Land vielleicht in Richtung Bund transportieren könnte.

Vielen Dank.

**Staatssekretär Dr. Alexander Wilhelm:** Ich wollte an das anknüpfen, was Herr Dr. Knopp eben ausführte bzw. an das, was er als Stellungnahme in die Enquete-Kommission hineingereicht hat.

Ich glaube auch, dass es richtig ist, wie der richtige Umgang mit Masken zu erfolgen hat. Dr. Knopp sagte, es sei die Aufgabe der Politik. Das stimmt, aber nicht nur, sondern natürlich ist jeder von uns und auch die Ärzteschaft aufgefordert, das entsprechend zu vermitteln. Wir müssen gemeinsam Wege finden, wie wir das hinbekommen.

Nicht zustimmen würde ich der Aussage, dass wir suggerierten, dass wenn man Masken trüge, alles in Ordnung sei oder werde. – Das ist natürlich nicht der Fall. Wir ergreifen eine Vielzahl von Maßnahmen, und eine davon ist die Maskenpflicht in bestimmten Situationen und auch da nicht überall. Kommunikativ haben wir allerdings sicherlich alle gemeinsam noch Luft nach oben.

Noch eine Anmerkung zur Stellungnahme von Dr. Knopp. Auf Seite 3 führt er aus, dass nicht sein dürfe, dass ein ums andere Mal, jüngst angesichts der Beherbergungsverbote, Verwaltungsrichter Politikern klarmachen müssten, wo das Grundgesetz die Grenzen ihres Handelns zieht. Wenn die Politik permanent dagegen verstoße, dann würde das Vertrauen der Menschen in das politische System generell erschüttert.

Ich will die Gelegenheit nutzen, um auf eines hinzuweisen: Wir haben in Rheinland-Pfalz ungefähr 180 Aktenzeichen bei den Verwaltungsgerichten – einschließlich Oberverwaltungsgerichte. Verloren haben wir als Land als Antragsgegner bislang ein oder zwei Verfahren. Ich schaue zu unserem Juristen, der hier im Raum ist und das bestätigt. Alle anderen Verfahren, Herr Dr. Knopp, wurden bislang mit der Argumentation des Landes der Corona-Bekämpfungsverordnung von den Gerichten akzeptiert. Das zeigt im Gegenteil zu Ihrer Aussage, dass die Politik hochgradig bemüht ist – das ist ihr Auftrag nach dem Grundgesetz, nämlich nach Recht und Gesetz zu handeln, Artikel 20 –, ihre Maßnahmen an den Grundrechten auszurichten. Bislang ist das in Rheinland-Pfalz in hervorragender Art und Weise gelungen. Es war mir wichtig, dies noch einmal klarzustellen.

Danke schön.

**Sachv. Dr. Daniela Franke:** Ich will mich kurzfassen. Ich habe aus Zeitgründen leider keine schriftliche Stellungnahme verfassen können. Ich möchte hier auf zwei Punkte eingehen, zum einen auf das Thema „Information, Kommunikation und Transparenz“.

Wir haben in Teilen der Gesellschaft zunehmend ein gewisses Akzeptanzproblem. Über die Ursachen kann man spekulieren, aber ich denke, es ist zum Teil einem Informationsdefizit und zum Teil einem Gefühl der Ohnmacht geschuldet. Für mich ist es sehr wichtig, dass wir leicht zugängliche und barrierefrei aufbereitete Informationen für die Bürgerinnen und Bürger bereithalten: Was ist wo erlaubt – dazu gab es verschiedene Regelungen in verschiedenen Regionen; das war sehr schwierig – oder wie kann ich mich schützen?

Es geht mir weniger um Daten, wie groß die Krankenhäuser belastet sind und Ähnliches. Ich sehe es ähnlich wie Dr. Jahn: Man muss gucken, was die Menschen aus den Informationen schließen und ob auf diese Weise vielleicht Ängste oder Missverständnisse produziert werden. Mir geht es darum, dass die Bürger leicht zugänglich Informationen bekommen können. Es gibt dazu die

Homepage des Landes, das ist richtig. Ich denke aber auch ergänzend über die Möglichkeiten der neuen Medien nach und würde empfehlen, dort aktiver zu werden.

Das zweite Thema ist Kommunikation. Wir haben viel über die psychischen Auswirkungen auf die Gesellschaft gesprochen. Es ist sicherlich anspruchsvoll und schwierig, eine gute Kommunikationsstrategie zu entwickeln. Wir haben einerseits den Anspruch, keine überschießenden Ängste zu schüren, die die Menschen eher lähmen als dass sie nützen. Wir haben aber auch alle den Anspruch, keine unerfüllbaren Erwartungen zu wecken. Wir müssen positive Nachrichten geben, aber wir müssen auch unheimlich aufpassen, dass wir die Menschen nicht mit unerfüllbaren Erwartungen enttäuschen. Das ist eine sehr anspruchsvolle Aufgabe, zumal aufgrund des Pandemie-Geschehens weiterhin auf Sicht gefahren wird.

Ich finde, dass sich die Politik in Bund und Land sehr verantwortlich verhält. Wir müssen weiterhin gucken, welche psychologischen Auswirkungen es auf die Menschen und die Wirtschaft gibt. Ich glaube und höre das auch aus Studien heraus, dass das Vertrauen der Menschen in die staatlichen Institutionen in Deutschland sehr gut ist.

Es ist wichtig und gut, dass die Parlamente jetzt stärker im Boot sind, denn der öffentliche Diskurs sollte nicht nur in den sozialen Medien stattfinden, sondern auch da, wo er hingehört – und das sind die Parlamente.

Ich freue mich sehr, dass es heute Nachmittag eine Sondersitzung des Landtags gibt und dass dort verschiedene Meinungen ausgetauscht werden können. Die öffentliche Debatte bringt dem Bürger näher, welche Gründe es gibt, warum wir was machen, welche Alternativen es gibt und wie man sich letztendlich entscheidet.

Ich möchte noch kurz ein weiteres Thema ansprechen: die mögliche Ursache der Pandemie. Professor Hochmann hatte es angedeutet: Wir sind als Enquete-Kommission aufgerufen, langfristig zu denken, wie wir beispielsweise künftige Pandemie verhindern können. Immerhin 60 % der Viren, die auf den Menschen überspringen, stammen von Tieren, auch von Wildtieren. Im Fall von Corona ist das noch nicht ganz eindeutig, ob es tatsächlich eine Übertragung von Tier auf Mensch gab; es gibt auch andere Thesen und Spekulationen. Klar ist, dass diese Nassmärkte ein Problem sind. Das Land ist nicht zuständig, sich um den illegalen Wildtierhandel zu kümmern. Wichtig sind aber die biologische Vielfalt und die Tatsache, dass Tiere verstärkt aus den Lebensräumen der Menschen zurückgedrängt werden. Dann passiert es eben häufiger, dass Viren auf den Menschen überspringen. Deshalb ist der Schutz der Lebensräume verschiedener Tierarten und der Biodiversität – nicht nur im Regenwald, sondern auch bei uns – eine ganz wichtige Sache.

Angesprochen wurde auch das Thema „invasive Arten“. Bedingt durch den Klimawandel kommen immer mehr Tierarten, die eigentlich in heißeren Zonen leben, auch zu uns. Ich erinnere nur an die Asiatische Tigermücke, die das Zika-Virus überträgt. Die Bekämpfung invasiver Arten ist ein Thema und sehr schwierig, wenn sich diese schon einmal verbreitet haben.

Deshalb sind Klimawandelanpassung und Klimaschutz keine Themen, die wir momentan zurückstellen können, weil wir jetzt die Pandemie im Blick haben. Ganz im Gegenteil müssen wir schauen, dass wir in diesem Bereich kräftig weiterkommen, denn das ist auch Pandemie-Vorbeugung.

Für mich ist sehr wichtig, dass wir hierbei die Wirtschaft mitnehmen. Die Wirtschaft tut schon sehr viel zum Klimaschutz und zur Klimawandelanpassung. Gerade in den schwierigen Zeiten der Pandemie ist es daher wichtig, den Schulterschluss zu machen und die Wirtschaft dabei zu unterstützen, dem Klimaschutz weiterzuhelfen.

Das waren meine Anmerkungen. Ganz herzlichen Dank.

**Sachv. Karsten Tacke:** Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, ich möchte im Hinblick auf die Auswirkungen von Corona auf die Wirtschaft noch einen Akzent setzen und diesen ausdrücklich hervorheben: den Arbeitsschutz und die Gewährleistung der Gesundheit der Mitarbeiter in den Unternehmen.

Ich glaube, dass die Unternehmen in der letzten Zeit gezeigt haben, dass sie den Arbeitsschutz extrem erfolgreich umsetzen, denn es sind keine Massenausbrüche in Industrie- oder anderen Produktionsbetrieben bekannt. Sogar in der Fleischwirtschaft hat es keine weiteren Ausbrüche gegeben. Die findet hier in Rheinland-Pfalz – verzeihen Sie mir den Seitenhieb – allenfalls in Kleinbetrieben statt, und da gibt es auch keine Ausbrüche.

Was die Wirtschaft deswegen immer wieder umtreibt, ist ein gewisses Unverständnis. Auf der einen Seite wird in den Betrieben der Arbeitsschutz sehr konsequent umgesetzt. Auf der anderen Seite werden im öffentlichen Bereich die Risiken durch einen sehr nachlässigen Umgang wieder erhöht, die danach wieder in die Produktion zurückschwappen. Der Arbeitsschutz ist extrem wichtig – ich rekurriere auf die Aussagen von Herrn Dr. Adam –, hat aber einen sehr hohen Aufwand zur Folge. Ich gebe Ihnen einige Beispiele von Mitgliedsunternehmen.

Allein, wenn ein Unternehmen die Produktion von Einschicht- auf Zweischichtbetrieb umstellt, damit die Leute nicht so eng zusammenarbeiten, führt das in einem Unternehmen mit 800 Mitarbeitern zu Kosten von 1,5 Millionen Euro. Der Aufwand für Schutzartikel, Desinfektionsmittel und Ähnliches kostet jedes Unternehmen pro Jahr 500.000 Euro. Das alles ist noch nichts gegenüber der Senkung der Produktivität, weil durch die Einhaltung der Schutzmaßnahmen der entsprechende Produktionstakt nicht gehalten werden kann.

Das wird Ihnen kein Unternehmen genau beziffern können, aber alle sagen, dass die Einbußen in der Produktivität die eben genannten Kosten bei Weitem um ein Vielfaches übersteigen. Größere Unternehmen gehen davon aus, dass dies zweistellige Millionenbeträge ausmacht. Das sind alles Beträge, die den Betrieben für Innovation und Qualifizierung fehlen. Das ist die harte Bremsspur von Corona und das macht uns Sorgen.

Ich möchte noch einen Kontrapunkt setzen: Bitte halten Sie sich immer vor Augen, dass wir im Bereich der Wirtschaft zwischen zwei Unternehmenstypen unterscheiden müssen. Die einen sind die Industriebetriebe im internationalen Wettbewerb, die anderen sind die stationären Dienstleister. Vor allem die Industriebetriebe im internationalen Wettbewerb haben eine sehr hohe Produktivität und können deswegen sehr hohe Löhne zahlen. Sie leisten auch einen entsprechend hohen Beitrag zur sozialen Sicherung. Ein Facharbeiter aus einem Industriebetrieb leistet einen ähnlich hohen Beitrag wie ein Hoteldirektor, mit dem Unterschied, dass wir in der Tourismusindustrie wenige Hoteldirektoren, in der Industrie aber viele Facharbeiter haben.

Diese Industrieunternehmen stehen unter einem massiven Druck – wie Herr Dr. Adam das vorgeführt hat – durch Transformation und Digitalisierung, dem sie sich stellen müssen. Diese Unternehmen können – das hat durchaus Auswirkungen auf die Standortfrage – zusätzliche Lasten nicht mehr vertragen. Wenn ein Unternehmen im internationalen Wettbewerb steht und an den Preisen nichts drehen kann, muss es jede Belastung am Standort durch mehr Produktivität oder mehr Flexibilität ausgleichen. Diese Anstrengungen, die die Unternehmen machen müssen, sind massiv.

Wir sollten – das ist eine Folge von Corona – zusätzliche Belastungen in der nächsten Zeit vermeiden. Zugleich müssen wir – da bin ich bei Herrn Ferder – nach vorne gucken und eine aktive Standortpolitik betreiben, damit wir der Wirtschaft genau aus dieser Krise heraushelfen, um die Produktion hier am Standort Rheinland-Pfalz zu halten und unsere Arbeitsplätze hier zu sichern.

Von daher kann ich der Landesregierung ein ausdrückliches Lob aussprechen. Damit wir gemeinsam eine saubere Standortpolitik betreiben können, müssen wir finanzielle Mittel reservieren. Deswegen ist es aus unserer Sicht sehr zu begrüßen, dass die Landesregierung mit den Liquiditätshilfen nach dem Prinzip „Gründlichkeit vor Schnelligkeit“ sehr vernünftig umgegangen ist.

Danke.

**Sachv. Sebastian Rutten:** Ich kann mich kurzfassen. Denn zum einen werden die wirtschaftlichen Auswirkungen in der Pflege, die ich in meiner Stellungnahme skizziert habe, weitgehend über den Pflegerettungsschirm kompensiert. Zum anderen hat Frau Dr. Hower einen sehr wichtigen Aspekt in ihrer Stellungnahme und Präsentation dargelegt: das Spannungsverhältnis zwischen Infektionsschutz, dem Wohl der Pflegebedürftigen und der flüssigen Arbeitsprozesse, das sich Anfang des Jahres in der Pflege ergeben hat.

Im April, als die Einrichtungen geschlossen waren, war die Lage natürlich noch eine ganz andere als heute. Ich bin froh, dass wir uns der Problemstellung im April sehr schnell gemeinsam angenommen und nach einer kurzen, kritischen Auseinandersetzung den Weg gefunden haben, wie man das entspannen kann. Es geht darum, nicht mehr zu absoluten Entscheidungen zu kommen. Vielmehr sollte man auf die Konzepte in den Einrichtungen, die dieses Spannungsverhältnis abbilden, Bezug nehmen, Konzepte über die Ordnungsbehörden abstimmen und nicht alle Prozesse einzig und allein unter dem Begriff des Infektionsschutzes steuern, sondern die Kompetenz der

Einrichtungen als Basis nehmen und alles gemeinsam auf den Weg bringen. Ich denke, wenn man diese Umfrage heute machen würde, würde sie vielleicht zu anderen Ergebnissen führen.

Eine soziale Frage ist in diesem Zusammenhang auch noch wichtig: Wir müssen darauf achten, dass wir in diesem Prozess die Lasten für die pflegebedürftigen Menschen reduzieren. Die Diskussion über Verbesserungen der Bedingungen und der Bezahlung sind vollkommen richtig. Aber es wird leider der Aspekt außen vor gelassen, dass diese ganzen Veränderungen bislang immer zu Lasten der Pflegebedürftigen selbst gehen, weil die Leistungsbeträge der Pflegeversicherung bisher nicht ausreichend angepasst wurden. Es wäre ein Signal, das aus dem Land in den Bund gespiegelt werden sollte, hier für eine entsprechende Dynamisierung der Leistungsbeträge zu sorgen. Das würde es allen Beteiligten ermöglichen, die völlig berechtigten Ideen so umzusetzen, dass diese Last nicht vom einzelnen Pflegebedürftigen alleine, sondern im Rahmen einer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung von allen zu tragen ist.

Herzlichen Dank.

**Sachv. Dr. Jan Paul Heisig:** Ich habe eine Frage, die in die ähnliche Richtung geht, wie die, die ich gerade an Herrn Knopp gestellt habe, auch an Herrn Müller.

In seiner schriftlichen Stellungnahme vertritt er die These, dass Lockdown-Maßnahmen, in der Fachliteratur „Nonpharmaceutical Interventions“ bezeichnet, keine Wirksamkeit haben. Er bezieht sich auf eine Studie des National Bureau of Economic Research (NBER) in den USA. Man muss dazu sagen, dass es keine Studie des NBER ist, sondern dass es ein Working Paper ist, das durch diese Institution herausgegeben wird. Insofern hat die Studie auch keinen entsprechenden Review-Prozess durchlaufen, wie es bei offiziellen NBER-Publikationen der Fall wäre. Er bezeichnet diese Studie aus meiner Sicht auch fälschlicherweise als Metastudie; es ist einfach eine einzelne Studie auf Grundlage von Informationen über einerseits nichtpharmazeutische Interventionen – Schulschließungen etc. – und auf der anderen Seite Infektionszahlen.

Das ist eine von vielen Studien; es gibt eine Reihe von Studien – die Datenlage ist immer noch recht begrenzt und die Identifikation dieser Effekte ist nicht ganz einfach –, die zu anderen Schlussfolgerungen kommen und deutliche Auswirkungen dieser Interventionen auf das Infektionsgeschehen nachweisen. Mich würde einfach interessieren, weshalb er diese NBER-Studie für glaubwürdiger und richtiger hält als andere Studien, zum Beispiel eine, die diesen Monat im The Lancet Infectious Diseases herausgekommen ist.

Vielen Dank.

**Vors. Abg. Jochen Hartloff:** Herr Wink ist auf dem Weg nach Mainz, insofern fällt seine Wortmeldung weg. Ich darf Herrn Professor Müller bitten, dass er die Frage, die Herr Heisig aufgeworfen hat, im Kopf behält. Ich würde dann in der Rednerliste fortschreiten und rufe Frau Anklam Trapp auf.



**Abg. Katrin Anklam-Trapp:** Ich bedanke mich bei den Anzuhörenden für die weitreichenden Informationen. Wir haben jetzt lange zugehört und uns Notizen gemacht.

Meine erste Frage geht an Herrn Marc Ferder: Wie bewerten Sie den Abschluss für die kommunalen Beschäftigten im Hinblick auf die Wertschätzung der Pflegekräfte und anderer im öffentlichen Bereich Tätiger? – Meine zweite Frage an Herrn Ferder lautet: Bei Ihren Ausführungen haben Sie nichts zum Thema „Kurzarbeit“ gesagt. Ich bitte Sie noch um eine Einschätzung dazu.

Ich möchte auch Herrn Andreas Zels Fragen stellen: Wie lassen sich Ihrer Meinung nach soziale Härten und eine Spaltung der Gesellschaft vermeiden? Wie ist die Lage des Infektionsschutzes in Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege, wie Jugendheime, Flüchtlingsunterkünfte oder Kindertagesstätten? Wie schätzen Sie die Wirksamkeit der PoC-Antigen-Tests ein?

Die Frage nach der Wirksamkeit der PoC-Antigen-Tests und der damit verbundenen Entlastung in der Pflege würde ich gerne auch Herrn Rutten stellen.

Frau Dr. Hower, welche weiteren Maßnahmen sind aus Ihrer Sicht notwendig, damit der Infektionsschutz mit dem Wohlergehen der Pflegebedürftigen und der Arbeitsorganisation in Pflegeeinrichtungen in Einklang gebracht werden kann? – Eine zweite Frage: In Ihren Untersuchungen hat das Thema „Angst“ eine große Rolle gespielt. Die Angst vor Infektionsweitergabe und die Angst vor rechtlichen Grauzonen können zu Isolation führen. Wie groß ist die Angst der Fachkräfte, Infektionen an zu pflegende Menschen weiterzugeben?

Frau Dr. Zierow, Sie haben ausgeführt, wie massiv Kinder passiven Tätigkeiten – PC, Handy, Fernsehen – verfallen. Haben Sie Vorschläge, was Politik und Gesellschaft unter den jetzigen Corona-Bedingungen dagegen tun können?

Ich glaube, Herr Dr. Adam ist gegangen. Daher würde ich mir erlauben, Herrn Tacke meine Frage zu stellen: Wie bewerten Sie die Zufriedenheit und die Produktivität der Mitarbeiter im Homeoffice?

Ich danke.

**Vors. Abg. Jochen Hartloff:** Vielen Dank, Frau Anklam-Trapp. Ich darf die Sachverständigen, an die Fragen gehen, bitten, dass sie sich die Fragen notieren. Ich wollte jetzt erst einmal anhand der Wortmeldungen eine Runde mit Stellungnahmen und Fragen machen. Danach versuchen wir noch eine Antwortrunde. Ich fürchte, dass wir dann am Ende der uns zur Verfügung stehenden Zeit angelangt sein werden. – Herr Wink hat das Wort. Bitte schön.

**Abg. Steven Wink:** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Ich habe zwei Fragen. Einmal an Frau Dr. Hower, die in ihrer Präsentation die Digitalisierung der Pflege angesprochen hat. Wo würden Sie hier anpacken, erste Schritte setzen, um die Digitalisierung als unterstützendes Medium zu integrieren?

Die zweite Frage geht an Herrn Ferder. Inwiefern sehen Sie Herausforderungen oder Chancen jetzt gerade während und nach der Pandemiezeit, zusammen mit den Unternehmen Manteltarifverträge auf moderne und zeitgerechte Themen hin zu aktualisieren oder zu überarbeiten?

**Abg. Dr. Sylvia Groß:** Ich hätte Fragen an Herrn Professor Müller. Sie warnen in Ihrer Stellungnahme vor einer Spaltung der Gesellschaft. Was sind das für Menschen, die zu den Demonstrationen kommen oder Sie über Ihre Website ansprechen?

Die zweite Frage ist: Sie haben gesagt, dass sehr viel Geld außerhalb Europas international auf den Märkten zirkuliert. Haben Sie konkrete Anhaltspunkte, um wie viel Geld es sich dabei handelt? Und: Haben Sie denn schon in gewisser Weise konkrete Anzeichen dafür, dass die Märkte nervös werden? Wie bewerten Sie vor diesem Hintergrund das Verhalten der Politik?

**Abg. Katharina Binz:** Ich habe einige Fragen an unterschiedliche Anzuhörende und möchte mich bei allen bedanken, die heute zu der Anhörung beigetragen haben. Ich finde, es war eine sehr interessante Anhörung.

Meine erste Frage geht an Herrn Zels. Mich würde Ihre Einschätzung zur momentanen Lage der Familien interessieren und dazu, was die Familien in den nächsten Monaten besonders brauchen, also in den nächsten Monaten, in denen wir davon ausgehen müssen, dass sich die Pandemiesituation leider noch einmal verschärft. Im November gehen wir in den Lockdown. Es bleibt angespannt. Welche Einschätzung haben Sie in diesem Zusammenhang?

Meine nächste Frage geht an Herrn Ferder vom DGB. Hier geht es mir um die Perspektiven junger Menschen. Welche Erkenntnisse haben Sie zur Situation vor allen Dingen junger Menschen in der Pandemie, bzw. wie schätzen Sie sie ein? Wie sind die jungen Menschen von ihr beeinflusst? Wie sind vor allem ihre Ausbildungs- und Bildungschancen von ihr beeinflusst? Vielleicht können Sie uns dazu noch etwas sagen.

Außerdem habe ich eine Frage an Professor Hochmann. Ein Stichwort, das im Umgang mit der Pandemie immer wieder genannt wird, ist „Resilienz“. Hierzu würde mich von Ihnen eine Einschätzung interessieren, was für Sie Resilienz bedeutet. Wie stellen wir Resilienz in einer solchen krisenhaften Situation her, vor allen Dingen gesellschaftliche, aber auch wirtschaftliche Resilienz?

Ich habe darüber hinaus eine Nachfrage an Staatssekretär Dr. Wilhelm. Es geht um den Komplex der Kontaktnachverfolgung. Das ist momentan ein ziemlich wichtiger Bereich. Es geht darum, dass unsere Gesundheitsämter noch in der Lage sind, die Kontaktnachverfolgung möglichst umfassend und natürlich auch möglichst schnell zu machen. Können Sie uns hierzu ein Lagebild geben, einen kurzen Einblick, und vielleicht eine Einschätzung, wie die Corona-App dazu beiträgt oder vielleicht in Zukunft verstärkt dazu beitragen kann, das System der Kontaktnachverfolgung aufrechtzuerhalten?

Dann habe ich noch eine Frage an Frau Dr. Zierow. Sie haben uns unter anderem Zahlen zur Akzeptanz der Maßnahmen bei den Eltern dargestellt. Jetzt gibt es schon die ganze Zeit eine Diskussion darüber, ob denn die Schulen geöffnet bleiben sollen, auch im Sinne des Infektionsschutzes. Es gibt den ganz klaren politischen Willen, dem ich mich hier noch einmal anschließen will, dass die Schulen und Kindertageseinrichtungen möglichst lange geöffnet bleiben sollen. Mich würde aber interessieren, ob Sie auch Zahlen dazu haben, wie hoch der Anteil der Eltern ist, die sagen, dass sie aus Infektionsschutzgründen Schulschließungen befürworten würden, damit wir sehen, wie sich die Meinungen in der Gruppe der Eltern verteilen.

**Abg. Hedi Thelen:** Ich habe Fragen, die sich an diejenigen richten, die Einrichtungsträger vertreten, also an Herrn Zels und Herrn Rutten. Im Hinblick auf die Lehren von Corona: Wo sehen Sie die ideale Grenze zwischen Reglementierung vom Staat, von der Politik, und gleichzeitigem Handlungsspielraum von Einrichtungsträgern vor Ort? Ich frage das insbesondere vor dem Hintergrund der Erfahrungen der ersten Welle in Einrichtungen der Eingliederungshilfe. Es geht um Menschen, die sich bereits daran gewohnt hatten, inkludiert zu leben, in die Orte zu gehen, zu ihren Freunden zu gehen. Für die Einrichtungsleitungen, für die Betreuer sei es ein großes Problem gewesen, Verständnis für die einschränkenden Maßnahmen herzustellen. Das gilt in gleicher Weise für die Jugendhilfe, aber ich denke genauso für die Pflege. Es geht mir also um die Abgrenzung von Reglementierung und Befreiheit.

Dann möchte ich an Frau Dr. Hower die Frage richten, inwieweit bei den Befragungen der Leistungserbringer auch Leitungen von ambulanten Pflegediensten dabei waren. Gab es auch Erkenntnisse zur ambulanten Pflegesituation? Wie konnten Familien in der Corona-Pandemie damit umgehen? Hier stellt sich die Frage an Sie, Sie haben es bei den Belastungsszenarien dargestellt: Wie viel Handlungsspielraum wünscht man sich in den Einrichtungen, und wo ist die Grenze, ab der die Sorgen überwiegen und man mangels Rückendeckung doch versucht ist, sich lieber an klaren Regeln zu orientieren? Ich glaube, es ist beide Seiten betreffend eine schwierige Frage.

Meine letzte Frage geht an Frau Dr. Zierow. Sie haben dargestellt, wie die Situation der Schüler aus Familien mit geringerem Einkommen und der leistungsschwächeren Schüler im Vergleich zu anderen Schülern ist. Dazu würde mich zum einen interessieren: Wie haben Sie diese Gruppe der leistungsschwachen Schüler für sich definiert? Wie konnten Sie sie ermitteln und abgrenzen? Inwieweit spielt auch dort die Frage nach dem Migrationshintergrund, nach der Sprachfähigkeit eine Rolle? Inwieweit spielt eine Rolle, ob die Kinder bislang einen Förderbedarf hatten, früher klassisch Kinder von Förderschulen? Ist das in irgendeiner Weise mit erhoben worden, und was können Sie uns dazu sagen?

**Vors. Abg. Jochen Hartloff:** Herzlichen Dank, Frau Thelen. Wir sind im Moment mit den Fragen und Wortmeldungen durch. Es sind an die verschiedenen Sachverständigen verschiedene Fragen gerichtet worden. Wir hätten jetzt zwei Möglichkeiten, wie wir sie abarbeiten: nach der Reihenfolge, in der Sie als Sachverständige Ihre Stellungnahmen abgegeben haben, oder nach der Reihenfolge, in der an Sie jetzt Fragen gerichtet worden sind. Ich will es so versuchen. Ich habe ein bisschen mitgeschrieben, sodass ich das sortiert bekomme. Ich hoffe, dass auch Sie als Sachverständige

sich die Fragen notiert haben. Ich würde mit Ihnen, Herr Professor Müller, anfangen. An Sie richteten sich die Frage und Anmerkung von Herrn Dr. Heisig und die Fragen von Frau Dr. Groß. Herr Professor Müller, bitte schön.

**Prof. Dr. Werner Müller:** Gerne. – Zunächst zur Frage von Herrn Dr. Heisig, die lautete: Warum die NBER-Studie? Ich möchte sie fast zurückgeben. Warum sind alle die Regierungsposition unterstützenden Studien seriös? Warum sind alle, die die Regierung kritisieren, am Ende Verschwörungstheorien?

Warum war beispielsweise Wolfgang Wodarg, solange er für die SPD im Bundestag war, ein geachteter Experte und nachdem er sich kritisch geäußert hatte plötzlich ein Spinner? Warum ist Professor Bhakdi angeblich nicht seriös, obwohl er ungefähr 25 Jahre seriöser Fachmann an der Universität Mainz war?

Ich bin Mitglied im Verein Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie. Vorsitzender ist Professor Bhakdi. Wolfgang Wodarg ist dabei, und viele andere. Wir tauschen uns natürlich gegenseitig aus. Diese Studie ist dort vorgestellt worden. Ich habe sie dann auf meiner Website in meine Argumentation übernommen, wie die anderen das auch gemacht haben.

Ich habe ausdrücklich gesagt, wir brauchen diesen Austausch zwischen regierungsunterstützenden und regierungskritischen Meinungen. Man darf nicht die eine Seite ausgrenzen und die andere Seite zur Bibel erklären. Die Kritik an der NBER-Studie würde in ein solches Gremium gehören. Da muss die Kritik dann natürlich auch von der anderen Seite vorgetragen werden. Warum ist der Lagebericht des Robert Koch-Instituts sozusagen sakrosankt, obwohl man durchaus einige Widersprüchlichkeiten erkennen kann?

Des Weiteren möchte ich anführen: Wenn man sich beispielsweise die Daten der Johns Hopkins Universität im Ländervergleich anschaut – das habe ich vor ein paar Tagen gemacht –, stellt man einen sehr interessanten Verlauf fest. Länder nördlich des nördlichen Wendekreises haben zu einem hohen Anteil einen Verlauf mit hohen Infektionszahlen im Frühling und jetzt im Herbst wieder mit ansteigenden. Länder südlich des südlichen Wendekreises haben vielfach einen entgegengesetzten Verlauf: einen Anstieg in unserem Sommer, was bei denen der Winter war, und weil dort der Winter zu Ende geht einen abflachenden Verlauf.

Es wäre doch sehr merkwürdig, wenn mit der geografischen Verteilung auch diese nicht pharmazeutischen Interventionen jetzt plötzlich ganz andere wären. Diese Beobachtungen passen also zusammen, aber ich sage, das müsste natürlich in einem geeigneten Gremium sicher noch fundierter diskutiert werden. Ich will nicht sagen, dass alles, was ich bisher von mir gegeben habe, schon abschließend wäre.

Zu den drei Fragen von Frau Dr. Groß: Ich habe schon auf ein paar Demonstrationen gesprochen. Was ich dort wahrgenommen habe: Neonazis und Reichsbürger habe ich nicht gesehen. Ich habe vielfach den Eindruck, das sind Leute, die mit mir vor 40 Jahren gegen die Mittelstreckenraketen

demonstriert haben, jedenfalls danach beurteilt, wie sie mit mir später gesprochen haben. Viele würde ich als rot-grün einschätzen. Anders als vor 40 Jahren Ängstliche eher nicht, Nachdenkliche ja. Natürlich gibt es immer ein paar skurrile Typen, die sich mal einen Spaß machen wollen und ein bisschen seltsam daherkommen. Das darf man nicht überbewerten.

Wenn ich wieder 40 Jahre zurückgehe: Brokdorf, Gorleben, das war ein ganz anderes Kaliber. Dagegen sind die Querdenker-Demonstrationen wie Ausflüge von Kindergärten.

Zu Anhaltspunkten, wie viel Geld auf den Märkten unterwegs ist: Das ist ein bisschen schwierig. Ich möchte mich eigentlich nicht mit einer Zahl irgendwo zitieren lassen. Ich habe eine Quelle gelesen, die von insgesamt dem 29-Fachen der internationalen Wirtschaftsleistung spricht. Das halte ich für etwas hochgegriffen, es ist sicher eine gewisse Oberkante der Schätzungen.

Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, eine inzwischen staatliche Organisation, schätzt traditionell immer ein bisschen niedriger. Sie kommt jetzt, was die Derivate angeht, also nur ein Segment, aber ein sehr großes, auf das Zehnfache des weltweiten Bruttoinlandsprodukts, was aktuell als Geldmenge zirkuliert. Das sind nicht die Handelsumsätze, sondern das ist das Geld, was dahinter steht, also geteilt durch die Umlaufgeschwindigkeit. Auf das Zehnfache, das wäre schon ein richtig großer Brocken, finde ich.

Zur Frage nach dem Vertrauen: Ich würde sagen, wenn ein Finanzminister davon spricht, dass er mit einer Bazooka Steuergelder verballern will, um einen „Wumms“ zu erzeugen – sicher ein bisschen zusammengefasst, die Aussage –, ist es nicht unbedingt vertrauensbildend. Auch wer Staatsanleihen kauft, möchte sein Geld am Ende zurückbekommen. Da sollte man vielleicht doch ein bisschen seriös auftreten, und ein bisschen ernsthafter.

Was Nervosität der Märkte angeht: Ich würde es noch auf der Stufe davor sehen. Die Märkte sind noch nicht nervös, aber wir haben ein Warnzeichen: Der Goldpreis ist in der Nähe eines Allzeithochs. Er ist wieder ein bisschen zurückgegangen, aber er ist nicht wieder richtig gefallen. Das zeigt immer, dass viele Anleger ein deutliches Bedürfnis nach Sicherheit haben. Wir müssen auch berücksichtigen: Wenn die Preise hoch sind, werfen die Gold produzierenden Länder, hauptsächlich Australien, Russland, Südafrika, wieder viel Geld auf den Markt. Wenn der Preis dann immer noch oben bleibt, sollte man das beobachten, finde ich.

Die Verunsicherung scheint etwas nachhaltiger zu sein, als wenn es einfach nur eine Delle wäre, aber man muss natürlich schauen, was die Zukunft bringt.

**Vors. Abg. Jochen Hartloff:** Vielen Dank, Herr Professor Müller. – Ich würde dann Herrn Zels aufrufen. An ihn sind Fragen gestellt worden, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, von Frau Anklam-Trapp, Frau Binz und Frau Thelen. Ich hoffe, Sie haben sie alle notiert. Herr Zels, bitte schön.

**Andreas Zels:** Vielen Dank. – Ich habe das Gefühl, ich habe die schwersten Fragen bekommen. Ich versuche aber trotzdem, darauf zu reagieren.

Die Frage von Frau Anklam-Trapp ging in die Richtung, wie soziale Härten und Spaltungen vermieden werden können. Ich würde plakativ dagegenhalten: Wir haben soziale Härten im Land, und wir haben Spaltungen im Land. Von daher fällt es mir jetzt ein bisschen schwer, über Verhinderung zu reden. Vielleicht müsste man das tun, was wir vorhin im Vortrag vorgeschlagen haben: einfach noch einmal gezielter und konzentrierter hinschauen, wer welche Hilfen braucht und wie wir Hilfen organisieren, damit sie zielgenauer dort ankommen, wo es wirklich nötig ist. Das ist aber sicherlich eine längere Debatte, ein Diskurs. Ich glaube, wir müssen erst einmal anerkennen, dass wir Spaltungen in unserer Gesellschaft haben.

Wir haben vorhin etwas zum Thema „Bildung“ gehört und uns und die Einkommenssituation der Menschen im Land betreffend ausgetauscht. Zu unserem Schwerpunkt, wer eigentlich Opfer in der Corona-Krise ist, ist deutlich geworden, dass gerade die eher Schwachen in unserer Gesellschaft besondere Lasten zu tragen haben. Gerade weil wir doch anerkennen müssen, dass wir Corona nicht nur in diesem Jahr zu bewältigen haben, sondern auch im nächsten und vielleicht noch übernächsten Jahr, lohnt es sich wirklich, mit einer gemeinsamen Kraftanstrengung hinzuschauen, wie die Befunde sind, und dann zu schauen, ob wir die richtigen Antworten geben. So würde ich das gerne zurückgeben.

Die zweite Frage bezieht sich auf die Antigentests in den sozialen Einrichtungen. Ich bin mir noch nicht so ganz sicher, ob wir da in der richtigen Richtung unterwegs sind. Ich denke, dass die Antigentests in einer Einrichtung zumindest ein Abbild geben können, wie sich die Infektionslage anfühlt, einfach dadurch, dass ich mehr Hinweise habe. Diese Antigentests sind aber auf der anderen Seite noch viel zu ungenau, als dass man sich sicher sein kann. So ist auch die Teststrategie des Landes derart aufgebaut, dass ein positiver Antigentest auf jeden Fall durch den anderen Test zu bestätigen ist.

Wir müssen ein bisschen aufpassen, dass wir keine Scheinsicherheiten organisieren, weil sich die Trefferquote je nach Hersteller – das habe ich kürzlich gelesen – auf 85 bis, glaube ich, 97 % beläuft. Das heißt, im schlimmsten Fall laufen 15 von 100 Infizierten herum und glauben, alles ist gut. Das ist das Gefährliche an diesen Antigentests. Sie können mir aber trotzdem in einer Einrichtung dabei helfen, das Lagebild besser einzuschätzen. Von daher beteiligen wir uns auf jeden Fall daran.

Zur Lage der Familien: Frau Binz, es ist ein bisschen schwierig und herausfordernd, das für alle Familien zu beantworten. Wir haben in unserer Stellungnahme versucht, das von den Einkommenslagen der Familien abzugrenzen. Ich denke aber, die klassische gut situierte Mittelschichtsfamilie hatte sicherlich durch die Schließung der Schulen und Kitas ein großes Betreuungsproblem, aber nicht auch noch zusätzlich eine Verschärfung der persönlichen Lebenslage, was die Finanzierung von beispielsweise Schutzartikeln der Familie angeht – das sehen unsere Grundsicherungsleistungen nun einmal so nicht vor. Sie halten sicherlich auch Preissteigerungen aus, anders als die Familien, die in Armut leben. Die Leistungen der Grundsicherung gehen auf kurzfristige Preissteigerungen nicht ein. Das muss man also getrennt zu bewerten versuchen.

Wir haben durchaus eine mittelschichtorientierte Politik. Wenn ich daran denke, dass wir den Entlastungsbeitrag für Alleinerziehende sehen: Das ist für den, der Steuern zahlt, eine Hilfe. Viele Alleinerziehende mit Kindern zahlen aber gar keine Steuern, und die Hilfe geht an denen, die sie wirklich brauchen, komplett vorbei.

Es gab viele Vorschläge der Freien Wohlfahrtspflege, bundesweit: Schaut Euch doch bei diesen Familien die Entlastung von den Sozialversicherungsabgaben an. Damit würde man einen sehr, sehr hohen Nettoeffekt auslösen und könnte tatsächlich denen, denen es am schlechtesten geht, am ehesten helfen. – Auch da wiederholt sich also das, was ich vorhin gesagt habe: Sind die Hilfen, die bundesweit oder seitens des Landes organisiert sind, immer so zielgerichtet und zielgenau, und ist das immer so richtig zu Ende gedacht, dass dieser Kinderbonus an alle geht? Es gibt so viele Familien im Land, die ihn gar nicht brauchen und sich wundern, und die, die ihn wirklich bräuchten, bräuchten ihn vielleicht eher doppelt. Wir haben also andere Vorstellungen davon, wie das viele, viele Geld, das mobilisiert wird, natürlich auf Pump, eingesetzt wird. Wenn man das machen muss, haben wir alle die Verpflichtung, es zielgenauer zu organisieren. Da gäbe es noch viel zu tun und zu diskutieren.

Frau Thelen, ich glaube, es war die schwerste Frage, zur Reglementierung der Einrichtungen durch die Verordnungen.

**Abg. Hedi Thelen:** Herr Zels, das ist auch für uns eine der schwersten Fragen, nur müssen wir Antworten geben.

**Andreas Zels:** Ich glaube, darüber müssen wir etwas länger in die Diskussion kommen, als das heute möglich ist. Was wir auf keinen Fall tun dürfen: dass eine Verordnung immer über alles gestellt wird und sich Einrichtungen geradezu dahinter verstecken, um es einmal ganz böse zu formulieren.

Auf der anderen Seite sind wir keine Anarchisten in der Sozialwirtschaft, die Verordnungen auf die leichte Schulter nehmen. Aus einer Verordnung ergeben sich ganz viele Verpflichtungen. Ich habe in meinem Beitrag darauf hingewiesen, wir haben Versorgungspflichten, und wir haben Versorgungsansprüche, und wir haben Mitarbeiter, die zu schützen sind. Es bauen sich hier furchtbar viele Zielkonflikte auf.

Sie haben ein ganz wichtiges Stichwort geliefert: die Befreiheit in der Interpretation von Verordnungen. Es gibt einen sehr, sehr stark ausgeprägten Willen der Einrichtungen, dem Individuum ganz viel entgegenzukommen. Das muss auch möglich sein, weil wir nicht für alle sprechen können, sondern ich muss jeden Menschen, der unsere Hilfe braucht, erst einmal individuell betrachten. Wenn es dann in einer Einrichtung einzelne Personen gibt, bei denen ich das Band der Verordnungen etwas länger lassen kann, müssen wir es aber auch tun.

Das in jedem Einzelfall mit Gesundheitsämtern und der Betreuungsprüfbehörde abzustimmen, überfordert die Einrichtungen. Wir brauchen ein Vertrauen in die Einrichtungen hinein, sodass

geglaubt wird, die nehmen das ernst und setzen das um, was verordnet ist. Man darf sie aber eben auch nicht alleinlassen und ihnen sagen, seht zu, wie Ihr das Problem, diese vielen Zielkonflikte löst. – Stattdessen muss man anerkennen, dass es im Einzelfall Abweichungen geben kann, die man auch verantworten kann. Da hilft es nicht, immer die Keule der Ordnungspolitik zu schwingen.

Das ist aber ganz schwer zu greifen. Das können Sie auch in einem Verordnungstext nur sehr, sehr schwer greifen. Darüber muss man offen reden. Man muss aber die Beinfreiheit auch irgendwo erwähnen. Es muss dann auch Ermessensspielräume geben, so wie im Übrigen die Gesundheitsämter ihre Ermessensspielräume teilweise recht unterschiedlich handhaben. Das haben wir erlebt. Im Moment erleben wir, dass wir sie fast gar nicht erreichen können, um diese Fragen zu klären. Das ist ein großes Problem.

Ich glaube, da müssen wir einfach noch einmal sehr intensiv in den Diskurs der vielen, vielen Arbeitsgruppen der Träger mit der Regierung einsteigen, sie vor allen Dingen auch mit einbeziehen, damit sie wissen, was los ist, und gute Lösungen erarbeiten. Wir müssen uns daran gewöhnen, es ist noch lange nicht vorbei. Es lohnt sich, jetzt noch einmal neu anzufangen und sich das anzuschauen, was zu regeln ist, was ja vor Ort passiert.

**Vors. Abg. Jochen Hartloff:** Vielen Dank, Herr Zels. – Ich würde jetzt, weil sich die Fragen teilweise ein bisschen überschneiden, Herrn Rutten als sachverständiges Mitglied der Kommission ergänzend hinzunehmen. Dann haben wir den Komplex vielleicht abgearbeitet. Herr Rutten, bitte schön.

**Sachv. Sebastian Rutten:** Danke, Herr Vorsitzender. – Herzlichen Dank an die Fragestellerinnen. Ich fange mit Frau Anklam-Trapp an. Es ist eine sehr, sehr wichtige und richtige Frage, wie das mit den Tests in den Einrichtungen bewertet wird. Herr Zels hat sowohl diese Frage als auch die sich daran anschließende Frage der Kollegin Thelen schon beantwortet. Das gilt natürlich in wesentlichen Grundsätzen auch für die Pflegeeinrichtungen. Das wird Sie nicht überraschen.

Ich bin nicht ganz so tief in den technischen Details dieser Tests – da war Herr Zels einen Schritt voraus –, was die Zuverlässigkeit angeht. Wir halten es aber trotzdem – das sehe ich ähnlich wie Herr Zels – für ein System der Risikominimierung in den Einrichtungen. Natürlich ist es kein perfektes System, aber es ist schon ein gewisses System der Risikominimierung, weil ich nur, wenn ich über den Infektionsstatus Bescheid weiß – vielleicht auch mit einer gewissen Fehleranfälligkeit – entsprechende Maßnahmen einleiten kann, um dieses Weitertragen oder diesen Eintrag einer Infektion zu vermeiden.

Wenn ein Besucher am Eingang getestet wird und der Schnelltest positiv ist, wird er im Zweifel die Einrichtung nicht betreten. Dann ist natürlich auch der Eintrag des Virus in die Einrichtung erst einmal gehemmt, selbst wenn es ein falsch positiver Test sein sollte. Das ist dann an der Stelle vielleicht die Abwägung, die man treffen muss. Von daher ist das schon bei aller Fehleranfälligkeit ein System, bei dem man das Risiko der Virusverbreitung in diesem sehr, sehr vulnerablen Bereich der Pflegeeinrichtungen kompensieren kann.



Ein weiterer Vorteil ist, auch wenn das ein 7-Tage-Rhythmus ist: Durch die periodische Testung einmal pro Woche kann ich im Fall der positiven Testung auch den Infektionszeitraum abgrenzen. Ich weiß also, das muss in der Woche davor stattgefunden haben. Das heißt, ich habe dann einen Zeitraum, den ich etwas eingrenzen kann, auch wenn er mit sieben Tagen kein sehr kurzer Zeitraum ist. Er ist aber zumindest, im Gegensatz zu den anderen Testungen, bestimmbar.

Ein weiterer positiver oder vorteilhafter Aspekt ist der der Entbürokratisierung. Ich habe die Schnelltests vom System des Öffentlichen Gesundheitsdienstes ein bisschen entkoppelt. Das hat die Einrichtungen durchaus vor Probleme gestellt. Das ist gar kein Vorwurf. Die Gesundheitsämter machen eine tolle Arbeit, aber sie stoßen natürlich irgendwann an ihre Grenzen, und wenn es darum geht, für jeden einzelnen Test erst eine Anordnung, eine Prozessinitialisierung durch das Gesundheitsamt abzuwarten, verzögert sich so etwas ganz schnell. Ich hoffe, wir sind momentan parallel zu der heutigen Sitzung auch dabei, das mit dem Testkonzept jetzt fertig zu machen und die Einrichtungen informieren zu können, dass die Bestellungen losgehen können.

Von daher hoffen wir, dass das jetzt schnell anläuft. Wir würden uns aber wünschen, dass auch der bestätigende PCR-Test künftig eventuell durch die Einrichtungen vorgenommen werden kann. Momentan ist es so, dass das Land eine Persönliche Schutzausrüstung über die Heinrich Kimmle Stiftung bereitstellt. Dort können die Einrichtungen einkaufen. Das soll um die PCR-Tests erweitert werden. Die sind allerdings jetzt erst einmal „nur“ für die Tests bei Neu- und Wiederaufnahme an Tag 0 und an Tag 7 vorgesehen. Das ist völlig in Ordnung. Ich denke, es wäre hilfreich, wenn vielleicht auch der bestätigende PCR-Test dafür herangezogen werden könnte. Es würde einer gewissen Genehmigungsfiktion für die Einrichtungen bedürfen, um das auch durchführen zu können.

Das sind drei Punkte, die die Tests betreffen. Von daher ist es grundsätzlich schon eine positive Entwicklung, mit aller Fehleranfälligkeit, die damit einhergeht. Es gibt aber doch eine gewisse Sicherheit, zumindest hinsichtlich der Transparenz des Infektionsgeschehens in den Einrichtungen. Da stimme ich Herrn Zels vollständig zu.

Zur Frage der Kollegin Thelen: Das stellt mich vor ähnliche Argumentationsschwierigkeiten wie Herrn Zels. Das ist eine derart komplexe Frage: Was ist wichtiger, die Klarheit bei der Bestimmung oder die Offenheit für den Handlungsspielraum?

Das eine kann man durchaus mit dem anderen denken. Das schließt sich nicht unbedingt aus. Ich will gar nicht verhehlen, dass bei vielen Fragen die Landschaft der Pflegeeinrichtungen heterogen aufgestellt ist. Es lässt sich nicht immer mit einer Stimme für alle Einrichtungen sprechen. Es gibt Einrichtungen, die bei steigendem Infektionsgeschehen eine Alternative favorisieren und vielleicht dann doch eher ein bisschen mehr den Besucherstrom einschränken.

Andere Einrichtungen möchten das möglichst offen lassen. Das ist eine Diskussion, die auch innerhalb der Einrichtungen, so ehrlich und fair muss man sein, vielfältig geführt wird. Ich denke, da haben wir jetzt einen ganz guten Weg gefunden zu sagen, wir legen den Schwerpunkt darauf, beides miteinander zu kombinieren. Die Bestimmtheit der öffentlichen Anordnungen betreffend

– auch das hat Herr Zels richtig gesagt –, dürfen wir aber viele offene Fragen und Interpretationsmöglichkeiten nicht in die Fläche hineintragen. Das führt nur zu Verwirrung.

Die Regelungen sollten schon bestimmt und klar sein, sie sollten aber innerhalb dieser Bestimmbarkeit auch einen abgrenzbaren und transparenten Rahmen für eigene Handlungsspielräume eröffnen, damit das Wissen und die Kompetenzen der Einrichtungen in diesen Gesamtprozess mit einfließen. Das heißt, in der Genese, im Auf-den-Weg-bringen von rechtlichen Rahmenbedingungen ist es wichtig, die Expertise der Einrichtungen mit einzubeziehen, um dann zu sagen, was ganz klar geregelt sein muss und welcher Handlungsspielraum so transparent abgegrenzt werden kann, dass innerhalb dieses Handlungsspielraums Entscheidungen dort vorbereitet und getroffen werden, wo sie dann auch umgesetzt werden müssen, und das ist in den Einrichtungen selbst.

Das ist also eine Frage, die sich schwer mit Hopp oder Top beantworten lässt. Das ist eine Mischkalkulation im regulatorischen Entscheidungsfindungsprozess. Von daher sind wir themenbezogen immer darauf angewiesen, uns gemeinsam von Thema zu Thema, von Problem zu Problem und von Lösung zu Lösung zu hangeln und den besten Weg zu finden. Es lässt sich selten die Richtung nur nach A oder nur nach B einschlagen.

**Vors. Abg. Jochen Hartloff:** Vielen Dank, Herr Rutte. – Ich würde wegen des Sachzusammenhangs Frau Dr. Hower bitten, kurz die nächste Frage aufzunehmen, dann haben wir auch diesen Komplex etwas behandelt. Frau Dr. Hower, bitte schön.

**Dr. Kira Hower:** Sehr gerne, herzlichen Dank. – Ich würde zunächst auf die Frage von Frau Anklam-Trapp eingehen, in Bezug darauf, welche Maßnahmen ans Laufen gebracht werden können, um eben genau diesen Spalt zwischen Handlungsspielraum auf der einen und Verschärfung von Infektionsschutzmaßnahmen auf der anderen Seite in Einklang zu bringen.

Ich schließe mich den Vorrednern an, es gibt dafür keine Patentlösungen. Ich denke, es kommt viel darauf an – da würde ich das auch noch einmal ganz klar bestärken wollen –, dass die Testung ausgeweitet und sinnvoll geregelt wird, um die Sicherheit klar geben zu können, sowohl den Pflegebedürftigen als auch den Mitarbeitenden.

Es kam in unserer Erhebung besonders stark heraus, dass diese Unklarheit, diese Unwissenheit zu der größten psychischen Belastung führt. Die muss ganz klar aufgefangen werden, auch um das System am Laufen halten zu können. Der Handlungsspielraum, der ganz klar notwendig ist, kann nur in Abhängigkeit des epidemiologischen Geschehens gestaltet werden. Gestaltet werden kann nur, wenn darüber Klarheit besteht.

Ganz klar würde ich hier auch noch einmal sagen, dass nicht nur die Maßnahmen zum Infektionsschutz ausgeweitet werden sollten, sondern auch Maßnahmen, um die Folgen auffangen zu können. Es sind kreative Lösungen entstanden, um die Auswirkungen aufzufangen, zum einen in Richtung Digitalisierung, aber auch andere kreative Lösungen, die in den Einrichtungen geschaffen worden sind. Hier sollte man noch einmal ganz klar darauf achten, dass dem nichts im Wege steht

und die entwickelten Lösungen unterstützt und gefördert werden, um die Auswirkungen so gering wie möglich halten zu können.

Die zweite Frage zielte darauf ab, wie groß die Angst vor der Infektionsweitergabe ist. Dazu kann ich ganz klar sagen, sie ist sehr, sehr groß. Nun hängt natürlich damit zusammen, dass wenn eine Person das Virus in die Einrichtung trägt, fatale Folgen entstehen, die keiner verantworten möchte und kann. Das führte aber dazu, dass die Menschen den Einrichtungen fernbleiben. Ich rede hier von den Pflegekräften. Aufgrund des Fachkräftemangels und des geringen Personalschlüssels haben wir das Problem, dass wir eine Unterversorgung in der Pflege haben. Sie wird dadurch verstärkt, dass diese Personen, die Angst haben, das Virus zu übertragen, fernbleiben. Die Testung kann eine Lösung sein, um den Menschen diese Angst zu nehmen.

Wir haben viele Pflegekräfte, die selbst in der Risikogruppe und über 60 Jahre alt sind. Auch sie möchten sich natürlich schützen. Sie fallen aus. Die entstehende Lücke kann derzeit nicht aufgefangen werden. Die Angst ist also sehr, sehr groß.

Damit würde ich zu der nächsten Frage kommen, von Herrn Wink, die auf die Digitalisierung zielte und darauf, wo man dort ansetzen könnte. Ich denke, es gibt viele Ansatzpunkte, aber die Voraussetzungen wären damit geschaffen und der Grundstein wäre damit gelegt, dass in den Einrichtungen eine technische Ausstattung vorhanden ist. Wir haben in der Befragung klar gemerkt, sie ist nicht vorhanden. Gerade bei Trägern in privater Hand ist es besonders schwierig, Ressourcen zu haben, um das ausweiten zu können, vor allem jetzt in der finanziell schwierigen Lage.

Wir haben auch das Problem, dass es oft nicht in die bisherigen Strukturen und Abläufe der Einrichtungen integrierbar ist, in denen noch viel mit Papier läuft. Es besteht zum Teil auch das Problem der Akzeptanz. Es braucht Anleitungen. Die Ängste müssen genommen werden, und die Akteure müssen davon überzeugt werden, dass das etwas Gutes ist und keine Datenschutzprobleme entstehen. Es sind viele Probleme, die es da noch gibt. Es gilt, Lösungen zu schaffen. Ich denke aber, ein erster Grundstein wäre damit gelegt, wenn die technische Ausstattung flächendeckend vorhanden wäre, um die Kommunikationsflüsse aufrechterhalten zu können.

Wir hatten auch das Problem, dass sich die Pflegekräfte untereinander gar nicht mehr absprechen konnten und zum Teil WhatsApp-Gruppen gegründet wurden, um diesen Kommunikationsfluss irgendwie am Laufen halten zu können in einer Zeit, in der jeden Tag neue Meldungen, neue Vorgaben an die Einrichtungen herangetragen wurden. Das hat sich als sehr, sehr schwierig herausgestellt. Die Leitungskräfte mussten dort sehr viel Zeit und Energie aufwenden und kreative Lösungen bereitstellen, um das auffangen, ihre eigenen Mitarbeiter informieren und die Abläufe anders gestalten zu können. Auch hier ist technische Ausstattung besonders wichtig, um das sicherstellen zu können.

Die zweite Ebene, die in diesem Zusammenhang betrachtet werden muss, ist die der Pflegebedürftigen. Es geht darum, technische Ausstattung nutzen zu können, um der sozialen Isolation entgegenzuwirken. Auch hier fehlt es zum Teil an Ressourcen, vor allem nicht nur an technischen,

sondern auch an personellen, um es den Pflegebedürftigen zu ermöglichen, mit Angehörigen in Kontakt zu treten. Dafür bedarf es Anleitungen. Das ist momentan in der Situation sehr, sehr schwierig, personell noch zusätzlich zu leisten. Eine Lösung dafür habe auch ich nicht, aber ich würde an dieser Stelle gerne noch einmal betonen, dass hier nicht nur technische Ausstattung und finanzielle Ressourcen, sondern mehr personelle Ressourcen erforderlich sind, um diesen digitalen Kontakt herstellen zu können.

Damit komme ich zu den Fragen von Frau Thelen. Herzlichen Dank dafür. Sie zielten zum einen auf die ambulanten Einrichtungen ab, inwieweit wir diese befragt haben. Dazu kann ich sagen, dass die ambulanten Einrichtungen die Gruppe waren, die bei uns am stärksten geantwortet hat. Hier war der Rücklauf am allergrößten. Das sind auch die meisten Personen, die wir in unserer Zielgruppe haben.

Ich denke, das liegt vor allem daran – das wurde von den Befragten sehr deutlich formuliert –, dass sich diese Einrichtungen besonders wenig gehört gefühlt haben. Es wurde klar gesagt, viele Vorgaben, die formuliert und an die Einrichtungen herangetragen wurden, bezogen sich, so die Sicht der Befragten, hauptsächlich auf stationäre und sehr wenig auf die ambulanten Einrichtungen, die auch sehr viele Probleme, aber wenige Lösungen und vor allem wenige Ressourcen haben, um die Situation zu meistern.

Wir haben von den Einrichtungen teils relativ emotionale und lange Rückmeldungen bekommen. Sie hatten schon in diesem Zeitraum schließen müssen und sagten, wir hätten Ihre Fragen gerne beantwortet, aber wir können es nicht, weil wir unseren Dienst bereits schließen mussten. – Auch das würde ich an der Stelle gerne noch einmal betonen wollen: dass gerade bei kleineren Einrichtungen vor allem in privater Trägerschaft die finanziellen Einbußen schon so stark waren, dass es zu Schließungen gekommen ist. Das kann man sich bei einer steigenden Zahl von Pflegebedürftigen eigentlich nicht leisten.

Zur Frage nach der Balance zwischen Handlungsspielraum auf der einen Seite und Verschärfung der Maßnahmen auf der anderen: Es wurden ganz klar Vorgaben gewünscht. Gerade in dieser Zeit der Unsicherheit wollten die Einrichtungen Orientierung, Vorgaben und Regeln haben. Das braucht es auch. Hier ist aber der Anspruch, dass diese transparent sind und kommuniziert werden, und zwar zentral kommuniziert werden, und in den organisationalen Kontext passen.

Wie ich vorhin schon ein bisschen versucht habe, klarzumachen: Viele Vorgaben, die es bisher gab, haben in dem Kontext nicht gepasst, weil Abläufe in den Einrichtungen sehr, sehr unterschiedlich sind. Wir haben unterschiedliche Trägerschaften, Strukturen, personelle Ausstattungen, und die bisherigen Vorgaben geben es nicht her, diese Besonderheiten und Unterschiede aufzufangen und Passgenaues für die Einrichtungen zur Verfügung zu stellen.

Als Wunsch der Befragten gebe ich weiter: Was helfen kann, ist, dass es in Gesundheitsämtern Ansprechpartner gibt. Klar, die sind natürlich sehr belastet, aber es wurde betont, dass es bisher

an Ansprechpartnern gefehlt hat. Wenn es Rückfragen gab, war es sehr schwierig, herauszufinden, an wen man sich nun wenden könnte.

Hier würde ich betonen: Um diese Kontextpassung hinzubekommen, ist es unbedingt erforderlich, dass Fachgesellschaften einbezogen werden. Es gibt bereits Leitlinien der Deutschen Gesellschaft für Pflegewissenschaft, die versucht hat, ganz konkrete Lösungsansätze für die Einrichtungen zu entwickeln, um die Balance von Handlungsspielraum auf der einen und Stärkung des Infektionsschutzes auf der anderen Seite zu erreichen. Sie macht Vorschläge mit konkreten Beispielen, wie man genau diesen Balanceakt schaffen kann.

Abschließend würde ich sagen wollen, dass man diesen Einrichtungen ruhig zutrauen kann, kreative Lösungen zu schaffen. Wir haben gesehen, es gab wirklich viele gute kreative Lösungen. Ich denke, dass es Raum und Ressourcen geben sollte, um diese entwickeln zu können und refinanziert zu bekommen.

**Vors. Abg. Jochen Hartloff:** Vielen Dank, Frau Dr. Hower. – Ich würde jetzt in folgender Reihenfolge aufrufen: Herr Tacke, Herr Ferder, Frau Dr. Zierow, Herr Professor Hochmann und Staatssekretär Dr. Wilhelm. Die wollen wir alle in der nächsten Viertelstunde hören. Ich weiß, dass das zeitlich eng ist, plus/minus 5 Minuten für jeden. Es wäre die Bitte, dass wir das so hinkriegen können, wissend, dass man immer noch weiter ergänzen kann. – Herr Tacke, bitte schön.

**Sachv. Karsten Tacke:** Frau Anklam-Trapp, vielen herzlichen Dank für die Frage. Ich beantworte sie vor dem Hintergrund eigener Personalverantwortung für knapp 70 Mitarbeiter in drei Teams, die teils voll-, teils teildigital arbeiten, und darüber hinaus natürlich in Abstimmung mit vielen Mitgliedsunternehmen, deren Erfahrungen ich kenne.

Die Frage ist, wie es mit der Zufriedenheit und der Produktivität im Homeoffice aussieht. Ich glaube, das ist eine Frage, die man ganz deutlich mit fifty-fifty beantworten kann und auch muss. Auf der einen Seite gibt es Mitarbeiter, die sagen, ich habe den sozialen Kontakt mit den Kolleginnen und Kollegen sehr gern, ich will wieder zurück. – Auf der anderen Seite gibt es aber auch Mitarbeiter, die sagen, ich schätze die persönliche Freiheit.

Mit der Produktivität haben wir überwiegend sehr positive Erfahrungen gemacht. Sie ist im Homeoffice durchaus hoch. Sie haben aber auch den Äußerungen von Herrn Dr. Adam entnehmen können, dass es einige Bereiche gibt – die ich persönlich bestätigen kann –, in denen das nicht der Fall ist.

Was ich bestätigen kann, ist, dass zum derzeitigen Zeitpunkt alle mit maximaler Kraft versuchen, im Homeoffice zu erledigen, was dort erledigt werden kann. Das heißt also, wir schätzen alle die Potenziale und Möglichkeiten des Homeoffice und bemühen uns nach Leibeskräften darum, das auszubauen. Wir bemerken an der Stelle aber auch die Grenzen.

Vor diesem Hintergrund kann ich Ihnen eine Erfahrung schildern, die ich in meiner alten Tätigkeit in der Tarifpolitik gesammelt habe. Wir haben tarifvertragliche Ansprüche auf Altersteilzeit geregelt. Solche Regelungen mit Ansprüchen haben immer zwei Konsequenzen. Entweder schneiden sie der einen Seite einseitig ins Fleisch, oder sie verursachen auf der anderen Seite einen hohen Aufwand an begründeten Abwehr- oder vor allen Dingen Dokumentationsmechanismen.

Meine Erfahrung aus diesem Segment wäre, dass man ohne Ansprüche auf Altersteilzeit am Ende des Tages mehr Altersteilzeit gehabt hätte. Ich kann Ihnen gerne ein Gespräch über diese Erfahrung anbieten. Das wollte ich nur schnell angefügt haben, danke.

**Marc Ferder:** Ich habe vier Rückfragen an mich gezählt, und ich werde versuchen, sie alle relativ zügig zu beantworten. Es juckt mich in den Fingern, zum mobilen Arbeiten und Homeoffice auf Herrn Tacke zu reagieren. Ich gebe dem nicht nach und biete an, dass wir uns darüber gerne einmal in anderer Form öffentlich streiten können.

Zum Tarifabschluss im öffentlichen Dienst für die Beschäftigten bei Bund und Kommunen: Das ist ein Abschluss, der unter den derzeitigen Bedingungen respektabel ist. Das muss man ganz ehrlich sagen. Aus gewerkschaftlicher Sicht bewerten wir ihn auch so.

Dieser Abschluss ist maßgeschneidert für bestimmte Berufsgruppen, die im Fokus der Tarifrunde standen. Das sind insbesondere die Beschäftigten mit unteren und mittleren Einkommensniveaus, aber auch die Beschäftigten im Bereich Pflege und Gesundheit. Für die wurden bestimmte strukturelle Verbesserungen durchgesetzt, und das ist sehr positiv zu bewerten.

Nicht unerwähnt würde ich lassen, dass es auch den Versuch der Arbeitgeberseite gab, das Eingruppierungssystem im öffentlichen Dienst zu reformieren. Es ist leider mittlerweile so, wenn das Wort „Reform“ fällt, wird man vorsichtig und sehr zurückhaltend. Wenn man sich den Vorschlag genau anschaut, zeigt sich, er hätte tatsächlich finanzielle Einbußen für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst zur Folge gehabt.

Dieses Ansinnen konnte durch die Gewerkschaften abgewehrt werden, und nun gilt es für uns, das Tarifergebnis zeit- und inhaltsgleich möglichst zügig auf die Beamtinnen und Beamten zu übertragen.

Ob das jetzt der Ausdruck von Wertschätzung ist, den der öffentliche Dienst verdient hat, ist eine Bewertung, die ich offen gestanden den Gewerkschaften im Bereich des öffentlichen Dienstes, also ver.di, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und der Gewerkschaft der Polizei (GdP) überlassen möchte. Ich möchte nur daran erinnern, das ist ein Abschluss unter Corona-Bedingungen, und dementsprechend haben wir aus gewerkschaftlicher Sicht den strukturellen Lohnabstand, den der öffentliche Dienst zur allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung hat, damit nicht erfolgreich verringern können.

Vielen Dank für die Rückfrage zur Kurzarbeit und Lage am Arbeitsmarkt. Das haben wir in unserer schriftlichen Stellungnahme recht ausführlich ausgeführt. Ich habe es in meinen mündlichen Ausführungen vorhin bewusst weggelassen, weil ich schauen wollte, ob wir darauf angesprochen werden. Insofern bin ich sehr dankbar dafür, weil wir dazu natürlich eine Meinung haben.

Kurzarbeit war und ist das wichtigste Instrument, um in der aktuellen Situation Massenarbeitslosigkeit zu vermeiden. Deshalb war es richtig, dass die Politik schnell entschlossen gehandelt und die Bedingungen für Kurzarbeit erstens erleichtert und zweitens verbessert hat. Auch bei der Kurzarbeit zeigt sich wieder, mit einem Tarifvertrag ist einfach mehr drin.

Wir hatten bereits vor der Corona-Pandemie viele Branchen, in denen wir als Gewerkschaften für den Fall von Kurzarbeit tarifvertraglich geregelte Aufstockungen für die Beschäftigten vereinbaren konnten. Gerade zu Beginn der Pandemie konnten wir das für weitere Branchen und Betriebe noch weiter vereinbaren. Eines ist klar: Mit einem Kurzarbeitergeld von 60 % kommen viele Beschäftigte nicht über die Runden. Das sind 40 % weniger auf dem Konto, und das jeden Monat. Laufende Kosten wie Miete und Ähnliches bestehen aber fort. Das ist insbesondere für Niedrigverdienerinnen und Niedrigverdiener ein großes Problem.

Staatssekretär Dr. Wilhelm hat es schon ausgeführt, im Juli sagte die Bundesagentur für Arbeit, nach ihren Hochrechnungen befänden sich 114.000 Menschen in Rheinland-Pfalz in Kurzarbeit. Das sind, um es einzuordnen, ungefähr 8 % aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die wir in Rheinland-Pfalz haben.

Was mich ein bisschen fragend zurücklässt, ist: Im Juni waren es 155.000 Menschen, und damit etwa 11 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Da Urlaub Kurzarbeit unterbricht, lautet die Frage, ob wir im Juli nicht möglicherweise einen statistischen Effekt haben. Ich glaube, das müsste man mit der Expertise der Bundesagentur für Arbeit abklären.

Weiterhin ist es so, dass sich die Anzeichen verdichten, sowohl durch eine Untersuchung des ifo Instituts, aber auch durch das, was die Gewerkschaften uns im DGB berichten, dass sich die Kurzarbeit in Rheinland-Pfalz verfestigt und wir mit einer längeren Kurzarbeit als im Bundesschnitt rechnen müssen.

Deshalb ist es gut, dass mit dem Beschäftigungssicherungsgesetz, das jetzt im Bundestag in der Beratung ist, erstens die Verknüpfung von Kurzarbeit und Qualifizierung verbessert und zweitens ein Anreizsystem geschaffen wird. In Zukunft ist nämlich die vollständige Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge an den Arbeitgeber während Kurzarbeit daran gekoppelt, dass Qualifizierung stattfindet.

Das ist aber auch verteilungspolitisch notwendig, weil die vollständige Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge an die Arbeitgeber während Kurzarbeit nahezu so viel kostet wie das Kurzarbeitergeld selbst, das an die Beschäftigten ausgezahlt wird.

Es gibt im Beschäftigungssicherungsgesetz noch weitere Stellen, an denen wir uns als DGB weitergehende Maßnahmen und eine bessere Verankerung von nachhaltiger Beschäftigungssicherung wünschen. Dazu sind in unserer schriftlichen Stellungnahme nähere Ausführungen enthalten. Darauf würde ich jetzt gerne verweisen.

Die Zahl der Kurzarbeiter und die Situation mit der Kurzarbeit kann man nicht ohne die Situation am Arbeitsmarkt betrachten. Wir haben momentan immer noch 25 % mehr Arbeitslose als im Vorjahr. Auch deshalb kommt der Beschäftigungssicherung im Betrieb eine besondere Bedeutung zu.

Gleichzeitig muss die Unterstützung der von Arbeitslosigkeit Betroffenen durch die Bundesagentur für Arbeit zielgerichtet und zügig erfolgen, damit sich hier Erwerbslosigkeit nicht verfestigt und schnell beendet wird. Wir Gewerkschaften fordern in diesem Zusammenhang, Weiterbildung muss dabei einen größeren Stellenwert erhalten und künftig gleichrangig mit der Vermittlung in Arbeit sein, weil momentan die Zumutbarkeitsregelung bei einer Vermittlung in Arbeit die Kriterien guter Arbeit, die für uns als Gewerkschaften die Qualität von Beschäftigung ausmachen, und die individuelle Erwerbsbiografie leider zu wenig berücksichtigt werden.

Abgeordnete Binz hat gefragt, wie von uns die Situation junger Menschen eingeschätzt wird. Es ist bekannt, dass wir als Gewerkschaften mit der Ausbildungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit und den Zahlen, die von den Kammern geliefert werden, aus unterschiedlichen Gründen unsere Schwierigkeiten haben. Deshalb sind wir momentan mit den Zahlen, die von dort kommuniziert werden, sehr vorsichtig.

Wir gehen davon aus, dass wir dieses Jahr etwa 10 % weniger Ausbildungsverhältnisse haben werden. Das ist ein Rückgang, der zum einen dadurch bedingt ist, dass Betriebe weniger ausbilden, weil die wirtschaftliche Lage unklar ist. Zum anderen ist er dadurch bedingt, dass sie gar nicht mehr ausbilden, wie zum Beispiel in der Gastronomie und im HoGa-Bereich. Dort haben wir einen regelrechten Wegbruch, und wir verlieren Ausbildungsjahrgänge.

Deshalb ist es richtig, dass jetzt die Maßnahmen darauf konzentriert werden, die jungen Menschen, die ausbildungsnah sind und noch keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, kurzfristig in Ausbildung zu bekommen. Um das konkret zu unterstützen, hat das Land Rheinland-Pfalz durch das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie in seiner Arbeitsmarktinitiative „#rechargeRLP“ Maßnahmen vorgesehen.

Das halten wir als Gewerkschaften für wichtig, möchten aber den Hinweis geben, dass wenn man später ins Ausbildungsverhältnis einsteigt – das Berufsschuljahr hat begonnen –, zu Anfang ein erhöhter Aufwand für die künftigen Azubis besteht, um mit den Inhalten der Ausbildung Schritt zu halten. Das heißt, hier sollte flankierend über kurzfristige Unterstützung nachgedacht werden, über kurzfristige Maßnahmen, um die eingestiegenen Azubis beim Übergang und insbesondere in der Berufsschule geeignet zu unterstützen. Mit der Vorlaufphase der Assistierte Ausbildung haben wir gute Erfahrungen gemacht.



Ein zweiter Punkt, den ich hier anmerken möchte, ist, wir müssen schauen, dass der Ausbildungsjahrgang 2021 nicht unter die Räder kommt, um das einmal sehr deutlich zu sagen. Wir erleben gerade jetzt in der Phase der Verschärfung der Pandemie, dass Berufsberatung durch die Bundesagentur für Arbeit so, wie wir sie kennen, nicht richtig stattfinden kann, weil die Schulen berechtigterweise sagen, schulfremde Personen kommen mir momentan nicht ins Haus.

Es ist ein dringender Handlungsbedarf gegeben, um zu versuchen, einen Prozess zwischen den Schulen, dem Gesundheitsschutz und der Bundesagentur zu moderieren, um eine Berufsberatung zu ermöglichen und eine Wiederholung der Situation, die wir aus diesem Jahr kennen, mit dem Ausbildungsjahrgang zu vermeiden.

Zu guter Letzt zur Frage des Abgeordneten Wink, inwiefern Chancen bestehen, dass Tarifverträge als Instrument der Krisenbewältigung genutzt werden können, und wie dazu die Bereitschaft der Gewerkschaften ist. Ich will sagen, dass mein Eindruck aus dem Austausch mit den Gewerkschaften im DGB ist, dass immer dann, wenn es ein aufrichtiges Angebot zur Gestaltung von Zukunft, zur Gestaltung der weiteren Entwicklung von Betrieben gibt, eine Verhandlungsbereitschaft dafür gegeben ist, Tarifverträge abzuschließen und sich aus Arbeitnehmersicht aktiv in die Unternehmensentwicklung einzubringen.

Wenn diese Angebote aber nicht aufrichtig sind – ich knüpfe an das an, was ich vorhin schon gesagt habe –, werden die Gewerkschaften das immer deutlich machen und lautstark thematisieren.

Wir würden uns sehr wünschen, dass wir zu solchen Tarifverträgen kommen, auch vor dem Hintergrund der Tarifbindung, die in Rheinland-Pfalz immer noch rückläufig ist. Wir waren zuletzt nach Daten des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB) für das Jahr 2019 bei einer Tarifbindung von 56 % der Beschäftigten. Rund elf von 20 Beschäftigten unterliegen einem Tarifvertrag. Bei den Betrieben ist es so, dass nur noch jeder dritte Betrieb in Rheinland-Pfalz tarifgebunden ist.

Mit dem, der mit uns gemeinsam Zukunft gestalten möchte, sind wir immer zu Verhandlungen bereit.

**Vors. Abg. Jochen Hartloff:** Vielen Dank, Herr Ferder. – Ich sehe, wir haben jetzt 12.57 Uhr. Ich würde die verbliebenen Mitstreiterinnen und Mitstreiter bitten, dass wir so viel Geduld aufbringen, um ein klein wenig über 13 Uhr hinauszugehen. Es folgen noch Wortbeiträge von Frau Dr. Zierow, Herrn Professor Hochmann und Staatssekretär Dr. Wilhelm. Ich denke, das bekommen wir hin. – Frau Dr. Zierow, Sie haben das Wort.

**Dr. Larissa Zierow:** Ich beeile mich. – Die erste Frage war, wie man verhindert, dass die Kinder in die mehr passiven Tätigkeiten verfallen. Das eine ist, dass tatsächlich Unterricht stattfindet, denn wenn die Schulen offen sind und Unterricht stattfindet, ist es in dieser Zeit schwieriger, fernzusehen und am Handy aktiv zu sein. Allein schon dadurch wird die mit den nicht so förderlichen Tätigkeiten verbrachte Zeit weniger.

Wenn die Schulen geschlossen sind, wäre die Forderung, dass Unterricht so weit es geht wirklich digital stattfindet und die Kinder und Jugendlichen damit beschäftigt werden. Ich denke, das müsste viel stärker stattfinden, wenn die Schulen wieder geschlossen werden sollten, als es während der Schulschließungen im Frühjahr der Fall war. Man muss mit verschiedenen Methoden probieren, den Schultag digital abzubilden. Dazu sollte es Konzepte geben. Wenn es sie noch nicht gibt, sollten Sie so bald wie möglich erstellt werden. Man sollte nicht unvorbereitet auf erneute Schulschließungen reagieren.

Zur Akzeptanz der Maßnahmen bei den Eltern: Die Zahlen, die ich zu den politischen Maßnahmen gezeigt habe, basieren auf Fragen an die Gesamtstichprobe, die die gesamte Bevölkerung von 18 bis 69 Jahren repräsentiert. Knapp 80 % der Menschen sagen, die Schulschließungen waren die richtige Maßnahme. Eine große Mehrheit hat das anscheinend verstanden und damit leben können. Wenn man nur die Familien fragt, wie sie mit der Situation klargekommen sind, sagt eine deutliche Mehrheit, ganz gut. Man hat sich also damit arrangiert.

Ich weiß nicht, wie es wäre, wenn es erneut zu flächendeckenden Schulschließungen kommen würde. Jetzt weiß man viel mehr. Man weiß um die Kosten, die sozialen Kosten, die Bildungskosten. Man weiß, inwieweit Schulen wirklich Infektionstreiber sind, oder man weiß das immer besser. Ich glaube, wenn man jetzt dieselbe Frage stellen würde, wäre die Akzeptanz höchstwahrscheinlich geringer. Das wäre meine Vermutung.

Zur Definition der leistungsschwächeren/leistungsstärkeren Schüler: Wir haben die Eltern gefragt, welche Schulnoten ihr Kind in den Fächern Mathematik und Deutsch vor den Schulschließungen bislang am häufigsten hatte. Dann haben wir jeweils für jeden Schultyp, also Grundschule, Gymnasium und die anderen Schultypen, die Mediannote ermittelt. Im nächsten Schritt haben wir die Kinder aufgeteilt in diejenigen, deren Note über der Mediannote liegt, und diejenigen, deren Note unter der Mediannote liegt. Das ist natürlich nur ein Proxy für Leistungsstärke/Leistungsschwäche, aber wir haben keine so detaillierten Daten, dass wir sagen könnten, das sind Kinder mit Förderbedarf. Die Stichprobe ist außerdem zu klein, um ganz detailliert Kinder mit Migrationshintergrund anzuschauen.

Bereits die grobe Aufteilung zeigt aber, dass leistungsschwächere Schüler einen viel stärkeren Lernrückgang hatten. Ich glaube, es ist für Lehrer vielleicht eine einfachere Handhabe zu sagen, auf diese Schüler sollen sie sich konzentrieren, als wenn man sagen würde, konzentriert Euch auf die Kinder von Nichtakademikern, konzentriert Euch auf die armen Kinder. – Das wissen Lehrer vielleicht gar nicht genau. Sich auf die leistungsschwächeren Schüler zu konzentrieren, ist aber eine Maßnahme, die den meisten im Alltag leichtfallen könnte.

So viel in aller Kürze. Bei Rückfragen können Sie mich auch gerne im Nachgang per E-Mail kontaktieren.

**Vors. Abg. Jochen Hartloff:** Vielen Dank, Frau Dr. Zierow, auch für dieses Angebot, dass man sich gegebenenfalls noch einmal melden kann. Das Thema bleibt uns erhalten. – Jetzt ist Herr Professor Hochmann an der Reihe zur Frage nach der Resilienz. Bitte schön.

**Prof. Dr. Lars Hochmann:** Vielen Dank. – Gefragt wurde, wie es um die Resilienz bestellt ist bzw. was damit gemeint ist, welche Rolle das spielen kann.

Resilienz ist ein Begriff gerade aus der Arbeit mit Kindern, aus der Psychologie; dazu könnten andere Expertinnen und Experten etwas sagen. Er ist in die sozial-ökologische Forschung übergeschwappt und beschreibt dort Krisenfestigkeit vor allen Dingen von sozial-ökologischen Gefügen.

Der Begriff ist wichtig, gerade in diesem Kontext. Wir sollten ihn allerdings nicht allzu hoch hängen, weil Resilienz, wenn man das in eine Metapher fassen möchte, wie ein Boxer ist. Es stellt sich die Frage, wie viele Schläge jemand einstecken und dann wieder aufstehen kann. Was nicht mitgedacht ist, was in diesem Begriff nicht angelegt ist, sind Fragen der aktiven Gestaltung und Weiterentwicklung, Fragen, die in diesem Kontext allerdings ausgesprochen wichtig sind.

Um auf die positiven Aspekte der Krisenfestigkeit einzugehen, will ich drei Punkte nennen. Das Erste ist für resiliente gesellschaftliche Verhältnisse eine Form der Pluralisierung, Pluralisierung als eine sozial-ökologische Vielfalt. Ich gebe zu, chinesische Schlachter- und Wildtiermärkte sind in Rheinland-Pfalz nicht so verbreitet, aber Fragen sozial-ökologische Vielfalt sind hier natürlich auch relevant, wenn wir über Pestizide reden, über Herbizide, Insektizide, wenn wir über CO<sub>2</sub>-Ausstoß, über Vermüllung und all diese Dinge reden.

An diesen Stellen also wird sozial-ökologische Vielfalt berührt und eingeschränkt, und da braucht es in diesem Sinne ein ganz entschiedenes Gegensteuern.

Pluralisierung bedeutet auch Vielfalt von Lebensentwürfen, von Bildungswegen. Wir können also diese Figur der Resilienz auf viele unterschiedliche Felder anwenden. Zum Beispiel auf mein eigenes, auf Hochschulen bezogen, herrscht an vielen, zumindest an vielen staatlichen Einrichtungen eine Universaldidaktik vor. Sie wurde uns durch Corona genommen. Sie war weg, und wir standen da wie ein begossener Pudel. Das heißt, auch hier wäre eine Vielfalt von unterschiedlichen Didaktiken, unterschiedlichen Erwerbsbiografien, Bildungswegen, eine Vielfalt im Denken, all diese Dinge durchaus förderlich, um resiliente gesellschaftliche Verhältnisse zu schaffen.

Der zweite Punkt: Gerade wenn es um Resilienz im ökonomischen Feld geht, sind Fragen der Entflechtung, das heißt Wertschöpfungsketten, Stoffstromkreisläufe, noch einmal zu prüfen, und man sollte schauen, an welchen Stellen Abhängigkeiten bestehen, die diese Wertschöpfungsketten und Stoffstromkreise für Krisen anfällig machen. Man sollte schauen, ob es dort ganz besonders kritische Punkte gibt, die die gesamte Kette mit einem Bullwhip-Effekt, also einem Peitscheneffekt, lahmlegen können.

Entflechtung bedeutet auch, Formen der Betriebsamkeit abzubauen, also an all den Stellen, an denen Konsumismus und ähnliche Dinge stattfinden, zu überlegen, ob es nicht andere Formen der ökonomischen Daseinsvorsorge gibt, die eventuell etwas sinnvoller sind.

Der dritte Punkt neben Pluralisierung und Entflechtung ist die Rückbaufähigkeit. Rückbaufähigkeit ist eine ganz, ganz, ganz entscheidende Dimension, wenn wir über die Gestaltung von gesellschaftlichen Verhältnissen reden, die in dem Sinne krisenfest sind. Das hat einmal zu tun mit, gerade im ökologischen Feld, irreversiblen Schäden, das heißt mit Schäden, die, wenn sie einmal eingetreten sind, nicht wieder zurückgenommen werden können.

Ausgestorbene Tierarten sind ausgestorben; ausgestorbene Pflanzensorten sind häufig dann auch ausgestorben. Regionale Kulturtechniken der Pflege, der Schnitt von Bäumen oder Anbau von bestimmten Gemüse- oder Obstbäumen und Ähnlichem, auch all diese Handgriffe können verloren gehen. Auch das sind Formen irreversibler Schäden, die in den Blick zu nehmen sind.

Es geht um Fragen der Technikfolgenabschätzung, und es geht um Fragen von Risikoabwägung; Risikoabwägung gerade vor dem Hintergrund von Pfadabhängigkeiten. Pfadabhängigkeiten ist eine weitere große Gefahr, in die wir gegenwärtig hineinlaufen und die nicht dazu führen werden, dass wir in einen resilienten Modus gesellschaftlicher Selbstgestaltung kommen.

Pfadabhängigkeiten ist eine Figur aus der Organisationsforschung. Hier geht es darum, dass in der Vergangenheit getroffene Entscheidungen Auswirkungen in der Zukunft haben und Handlungsspielräume einschränken. Eine ganz große haben wir vermutlich alle, wie wir gerade hier sind, unter der Nase, also nicht vor der Nase, sondern unter der Nase: Tastaturen sind ein bekanntes Beispiel dafür, also die Anordnung von Tasten auf einer Tastatur. Sie geht zurück auf Schreibmaschinen, damit sich die Typen nicht verhaken. Das ist eine Begründung, die mittlerweile völlig obsolet geworden ist, und trotzdem hat man sich an dieses Tastaturlayout gewöhnt. Es gibt viele andere, die sinnvoller wären, aus ergonomischen Gründen, aus Gründen der Tippgeschwindigkeit und vielen mehr, aber sie setzen sich nicht durch.

Pfadabhängigkeiten sind also eine ganz wichtige Dimension, gerade wenn wir jetzt auch über digitale Technologien reden. Es geht darum, dass wir uns beispielsweise im Feld der Bildung nicht neue Universaldidaktiken aneignen, die uns dann gegebenenfalls um die Ohren fliegen, sobald wir merken, dass die technischen Geräte, die dafür erforderlich sind, vielleicht nicht auf ewig verfügbar sind, oder sobald wir merken, dass Stromverbräuche auf eine Art zunehmen, wie wir das nicht wünschen.

Lange Rede, mittellanger Sinn: Wenn wir resiliente ökonomische Verhältnisse herstellen wollen, ist ein entscheidender Punkt, dass wir aufhören, von Wirtschaft im Singular zu reden. Stattdessen müssen wir unterscheiden. Es ist nicht nur jeder Jeck anders. Es gibt auch im Feld von Unternehmen solche und solche. Manche von ihnen tragen zur Lösung gesellschaftlicher Probleme bei, andere nicht. Ein entscheidender Punkt ist, gerade wenn wir über Förderung, Subventionen und

Ähnliches reden, dass das schlicht und ergreifend an die Lösung von akuten Problemen geknüpft wird. Ein Beispiel dafür haben wir vorhin gehört.

**Vors. Abg. Jochen Hartloff:** Vielen Dank, Herr Professor Hochmann. – Der Vorsitzende sieht sorgenvoll auf die Uhr. Er bittet den Staatssekretär, im 2-Minuten-Takt eine Einschätzung zur Corona-App und Kontaktnachverfolgung zu geben, ein Thema, das uns weiter begleiten wird. Bitte schön, Herr Dr. Wilhelm.

**Staatssekretär Dr. Alexander Wilhelm:** 2 Minuten sind eine extrem kurze Zeit für diese wichtigen Themen, aber ich werde versuchen, meine Ausführungen etwas zu begrenzen.

Abgeordnete Binz fragte nach dem Lagebild in den Gesundheitsämtern vor dem Hintergrund der wahrnehmbaren Schwierigkeit, die Kontaktnachverfolgung hinreichend sicherzustellen. Die Lage bei den Gesundheitsämtern ist in der Tat angespannt. Wir haben in Rheinland-Pfalz seit Mitte der Neunzigerjahre die Situation, dass die Gesundheitsämter in kommunaler Trägerschaft sind, also bei den Landkreisen. Dort liegt die Dienstaufsicht, bei uns die Fachaufsicht.

Wir sind in einem guten Miteinander, gemeinsam auch mit dem Landkreistag, da schaue ich Frau Dr. Franke an. Ich habe heute Morgen mit dem geschäftsführenden Direktor telefoniert, auch zur Frage der Lage in den Gesundheitsämtern. Ich bedanke mich ganz herzlich für das gute Miteinander.

Die Situation ist angespannt, was das Personal betrifft. Es ist zu beobachten, dass alle Gesundheitsämter massive eigene Anstrengungen unternommen haben, um Personal aus anderen Bereichen der Kreisverwaltung und aus den kreisfreien Städten oder auch den Verbandsgemeinden zu generieren. Es ist wirklich vorbildlich, was dort geschehen ist.

Wir selbst haben uns selbstverständlich nicht aus der Verantwortung gezogen, sondern Landesbedienstete angeboten, die wir aus Bereichen abziehen, die mit ihren Aufgaben im Moment nicht so stark im Fokus stehen. Das heißt, wir gehen proaktiv auf die Gesundheitsämter zu und bieten dort bestimmte Landesbedienstete, weit über 100, die wir auf der Liste haben, an. Das Angebot wird auch gut angenommen.

Wir haben gestern die erfreuliche Mitteilung bekommen, dass die Prüfungen beim Medizinischen Dienst der Krankenkassen (MDK) noch einmal ausgesetzt werden, was ganz hervorragend zur Situation passt, weil diese Personen, die der MDK Rheinland-Pfalz zur Unterstützung der Gesundheitsämter freigesetzt hatte, wegen ihrer hohen Kompetenz ausgesprochen gut ankamen. Wir sind wirklich heilfroh, dass wir diese Unterstützung bekommen. Also, auch wenn niemand anwesend ist, in Richtung MDK und Krankenkassen vielen herzlichen Dank.

Die Bundeswehr wird beigezogen; auch aus dieser Richtung erleben wir sehr viel positive Unterstützung. Neu kommt ein Angebot hinzu, dass 1.500 sogenannte RKI-Scouts auf die Gesundheitsämter der Bundesrepublik Deutschland verteilt werden. Das läuft nach meiner Kenntnis zentral über das Bundesverwaltungsamt. Für Rheinland-Pfalz würde das ca. 75 Personen bedeuten.

All diese Anstrengungen sollen in der Summe dazu beitragen, dass die Gesundheitsämter in der Lage sein werden, auch künftig ihre Aufgabe erfüllen zu können. Natürlich sollen auch die Maßnahmen, die ab 2. November in Kraft treten, dazu beitragen, dass Infektionsketten unterbrochen und die Gesundheitsämter wieder in die Lage versetzt werden, Kontakte nachverfolgen zu können. Das sind sozusagen zwei Bausteine einer Zielrichtung.

Herr Rutten hat über die Testungen in den Einrichtungen gesprochen. Dazu will ich mich nur ganz kurzfassen. Wir sind in ausgesprochen engem Kontakt mit der PflegeGesellschaft, und darauf würde ich an der Stelle in aller Kürze verweisen wollen.

Abgeordnete Binz hat die Frage gestellt, ob es Zahlen dazu gibt, wie viele Eltern Schulschließungen befürworten würden, oder wie viele es umgekehrt befürworten würden, dass Schulen offen blieben. So habe ich es verstanden. Wir haben hier auch Expertise vom Bildungsministerium im Raum und es noch einmal rückgekoppelt. Es gibt keinen solchen Zahlen, weswegen wir leider auch keine nennen können. Wir haben aber natürlich immer wieder Rückmeldungen von Schulen. Überwiegend wird wahrgenommen, Eltern wünschen sich, dass es mit den Schulen weitergeht, Unterricht also nicht ausgesetzt wird.

Außerdem hat Abgeordnete Binz die Frage nach der Corona-App und den Unterstützungsleistungen, die sie für die Gesundheitsämter bieten kann, gestellt. Wenn Sie erlauben, Herr Vorsitzender, würde ich an der Stelle noch einmal an Herrn Dr. Jahn abgeben.

**Vors. Abg. Jochen Hartloff:** Bitte schön, Herr Dr. Jahn.

**Dr. Klaus Jahn:** In aller Kürze: Die Corona-App spielt bei der Kontaktnachverfolgung leider keine große Rolle. Es gibt verschiedene Fallkonstellationen. Die eine Fallkonstellation ist, es gibt eine Kontaktnachverfolgung im Rahmen eines Ausbruchs, und dann ergeben sich sozusagen per Zufall Überschneidungen mit Meldungen von der App.

Dann gibt es, das muss man leider sagen, allzu häufig Zufallskontakte, sprich die Leute kommen und sagen, ich habe eine rote Warnung und möchte gern getestet werden. – Es lässt sich aber nicht zuordnen, wo diese Person hingehört.

Von daher muss man ganz klar feststellen, aus der App heraus selbst Infektionsgeschehen zu ergründen, ist eigentlich nicht möglich, sodass man also leider sagen muss, die App funktioniert an den Grenzen der Infektionskettennachverfolgung, spielt aber insgesamt keine wesentliche Rolle.

**Staatssekretär Dr. Alexander Wilhelm:** So weit von uns, Herr Vorsitzender.

**Vors. Abg. Jochen Hartloff:** Vielen Dank. – Damit sind wir am Ende der Anhörung. Ich danke allen Anzuhörenden. Für uns als Mitglieder der Enquete-Kommission war es sicher eine ganze Menge an Erkenntnissen – sei es auch die für mich und Abgeordneten Höfer erfreuliche Erkenntnis, dass Menschen über 70 Jahre bei manchen noch als jung gelten. Zurück aber zum Ernst der Lage: Ihnen allen vielen Dank für Ihr Mitwirken.

*Der Tagesordnungspunkt wird vertagt.*

**Punkt 2** der Tagesordnung:

**Verschiedenes**

Die Kommission kommt einstimmig überein, die Sitzungen am 13. und 27. November 2020 per Videokonferenz durchzuführen.

**Vors. Abg. Jochen Hartloff** dankt den Teilnehmerinnen und Teilnehmern für ihre Mitarbeit und schließt die Sitzung.

**gez. Dr. Weichselbaum**  
**Protokollführer**

**Anlage**



## Anlage

### An der Videokonferenz teilnehmende Abgeordnete

Anklam-Trapp, Katrin	SPD
Hartloff, Jochen	SPD
Höfer, Heijo	SPD
Gensch, Dr. Christoph	CDU
Klein, Marcus	CDU
Thelen, Hedi	CDU
Groß, Dr. Sylvia	AfD
Wink, Steven	FDP
Binz, Katharina	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

### Sachverständige

Franke, Dr. Daniela	Geschäftsführende Direktorin des Landkreistags Rheinland-Pfalz
Gaß, Dr. Gerald	Geschäftsführer des Landeskrankenhauses (AöR)
Heisig, Dr. Jan Paul	Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
Knopp, Dr. Horst	Facharzt für Allgemeinmedizin, Diabetologie, Naturheilverfahren
Rutten, Sebastian	Geschäftsführer der PflegeGesellschaft Rheinland-Pfalz e. V.
Tacke, Karsten	Hauptgeschäftsführer der Landesvereinigung Unternehmerverbände Rheinland-Pfalz e. V.

### Für die Landesregierung

Wilhelm, Dr. Alexander	Staatssekretär im Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie
------------------------	-------------------------------------------------------------------------------

### Anzuhörende

Ferder, Marc	Deutscher Gewerkschaftsbund Rheinland-Pfalz/Saarland, Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Strukturpolitik
--------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------

Zels, Andreas	Vorsitzender der LIGA der Freien Wohlfahrts- pflege in Rheinland-Pfalz e. V.
Hower, Dr. Kira	Institut für Medizinsoziologie, Versorgungsfor- schung und Rehabilitationswissenschaft (IMVR), Humanwissenschaftliche und Medizinische Fa- kultät der Universität zu Köln
Zierow, Dr. Larissa	Stellvertretende Leiterin des ifo Zentrums für Bildungsökonomik, ifo Institut – Leibniz Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität Mün- chen e. V.
Hochmann, Prof. Dr. Lars	Vertretungsprofessur für plurale Ökonomie, Cusanus Hochschule für Gesellschaftsgestal- tung, Bernkastel-Kues
Müller, Prof. Dr. Werner	Professor für Rechnungswesen, Controlling, Steuern, Fachbereich Wirtschaft, Hochschule Mainz
Adam, Dr. Jürgen	Geschäftsführer der BorgWarner Turbo Systems GmbH, Kirchheimbolanden

#### **Landtagsverwaltung**

Mensing, Dr. Michael	Ministerialrat
Schlenz, Christian	Amtsrat
Bartels, Henning	Gaststenograf (Protokollführer)
Weichselbaum, Dr. Philipp	Mitarbeiter der Landtagsverwaltung (Protokoll- führer)